Montag, 3. März 1986 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 52 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel-Springer-Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel: 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Fast alle Regierungen haben das früher sogenannte magische Viereck wirtschaftlicher Ziele – Vollbeschäftigung, stabile Preise, ausreichendes Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht – aus den Augen verloren. Das schreibt Helmut Schmidt in seinem Buch „Eine Strategie für den Westen". Heute die achte Folge der WELT-Serie Seite 6



Der ehemalige NATO-Generalsekretär Joseph Luns weist in einem Interview mit der WELT auf die Gefahren eines neutralen Deutschland hin. Eine solche Entwicklung provoziere, so Luns, geradezu eine Intervention. Die Grenzen des Westens würden sich von der Elbe an den Rhein verschieben, die Bundesrepublik würde an *Einfluß* verlieren. Seite 8

POLITIK

Terror: Anschläge von Palästinensern vor allem gegen jüdische Einrichtungen in Berlin und Frankfurt befürchten Berlins Polizei und die Innenbehörde angesichts der gespannten Lage in Nahost. Befreundete Nachrichtendienste *haben gewarnt. In Berlin* sollen sich bereits Gruppen potentieller arabischer Terroristen aufhalten; die Kontrollen wurden verstärkt. (S. 12)

GEW: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen hat die Lehrer des Landes aufgerufen, trotz der Warnungen von Kultusminister Schwier (SPD) – der an die Dienstpflicht erinnert hatte – an den DGB-Aktionen gegen die Novellierung des Paragraphen 116 am *6. März teilzunehmen.*

Rau: Der Juso-Vorsitzende Skirke hat SPD-Kanzlerkandidat Rau aufgefordert, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner offensiver zu werden und „Flagge zu zeigen". Unverzichtbar nannte er eine „kritische" Zusammenarbeit mit den Grünen.

Golfkrieg: Eine Delegation des Bundestags will in Teheran die Vorwürfe prüfen, Irak setze im *Golfkrieg chemische* Kampfstoffe ein und habe bei Bombenangriffen *archäologische* Stätten beschädigt.

Appell: Für die Einführung uneingeschränkter Reisefreiheit, die Überprüfung des politischen Strafrechts und für unabhängige Kandidaten bei Wahlen setzen sich unabhängige Friedensgruppen in der „DDR" ein, deren *Appell am Wochenende* bekannt wurde. (S. 12)

Auf Distanz: Die KP Italiens hat sich *erstmals öffentlich – in Moskau* – von der sowjetischen Intervention in Afghanistan distanziert und jedes militärische Eingreifen in anderen Ländern als unzulässig abgelehnt. (S. 12)

Boykott? Die Organisation Afrikanische Einheit hat zurückhaltend bis ablehnend auf den Vorschlag ihres Generalsekretariats reagiert, deutsche und britische Waren aus Protest gegen die Südafrika-Politik beider Länder zu boykottieren. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Bangladesch: Der mit dem Kriegsrecht regierende Präsident Ershad hat Parlamentswahlen für *die letzte Woche im April* angekündigt. Den Forderungen der Opposition, zuvor das Kriegsrecht aufzuheben, will er jedoch nicht nachkommen. Schon dreimal hatte der Präsident in jüngster Zeit Neuwahlen angekündigt, ohne sie jedoch zu realisieren.

WIRTSCHAFT

US-Aktienmärkte: Die Hausse zeigt noch immer keine Ermüdungserscheinungen. Das Gewicht verlagert sich jetzt stärker auf billigere Standardwerte. Der „Dow" schloß zuletzt mit 1713,99 Punkten, ein Hoch, das auch die Optimisten überrascht. (S. 13)

Messe: Begleitet von optimistischen Prognosen hat die 76. Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse begonnen. Niedrige Inflationsrate, real steigende Einkommen, Steuersenkung und wachsende Beschäftigung lassen stärkere Kaufkraft erhoffen. (S. 13)

KULTUR

Die „Schirn": Das neue Frankfurter Kulturhaus zwischen Römer und Dom ist eröffnet. Thema der ersten Ausstellung: „Die Maler und das Theater im 20. Jahrhundert". (S. 19)

Kunst: Thomas Bernhard variiert in seinem jüngsten Stück „Einfach kompliziert" erneut seine Frage, ob Kunst lebensfeindlich sei. Wieder ein *Solo* für Bernhard Minetti. (S. 19)

SPORT

Tischtennis: Die Saarbrückerin Olga Nemes (Foto), Europas beste Tischtennis-Spielerin, siegte bei den deutschen Meisterschaften in Stadtallendorf dreimal: Im Mixed, im Damen-Doppel und im Einzel. (S. 17)



Bob: Zum Abschluß seiner Karriere gewann der 39 Jahre alte Schweizer Erich Schärer am Königssee die Weltmeisterschaft im Vierer-Bob. Fünfter wurde Michael Sperr (Rießersee). (S. 18)

Ski: Bei den finnischen Ski-Spielen in Lahti gewann Weltmeister Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) die Nordische Kombination. Dem Deutschen ist damit der Sieg im Weltcup kaum mehr zu nehmen. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Smog: Strenge Untersuchungen der groben Pannen im Informationsfluß beim ersten Smog-Alarm in Niedersachsen haben *Politiker* aller Parteien gefordert. Konsequenzen wurden am Wochenende nicht ausgeschlossen. (S. 20).

Modenschau: Der Alptraum und die Erfolge des Berliner Designers Reimer Claussen – die Kollektion *für Herbst/Winter 1986/87* wurde jetzt auf der Düsseldorfer Igedo präsentiert und erhielt viel Beifall, viel Zuspruch. Es war seine fünfte Kollektion. (S. 20)

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Der Mörder Palmes flüchtete in die Dunkelheit der Nacht

Schwedens Regierungschef war ohne Sicherheitsbeamte im Kino / RAF beteiligt?

DW. Stockholm

Auf der Suche nach dem Mörder des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, der in der Nacht zum Samstag einem Attentat zum Opfer fiel, tappt die schwedische Polizei noch im dunkeln. „Wir treten auf der Stelle", gab Polizeidirektor Rolf Fredriksson gestern zu. Nach Darstellung der Polizei versuchen die Fahnder wie bei einem Puzzlespiel, zahllose Einzelerkenntnisse zu einem Bild zusammenzufügen, das noch *nicht einmal* in Umrissen erkennbar sei. Die Polizei *ermittelt* in keine bestimmte Richtung und hat auch noch keine bestimmte Organisation in Verdacht.

Bei den Ermittlungen sind die Aussagen von Palmes Ehefrau Lisbet und eines Taxifahrers die einzigen Anhaltspunkte der Polizei: Sie beschrieben den Mörder als einen etwa 35 Jahre alten Mann mit dunklen Haaren.

Auch die Hintergründe der Tat lagen am Sonntag noch im dunkeln. Die Polizei nimmt nach eigenen Angaben den Hinweis eines anonymen *Anrufers bei der Nachrichtenagentur* Reuter in London, ein „Kommando Holger Meins" habe Palme getötet, ernst, betrachtet diesen Hinweis aber mit Skepsis. Bei der Bundesanwaltschaft in *Karlsruhe* glaubt man jedenfalls nicht, daß deutsche RAF-Terroristen den Mord an Schwedens Ministerpräsident verübten.

Den telefonischen Bekenneranruf halten die Bundesanwälte für das Werk von Trittbrettfahrern. Die Bundesanwaltschaft stehe dennoch ununterbrochen *in* Kontakt mit den schwedischen Behörden, schon deshalb, weil deutsche Terroristen schon einmal in Schweden einen Anschlag verübten. *Es gibt aber nach Informationen* der Bundesanwaltschaft keinen weiteren Hinweis auf eine deutsche Beteiligung.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Berichte

Die schwedische Polizei wies inzwischen die Kritik an dem angeblich mangelnden Schutz des Ministerpräsidenten zurück. Palme habe sein Privatleben *mit der Familie ohne* ständige Bewachung führen wollen, sagte Reichspolizeichef Holger Romander.

Inzwischen wurde schon die Nachfolge Palmes vorbereitet: Ingvar Carlsson, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, wurde bereits am Samstag als neuer Vorsitzender der regierenden Sozialdemokratischen Partei nominiert. Er rief gestern Nachmittag das Kabinett zu einer Sondersitzung ein. Carlsson wird voraussichtlich am 12. März vom schwedischen *Reichstag* zum neuen *Mini*sterpräsidenten ernannt.

Aus aller Welt trafen in Schweden Beileidstelegramme ein. Politiker aus Ost und West äußerten sich tief erschüttert und würdigten Palmes Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit und sein Engagement für den Dialog *zwischen Industriestaaten und* Entwicklungsländern.

Nach den Worten von Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat Palme ein *„leuchtendes Zeugnis"* vom Streben des schwedischen Volkes nach Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten, Demokratie *und Unabhängigkeit* abgelegt.

DER KOMMENTAR

Visionär

GOTTFRIED MEHNER

Der Tod Olof Palmes läßt *zwar keinen grundlegenden* Wandel der schwedischen Politik erwarten, wohl aber wird sich am Stil einiges ändern, weil es *keinen zweiten* Palme gibt. Er hatte Schwedens Politik dominiert als Regierungschef wie als Oppositionsführer.

Während Europa in Trümmern lag, hatte die nordische Neutralitätspolitik Schweden auf ein Wohlstandsniveau gehoben, von dem andere anfangs nicht zu träumen wagten. Andererseits war Schwedens Neutralitätspolitik für seine Menschen nicht immer leicht zu verkraften: Die Rolle desjenigen, der in einer Umwelt von Tod und Verzweiflung unbeschädigt blieb. Vor diesem Hintergrund ist die schwedische Neigung zu verstehen, aus einer aktivistischen Neutralität nicht nur eine Politik, sondern eine überwölbende Haltung zu machen. So ist Olof Palmes Handeln zu verstehen, das Schweden zeitweise so viel Einfluß zumindest in der öffentlichen Diskussion – wenn nicht *unbedingt in der Politik* – verschaffte.

Palme war ein politischer Visionär, dessen Bemühen um Ausgleich in der Welt ehrlich gemeint war, und übrigens, was viele nicht wissen, auch den schwedischen industriellen Interessen durchaus zugute kam. Die Grenzen dieser Politik wurden durch die U-Boot-Zwischenfälle deutlich gemacht.

Dennoch kann man nicht die Augen davor verschließen, daß Palmes manchmal etwas waghalsige Ausflüge zwischen die weltpolitischen Fronten im eigenen Land populär waren. Aber sie sind mit der Person Palmes verbunden, seiner Selbstsicherheit, seinem Glauben an seine Sache. Es kann nur einer wie ein Olof Palme auftreten, der die Natur eines Olof Palme hat. Ingmar Carlsson hat sie nicht, noch neigt er dazu, sie vorzuspiegeln. Carlsson wird entsprechend seinem Temperament eine bodenständige Politik verfolgen

Washington drängt Europa zur Härte

Staatssekretär Ikle fordert auf der Wehrkundetagung Abkehr vom Prinzip der Stabilität

DW. München

Washington erwartet von den westeuropäischen Verbündeten eine härtere Gangart im Umgang mit der Sowjetunion. Auf der 23. internationalen Wehrkundetagung rief der im US-Verteidigungsministerium für Militärpolitik zuständige Staatssekretär Fred Ikle am Wochenende in München *die NATO-Partner zur Abkehr* vom Prinzip der Stabilität zwischen Ost und West und zur konsequenten Nutzung ihrer technologischen und *ökonomischen Überlegenheit gegen*über der UdSSR auf.

Die von starken Sicherheitskräften abgeschirmte Konferenz war am Samstag von *Bundesverteidigungs*minister Manfred Wörner (CDU) eröffnet worden, der auf die Erforschung einer vom amerikanischen Weltraumrüstungsprogramm SDI unabhängigen „Europäischen Verteidigungsinitiative" (EVI) zur Bekämpfung sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen drängte.

Ungeachtet der Tatsache, daß Wörner und andere europäische Tagungsteilnehmer immer wieder die Bedeutung einer auf militärischem Gleichgewicht basierenden Stabilität unterstrichen, erklärte Ikle: „Stabilität führt zu Stagnation und Stagnation *führt zum Rückzug. Um unsere Frei*heit zu bewahren, müssen wir vorwärts gehen."

Der Pentagon-Staatssekretär, einer der engsten Mitarbeiter von Verteidigungsminister Caspar Weinberger,

SEITE 8:
Raketenabwehr-System

appellierte vor allem an Bonner Politiker, ihre Beziehungen zu den Nachbarn im Osten nutzbringend einzusetzen, um Moskaus Einfluß zurückzudrängen.

„*Warum* können *nicht* diese gemeinsamen Bande nützlich sein, eine sowjetische Aggression abzuschrecken", fragte Ikle und fügte hinzu: „Unsere Pläne für Abschreckung und Verteidigung der Allianz dürfen die Völker Osteuropas nicht fahrlässig an Moskaus Kriegsmaschine ausliefern."

Die NATO könne, wenn sie in ihren Verteidigungsanstrengungen nicht nachlasse, „Stärke durch Anhängerschaft außerhalb ihrer formellen Grenzen gewinnen. Um dies zu erreichen müsse auch Präsident Ronald Reagans „Vision" eines Raketenab*wehrschirms im Weltall verfolgt* und ausgebaut werden.

Der US-Politiker warnte die Partner vor „eurozentristischen Ansichten" sowie *dem Vertrauen in Mos*kaus Bereitschaft zur „globalen Waffengleichheit" und forderte sie auf, im Interesse der eigenen Sicherheit *die „wirtschaftliche Überlegenheit zu* bewahren".

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erklärte am Sonntag auf der Wehrkundetagung, die *sowjetischen* Machthaber wollten sich trotz der Bemühungen zwischen Ost und West um Entspannung alle militärischen Optionen offenhalten. Die Politik Moskaus sei bestimmt von „imperialistischer Expansion".

Glotz: Differenzen schaden der SPD

Bundesgeschäftsführer setzt auf neue Wählerschichten / WELT-Gespräch

PETER PHILIPPS, Bonn

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat seine Partei davor gewarnt, mit Vorstößen wie der Absage der Partei-Linken an die Wiedervereinigung oder die offene Kritik der Jusos am Kanzlerkandidaten Johannes Rau potentielle Wählerschichten zu verprellen. „Manchmal ist es offenbar so, daß der eine oder andere es nicht ertragen kann, wenn die SPD deutlich über 40 Prozent steht", sagte Glotz in einem WELT-Gespräch.

Glotz: „Es kann zwar nicht so sein, daß der Bundesgeschäftsführer sagt, was geht und was nicht geht." Aber auch „die Resonanz in der gesamten Partei" zeige ja, „daß diejenigen, die sich da geäußert haben, merken, daß das so nicht weitergehen darf".

Für die SPD gehe es um „wichtigere Fragen", etwa um das „grundsätzliche Thema, daß die Bundesregierung eine strukturelle Schwächung der Gewerkschaften *erreichen* will". Dies sei nicht nur bei der Diskussion um den Streikparagraphen 116 zu beobachten, sondern auch daran, „wie das Thema Neue Heimat, wie das Betriebsverfassungsgesetz behandelt wird".

Er habe den Eindruck, sagte Glotz, daß diese Situation der SPD „sogar neue Bündnispartner bringen kann auf einer Seite, wo man sie bisher gar nicht erwartet hat". Denn auch in den Unternehmensführungen werde „diese Verfolgung eines englischen Weges" abgelehnt, weil dies „das Geschäft verdirbt". Es gebe bei uns „viele Leute, die gar nicht notwendigerweise leidenschaftliche Vertreter der Gewerkschaften sind, die aber einsehen, daß es ein relatives Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit geben sollte".

In diesem Zusammenhang zog Glotz eine positive Zwischenbilanz der Bemühungen um neue Wählerschichten: Außer bei der „technischen Intelligenz" habe die Partei in den vergangenen eineinhalb Jahren „die Vertrauensarbeit bei der Bundeswehr" erheblich verstärkt, und es gebe „im Bereich von Handel und Handwerk eine ganze Reihe von Gruppierungen, die sich von der CDU im Stich gelassen fühlen".

Neben den Fragen der Sozialpolitik *werden nach Ankündigung des Par*tei-Managers auch die „ökonomischen Grundfragen" im Wahlkampf eine Rolle spielen, etwa unter dem Stichwort Steuern. Und als dritten Schwerpunkt werde man die Außenpolitik thematisieren, wo ja nicht die SPD gespalten sei, wie es ihr prophezeit werden sei: „Wenn ich heute die außenpolitischen Auseinandersetzungen sehe, dann ist die Union meistens im Verhältnis 60 zu 40 oder 70 zu 30 auseinandergebrochen."

Glotz forderte die Bundesregierung zu gesetzlichem Schutz deutscher Unternehmen auf: Es sei ein „Skandal", daß die „Export-Regulation" der USA vom 23. April an auch für Deutschland gelten soll. Dies bedeute, daß die Amerikaner sich „das Recht vorbehalten, in deutschen Unternehmen Kontrollen durchführen zu können". Dies sei eine „Art kolonialer Status", in den die deutschen Unternehmen geraten würden.

Strauß und die unruhigen Bauern

PETER SCHMALZ, München

Die CSU bläst zu einer neuen Agraroffensive und zeigt sich entschlossen, zugunsten der Landwirte politischen *Druck auf die* Regierung in Bonn auszuüben. „Schau, was du tun kannst, damit die ganze Bundesregierung hinter dir steht", forderte *Franz Josef Strauß beim* CSU-Bauerntag am Wochenende in München von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, der sich eifrig Notizen über *die* Forderungen des bayerischen Regierungschefs machte. Kiechle betonte, die Bauern müßten soviel Einkommen wie möglich über die *Preise* erwirtschaften. Dennoch seien auch berechtigte Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

Die über 1000 Landwirte, die den Bonner Minister mit vereinzelten Buh-Rufen empfangen haben, mahnte Strauß zur politischen Vernunft. Es sei eine Aufforderung zum politischen Selbstmord, bei den bevorstehenden Wahlen nicht die CSU zu wählen. Damit würden sie ihren einzigen verläßlichen Partner unter den politischen Parteien schwächen. Die Verantwortung für die gegenwärtige Misere liege bei der früheren Bundesregierung, *die nicht den Mut* gehabt habe, auf die Überschußproduktionen politisch vernünftig zu reagieren. Er selbst habe vor dieser Entwickung gewarnt und in letzter Zeit größtmöglichen Einfluß zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft genommen.

Allerdings zeigte Strauß sich entschlossen, *der Bonner Koalition* kräftig einzuheizen. Die CSU wolle nicht länger untätig zusehen, wie über Futtermittelimporte vor allem aus den *Vereinigten Staaten in europäischen* Agrarfabriken Milch und Fleisch im Überfluß erzeugt werde, während bäuerliche Betriebe, die Futter weitgehend auf eigenen Feldern ernteten, zunehmend in Existenznot gerieten.

„Da wird es einen Konflikt mit den USA geben", sagte Strauß. „Wir können es uns nicht länger leisten, Geld für die Beseitigung von Nahrungsmitteln aufzuwenden, die aus Import*futtermitteln oder Abfallprodukten* der amerikanischen Industrie erzeugt worden sind." Es wäre besser, sich mit den Amerikanern dahingehend zu einigen, daß die EG sie vor Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt verschont, falls sie bei den Futtermittelimporten einlenken.

Zu den weiteren Maßnahmen zum Abbau der Überschüsse gehört für Strauß, die Mindestgrenze für den Getreideanteil im Futter und die Be*standsobergrenze* bei der Tierhaltung um sogenannte bodenunabhängige Agrarfabriken zu verhindern. Auch Butter und Rindfleisch sofort zu ver*schenken sei billiger als die Lagerung* dieser Lebensmittel, bis sie wertlos geworden sind.

Schließlich befürwortet Strauß die Umwandlung von Agrarerzeugnissen in Bioethanol, das dem Kraftstoff beigemischt werden kann. Er werde dafür sorgen, daß künftig alle Dienstfahrzeuge des bayerischen Staates einen angemessenen Anteil von Bioethanol verwenden.

Bürgermeister von Nablus ermordet

DW. Jerusalem

Der vor zwei Monaten in der westjordanischen Stadt Nablus eingesetz*te palästinensische Bürgermeister*, al-Masri, ist von unbekannten Tätern ermordet worden. Die Attentäter hatten ihm vor dem Rathaus aufgelauert und drei Schüsse abgegeben. Al-Masri war von israelischen Verwaltungsbehörden eingesetzt worden, um die palästinensische Selbstverwaltung zu stärken. Nach Meinung israelischer Militärs ist der Mord vermutlich das Werk radikaler Palästinenser.

Seiten 2 und 12: Weitere Beiträge

Manilas Armeechef entläßt 23 Generale

DW. Manila

Der neue Stabschef der philippinischen Streitkräfte, Fidel Ramos, hat *23 Generale aus der Ära des gestürz*ten Präsidenten Marcos in den Ruhestand versetzt. Die Generale hätten bereits ihr Pensionsalter überschritten, gab er gestern bekannt. Ihre Loyalität gegenüber der neuen Präsidentin Aquino sei zweifelhaft. Von der angekündigten Freilassung aller politischen Häftlinge des Landes wurden vier Kommunistenführer ausgenommen.

Seite 5: Weichen für Reformen

Strafanzeige gegen Brandt

DW. Bonn

In der Flick-Spendenaffäre sind jetzt auch Anzeigen gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt eingegangen. Er wird der uneidlichen Falschaussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß beschuldigt. Brandt hatte dort angegeben, er habe von Geldspenden des Flick-Konzerns an seine Partei nichts gewußt. Die Bonner Staatsanwaltschaft prüft nun, ob ein *Ermittlungsverfahren gegen* Brandt eingeleitet werden muß.

Seite 12: Strafanzeige

Grüner gibt Mandat nicht ab

DW. Okarben

Der grüne Landtagsabgeordnete in Hessen, Franz Jakob, will trotz Rotationsbeschlusses seinen Sitz nicht für Nachrücker freimachen. Der zum „realpolitischen" Flügel zählende Abgeordnete begründete seine Entscheidung auf der *Landesversammlung* der Partei in Karben damit, daß durch den Wechsel mit der „fundamentalistischen" Nachrückerin Ma*rion Papaczek die rot-grüne Mehrheit* in Wiesbaden gefährdet werde.

Seite 4: Parteitag in Okarben

China stoppt Atom-Auftrag

DW. Bonn/Peking

Die chinesische Regierung hat, wie dpa aus Peking berichtet, aus finanziellen Gründen das geplante Vorhaben über den Kauf von zwei Kernkraftwerken bei der Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) gestoppt. Die beiden Anlagen sollten in der Nähe von Shanghai errichtet und von der KWU schlüsselfertig geliefert werden. Der deutsche Lieferanteil hätte mindestens vier Milliarden Mark betragen.

Seiten 2 und 12: Weitere Beiträge

Neue Aufgabe für Schewardnadse?

rtr, Moskau

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse (58) wird nach Informationen westlicher Diplomaten in Moskau wahrscheinlich abgelöst und zum Chef der internationalen Abteilung des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU ernannt werden. *Im ZK* würde Schewardnadse *den* bereits 81 Jahre alten Boris Ponomarjow ablösen und eine stärkere Kontrolle über die Außenpolitik erhalten. *Der neue Außenminister hätte eher* ausführende Funktionen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Null vor dem Komma

Von Peter Gillies

Zu den Sensationen, die zu Unrecht als Geheimsache behandelt werden, gehört die Null vor dem Komma der deutschen Preissteigerungsrate. Man muß weit in die fünfziger und sechziger Jahre zurückblicken, um auf ein derartiges Maß an Preisstabilität zu stoßen, dessen sich die Bundesrepublik derzeit erfreut. Freut sie sich wirklich?

Es scheint eine menschliche Erfahrung zu sein, daß man den hohen Wert der Gesundheit erst wahrzunehmen bereit ist, wenn man krank darniederliegt. Für eine rundum gesunde Währung wie die Deutsche Mark – stabil im Innern, aufgewertet nach außen – gilt wohl Ähnliches. Dabei ist die Sache mehr als eine statistische Novität: sie ist lupenreiner sozialer Fortschritt. Nicht nur, daß eroberte Einkommenserhöhungen oder Rentenaufbesserungen mehr wert sind, wenn die Inflation sie nicht schleichend oder galoppierend entwertet: Stabilität verhindert vor allem Umverteilung zu Lasten der sozial Schwächeren. Holzschnittartig gesprochen: Inflation macht die Reichen reicher, weil sie sich der Geldentwertung besser entziehen können, und die Armen ärmer, weil ihre Nominaleinkommen schmelzen und sie sich kaum wehren können.

Weil Sondereinflüsse wie der sinkende Dollar, der Ölpreisrutsch oder strukturgeschüttelte Märkte (Immobilien, Agrar) die Preise überdurchschnittlich dämpften, ist die Mahnung nötig, daß Stabilität niemals auf Dauer garantiert sein kann, sondern vielmehr *stets* neu erobert werden *muß*. Dennoch dürfen sich die Deutschen dieses Erfolgs erfreuen, zumal er zusammentrifft mit Wachstumsraten, die ebenfalls korrigiert werden (diesmal nach oben), sowie mit allen Anzeichen einer *kräftigen Konsumbelebung (auf der Frankfurter Frühjahrs*messe fielen soeben euphorische Worte).

Dem hohen Maß an Stabilität ist es zu verdanken, daß derzeit ein Abbruch des Aufschwungs nicht auszumachen ist. Sie macht weitere Zinssenkungen möglich, sie entschärft Verteilungskämpfe, stärkt das Vertrauen (und das Selbstvertrauen). Ein bekannter Kalenderspruch ist zu aktualisieren: Null Prozent Inflation ist mir so lieb, weil sie die entscheidende Voraussetzung für null Prozent Arbeitslosigkeit ist.

Mord auf Befehl

Von Peter M. Ranke

„Wenn die Israelis die Palästinensern die Möglichkeit geben, sich in den Städten des besetzten Gebietes selbst zu verwalten, dann sollten wir die Chance der lokalen Selbstbestimmung endlich nutzen." Das war das politische Bekenntnis des Bürgermeisters Saafer el Masri (42) von Nablus. Das Amt hatte er erst im November von einem israelischen Offizier übernommen. Er war kein „Verräter". Er arbeitete nur in begrenztem Maß mit der israelischen Verwaltung zusammen und hatte dafür auch die Zustimmung der jordanischen Behörden in Amman erlangt.

Trotzdem – oder deshalb – wurde er ermordet: „Selbstbestimmung der Palästinenser", wie sie die PLO versteht.

Nicht nur die Israelis, auch König Hussein und seine Berater wissen, warum sie Verhandlungen mit der PLO-Führung ablehnen. Doch ihre Hoffnung, unabhängige und gemäßigte Palästinenser zur Zusammenarbeit gewinnen zu können, hat durch den Mord von Nablus einen schweren Rückschlag erhalten. Allerdings wurden sie von westlichen „Freunden" selten ermuntert, mit gemäßigten Palästinensern zusammenzugehen.

Die Schüsse richten sich auch gegen König Hussein. Denn die el Masris, die, wie der Name (der Ägypter) besagt, erst vor wenigen Generationen vom Nil nach Palästina eingewandert sind, stellen in Amman auch den Außenminister und den stellvertretenden Sprecher des Parlaments. Sie sind also, wie der ermordete Saafer el Masri, Anhänger des Königshauses. Der Mord soll jene Palästinenser abschrecken, die sich in den besetzten Gebieten für die Erweiterung des Parlaments in Amman bereithalten. Mit Hussein will die PLO keine Verständigung mehr, was immer auch Arafat seinen arabischen oder europäischen Freunden nach seinem Hinauswurf aus Jordanien beschwichtigend beteuern mag.

Der Mord von Nablus hat erneut den Beweis geliefert, daß es nicht an Israel oder Jordanien liegt, wenn es nicht zum Frieden kommt. Es ist der Terror der PLO, ihre Untergruppen oder Nachfolge-Kommandos, der den Palästinensern, Jordaniern und Israelis nicht erlaubt, in Frieden miteinander zu leben. Daß dies möglich sei, wollte Saafer el Masri demonstrieren.

Nur Verschiebung?

Von Heinz Heck

In Peking weiß man lange, daß Öl für die Lampen Chinas allein nicht ausreicht. Nicht nur aus militärstrategischen Gründen ist das Reich der Mitte zur Nuklearmacht geworden. Das Land verfügt zwar auch über große Vorkommen an Kohle (groß genug, um auch zu exportieren). Doch sprechen nicht nur die hohen Transportkosten im Landesinnern gegen jede einseitige Festlegung.

Nachrichten über Verzögerungen im ehrgeizigen Kernkraftprogramm – bis zur Jahrtausendwende sollen acht bis zehn Blöcke gebaut werden – lösen daher Überraschung aus. Über die wahren Ursachen läßt sich im Moment nur spekulieren. Geschäfte über Milliardensummen können nicht nur Freunde entzweien, sie können auch zum Politikum werden. Es ist zum Beispiel Washington nicht gleichgültig, ob die nur schwach beschäftigte Kraftwerksindustrie des Landes einen der wenigen auf der Welt zu vergebenden Exportaufträge erhält oder nicht. *Beispiele für Interventionen aus der Vergangenheit gibt* es zur Genüge. Washington hat auch Hebel, über die Bonn nicht verfügt. Auch kann ein interner Machtstreit in der chinesischen Hauptstadt die Ursache sein.

Aber die Vertragsverhandlungen waren so weit gediehen, daß die Pekinger Entscheidung Erstaunen auslöst. Auch überzeugt der Hinweis auf die befürchtete Verschuldung in diesem Falle nicht, wenngleich er insgesamt für Peking nicht gering zu veranschlagen ist. Denn parallel zu den Verhandlungen über die schlüsselfertige Lieferung von zwei Tausend-Megawatt-Blöcken liefen Gespräche über die Abnahme von Uran und Buntmetallen mit Elektrizitätsversorgungsuntenehmen und der Metallgesellschaft in Höhe von dreißg bis vierzig Prozent des Auftragswertes. *Hinzu kommt, daß ein wachsender* chinesischer Fertigungsanteil für die beiden (und zwei später vorgesehene) Blöcke geplant war.

So gibt die Entscheidung Rätsel auf. Die einfachste Auflösung wäre wohl die, *daß man das Vorhaben nur etwas „schieben"* will – so, wie man 1979/80 plötzlich eine Reihe von Großaufträgen storniert hat, die später zum Teil wieder in westlichen Auftragsbüchern erschienen. Ein solches Vorgehen erleichtert die Geschäftsbeziehungen allerdings nicht.



„Aber Chéri, du wolltest doch einen Baby-Doktor!" JAK / EVENING STANDARD

Keinerlei Immunität

Von Enno v. Loewenstern

Für den Mann auf der Straße hier war dies eine erstaunliche Woche, eingeläutet mit der Ehrung eines Terroristen-Verherrlichungsfilms, begleitet von einer grotesken *Kampagne gegen die Sicherheits*gesetze unter dem Motto: „Der Bürger zittert vor dem totalen Überwachungsstaat" und beendet mit der Ermordung eines Regierungschefs. Die Madrider Zeitung „ABC" sprach aus, was dem Deutschen von seinen Präzeptoren zu denken verboten wird:

Palmes Tod werfe „Zweifel auf: Unter anderem, ob es am Ende dieses Jahrhunderts möglich ist, eine fortgeschrittene Gesellschaft ohne richtigen Sicherheitsapparat aufrechtzuerhalten."

Die „New York Times" sieht es ebenso: „Der Schock seines Todes wird vielleicht den europäischen Demokratien zur Einsicht verhelfen, daß ihre Führer, auch wenn sie noch so friedfertig sind, keinerlei Immunität genießen gegen die rohe Gewalt, die in den Straßen von Beirut oder von Belfast lauert."

Es ist nicht nur Beirut oder Belfast, es ist mitten unter uns. Und es ist nicht nur so, wie es Palmes enger Freund *Bruno Kreisky hilflos* deutete: „Der sinnlose Mord an Olof Palme ist unbegreiflich", noch auch hilft die erschütterte Feststellung der Wiener „Kronenzeitung" weiter, daß Palmes Name „immer nur im Zusammenhang mit Frieden, Vermittlung, Versöhnung, mit Verständigung, mit Abrüstung genannt wurde". Welcher Mord an einem demokratischen Politiker ist anders als sinnlos, und wann je hätte guter Wille vor Böswilligen oder Wahnsinnigen geschützt?

Man kann die Überlegungen in Richtung auf einen terroristischen Hintergrund für überzogen halten, denn die Polizei hatte keinen sicheren Hinweis in dieser Richtung. Auch Frau Palmes Aussage, vor einiger Zeit hätten einige verdächtige Männer ihr Haus beobachtet, und die Tatsache, daß Palme abends nach dem Kinobesuch unter Umständen niedergeschossen wurde, die den Verdacht auf erfolgreiches Auskundschaften einer günstigen Gelegenheit wecken, geben zunächst nicht mehr als spekulative Anhaltspunkte. Der Anruf, ein „Kommando Holger Meins" bekenne sich zur Tat, wurde von *keiner Angabe begleitet, die auf* Authentizität schließen ließe. Aber ob Terroristen oder ein verrückter Einzelgänger: Politiker oder andere bekannte Personen sind nun einmal ohne Begleitschutz ihres Lebens nicht sicher, so gern wir auch glauben möchten, daß im demokratischen und sozialen Rechtsstaat jeder *Anlaß für Herostratentum* – geschweige denn für Tyrannenmord! – entfalle. Und manche präventive Möglichkeit, die dem Bürger als „schnüffelstaatlich" hingestellt wird, könnte Leben retten. Daß Schwedens Polizei so völlig im dunklen tappt und so offensichtlich außerstande ist, einen organisierten Anschlag auszuschließen, ist beunruhigend – hier wie in manchen Fällen anderer Länder früher.

Warum schickte Palme seine Leibwächter nach Hause? Er hielt Schweden gewiß nicht für eine ungefährdete Idylle, wie einige Beobachter spekulieren, denn der Überfall auf die deutsche Botschaft 1975 stand ihm im Gedächtnis. Er kann sich auch seit den Massakern von Rom und Wien nicht mehr, falls er es je tat, in der Illusion gewogen haben, daß aufgeschlossene Haltung gegenüber allen „Befreiungsbewegungen" von Vietnam über Nahost bis Nicaragua ein Land zum Sanktuarium mache.

Dennoch holte Frau Palme nicht die Polizei, als ihr Männer vor ihrem Hause auffielen; sie mag nicht ganz unverständlicherweise gefürchtet haben, als übertrieben ängstlich zu erscheinen. Dennoch schickte Olof Palme seine Leibwächter heim, als er wegen eines Kinobesuchs den Beamten nicht den Abend verderben wollte. Aber auch sein Verhalten ist nur zu verständlich. Auch andere Politiker schicken gelegentlich ihre Leibwächter heim, weil ihnen das Leben im Begleitschutz zu viel wird.



Ihr fielen Verdächtige auf: Frau Palme nach dem Attentat FOTO: AP

Als politischer Kopf ist Palme *ein unersetzlicher Verlust* für seine Partei; er hat Schweden zeitweise eine Rolle weit über die Verhältnisse des Landes verschafft. Diese Rolle aus einem scheinbar moralischen Anspruch konnte sich in einem Zeitraum entfalten, als der Westen das Vertrauen in wirkliche politische Moral, gegründet auf eine *feste Haltung* gegenüber den Bedrohern des Friedens und der Freiheit, nach dem Debakel in Vietnam verloren hatte.

Palme hat bitter für seine anspruchsvollen Irrtümer gebüßt, als sowjetische U-Boote in den Schären ihn und seine Illusionen zum Narren hielten, und über seine *„atomwaffenfreie Zone" und seine* Freunde wie Bahr ist die Zeit hinweggeschritten; heute bestimmt die aufrechte Haltung Reagans und nicht die gebeugte Haltung des Appeasement den Fortgang der Weltgeschichte. Aber im eigenen Land überragte er Freunde wie Gegner bei weitem. Sie alle stehen fas*sungslos davor, wie wieder einmal* irgendeine erbärmliche Kreatur aus dem Dunkel ihre Hand nach dem gewählten Führer eines Staates ausstrecken konnte.

Vom ersten historisch überlieferten Attentat der Weltgeschichte (1961 v. Chr.) ist uns der „eigene Bericht" des getöteten Pharao *Amenemhet I. überliefert*, dessen Verfasser im Namen des toten Königs darüber klagt, daß er zu vertrauensselig die eigene Sicherheit vernachlässigt habe. Vom „guten König" Heinrich IV. von Frankreich wird berichtet, daß er von vielen Seiten vor einem Mordanschlag gewarnt worden sei, ehe er *sich an jenem 14. Mai 1610 in den* Wagen setzte, in dem ihn Ravaillac erdolchte. Absolute Sicherheit kann kein Mensch und kein Monarch haben; die Schüsse eines „unverdächtigen" Verrückten auf Reagan mögen als Beispiel genannt werden, und es gibt keinen Beweis, daß bessere polizeiliche Datenarbeit Palmes Tod verhindert hätte. Aber es gibt auch keinen Beweis für das Gegenteil, es gibt nur den Schluß, daß man mehr für die Sicherheit der Mitmenschen höheren und geringeren Standes tun kann, als ihnen die Polizei als Gefahr und politische Mörder als Idealisten hinzustellen.

IM GESPRÄCH Ingvar Carlsson

Der Nachfolger

Von Gottfried Mehner

Schweden war noch wie betäubt vom Schock. Aber mit der amtlichen Todeserklärung Olof Palmes am Sonnabend um sechs Uhr morgens trat die für solche Fälle notwendige Notfallregelung in Kraft. Automatisch fiel die Bürde der Regierungsverantwortung auf Palmes bisherigen Stellvertreter Ingvar Carlsson (52). Auch im sozialdemokratischen Parteiapparat wurden die Weichen einstimmig darauf hin gestellt, daß Carlsson auf dem Parteitag 1987 in Palmes Fußtapfen treten kann. Es zeugt von Palmes Dominanz in der Partei, daß dort keine Stellvertreterfunktion vorgesehen war.

Schwedens besondere Ausgangssituation in der Nachkriegszeit hatte dazu geführt, daß Palme auf der internationalen Bühne fast ein Großmachtstatus zufiel. Diese Dimension fehlt Carlsson völlig. Er gilt als farblos. Internationale Politur fehlt, internationale Statur fehlt erst recht. Aber Palmes singuläre Stellung war nur vor Carlssons exzellenter Stabsarbeit im Hintergrund denkbar. Seine Vordenkerposition dokumentiert sich auch im Vorsitz der Arbeitsgruppe, die unter dem Titel „Zukunft für Schweden" postindustrielle Gesellschaftsszenarien für die Sozialdemokratie entwickelte. Seit 1982 war er Palmes Fortschritts- bzw. Forschungsminister.

Im Gegensatz zu Palme, der einer gutsituierten Stockholmer Familie – mit holländischen Vorfahren – ent*stammte, hat Carlsson einen Arbeiter*hintergrund. Seine Familie lebte in der Kleinstadt Boras. Dort wurde er am 9. November 1934 als Sohn eines Fabrikarbeiters geboren. Zur Sozialdemokratie stieß er über die Jugendbewegung. 1955 mit wurde er mit einunddreißig Jahren jüngstes Reichstagsmitglied. Nach einem Politologieexamen an der Universität Lund 1958



Die Bestimmung erfolgte erst nach der Katastrophe: Carlsson FOTO: AP

wurde Carlsson – wie Palme – einer der *„Burschen"* des ehemaligen Ministerpräsidenten Tage Erlander. 1961 erreichte er die recht einflußreiche Stellung eines Ersten Vorsitzenden des schwedischen sozialdemokratischen Jugendverbandes. 1967 wurde er Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten. Sein erstes Ministeramt erhielt er 1969, und zwar *das Portefeuille für Unterricht und* Kultur.

Zwischen Palme und Carlsson gab es freundschaftliche Bande. Beide hatten das *gleiche ideologische* Muster. Mit Sicherheit ist Carlsson pragmatischer, weniger kontrovers als Palme veranlagt. Aber wie diesem wird ihm die Fähigkeit zugetraut, die verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung zusammenzuhalten. Während Palme oft „unschwedische" Attitüden vorgehalten wurden, finden bei Carlsson solche Ausgrenzversuche keine Ansatzpunkte.

Privat treibt Carlsson viel Sport; er bevorzugt Wandern und Skilauf. Seine Frau Ingrid ist Bibliothekarin.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Ermordung Olof Palmes stand am Wochenende im Mittelpunkt der internationalen Presse:

The Washington Post

In seinen Augen erforderte es die Verantwortung Schwedens in der Welt, daß die stärkeren Länder ständig zur Rüstungskontrolle gedrängt wurden und die reicheren Staaten zu mehr Großzügigkeit gegenüber den Armen. Palme hatte immer eine Meinung, die er energisch ausdrückte – zeitweise verärgerte er die Amerikaner, *manchmal zeigte er ein wenig* blinden Optimismus – aber immer war es eine große Frage, für die er sich einsetzte ... Er war einer der prominentesten und unerbittlichsten Kritiker der Rolle der USA im Vietnamkrieg. Er war auch einer der berühmtesten Fürsprecher für die Ideale des Wohlfahrtstaates. In beidem *sprach er für authentische schwedi*sche Traditionen.

KRONENZEITUNG

„Wie war das möglich, daß ihn kein Leibwächter begleitete?" fragte die BBC-Reporterin den schwedischen Kollegen. „Warum sollte er, Palme war ja nur privat unterwegs." Eine schöne Antwort, die zur idealen Vorstellung einer bürgernahen Demokratie paßt. In den skandinavischen Ländern galt es immer schon als völlig normal, daß sich Politiker bewegten wie jedermann ... Es gibt keine gewaltfreien Reservate. **(Wien)**

KURIER

In seinem politischen Denken fand sich ein konsequentes Prinzip: Auf der Seite der Schwächeren zu stehen, wo immer es Stärkere gab. In seinem Temperament war er eigentlich sehr unschwedisch: Ein leidenschaftlicher Debattierer, der es verstand, seine *Anhänger mitzureißen. Die Klarheit* seines Denkens, die Deutlichkeit und Brillanz seiner Sprache haben ihm aber auch Gegner, ja Feinde geschaffen. (Den Nachruf der Wiener Zeitung schrieb Altbundeskanzler Bruno Kreisky.)

SUNDAY TELEGRAPH

Für Schweden bedeutet diese geheimnisvolle Tragödie nicht nur den *Verlust eines politischen Führers*, der, so irregeleitet er auch in seinen Ansichten gewesen sein mag, eine eindrucksvolle Figur machte und, für schwedische Verhältnisse, ein ungewöhnliches Maß an internationalem Ansehen genoß. Es bedeutet ein brutales Erwachen aus einer Art von Trance. Außerhalb dessen, was die Schweden als ihr neutralistisches, sozialistisches Paradies zu betrachten sich angewöhnt haben, gibt es eine reale Welt. **(London)**

LA STAMPA

Unter allen Führern der europäischen Sozialdemokratie hatte sich Palme am stärksten an das Modell-Ziel des „dritten Weges" vorgewagt, zu jener tendenziell perfekten Gesellschaft, die die Freiheit der „bürgerlichen" Demokratie mit der Gleichheit der sozialistischen Regime kombinierte. Dafür hat er sich das aufmerksame Interesse der *italienischen* Kommunisten verdient, als diese sich – auf ihre Weise – in dieselbe Richtung bewegten. Aber man muß sofort sagen, daß Palmes „dritter Weg" nicht die unmögliche Begegnung zwischen westlicher Sozialdemokratie und sowjetischem Kommunismus sein wollte. **(Turin)**

Der wachsende Müllberg und „Ex und hopp"

Zimmermanns Kampf gegen die Lobby der Dosen und Einwegflaschen / Von Eberhard Nitschke

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will eine noch nie gebrauchte Waffe für den Kampf um die saubere Umwelt einsetzen: die im Abfall-Beseitigungsgesetz von 1972 enthaltene Möglichkeit für die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung der Industrie bestimmte Verpackungsarten zu verbieten, deren Beseitigung „einen zu hohen Aufwand erfordert". Aber schon jetzt zeichnet sich ab, daß dem Innenmini*ster mindestens so viele Knüppel zwi*schen die Beine geworfen werden wie bei seinem Einsatz für Katalysator und bleifreies Benzin.

Daß der Wirtschaftsausschuß des Bundestages jetzt mit Stimmen von Union und FDP gegen die Bestimmung war, dem Handel ein Mindestangebot von Mehrwegverpackungen vorzuschreiben, brachte Zimmermann zu dem Ausspruch: „Ich werde die Rechtsverordnungs-Genehmigung erhalten und sie gebrauchen!"

Was dem Bürger, der seinen Mülleimer noch stets wöchentlich geleert bekommt, noch ziemlich fern liegt, bringt Städte und Gemeinden zur Verzweiflung. In vertretbarer Entfernung zu ihren Zentren sind Müllablageplätze kaum noch zu finden, vor die Alternative „Verbrennung" schieben sich Umweltschützer. Von den zwan*zig Millionen Tonnen Hausmüll aber*, die bei abnehmender Bevölkerung in beklemmender Weise um rund acht Prozent jährlich zunehmen, sind rund die Hälfte weggeworfene Verpackung. *Darunter* nach der Prognose für 1986 des Umwelt-Bundesamtes in Berlin allein 3,3 Milliarden Getränkedosen. Auch der Anteil der Einweg-Flaschen steigt. Für beide Verpackungsarten nehmen die Hersteller jährlich 400 oder 500 Millionen Mark ein. Die Kosten der Hausmüllbeseitigung liegen bei rund vier Milliarden Mark pro Jahr.

Die Bundesregierung versucht seit langem, vor allem Discountbetriebe im Lebensmittelhandel mit ihrem Massenumsatz zu veranlassen, neben Getränken in *Wegwerfflaschen und* Dosen im gleichen Umfang Mehrwegpackungen anzubieten. Die Weigerung *vor allem der Aldi-Gruppe, so zu* verfahren, gab der Gesetzes-Novellierung den Namen: „Lex Aldi". Zimmermann wollte erreichen, daß die Innenminister der Länder vorschreiben *können, welche Produkte* in Ladengeschäften in welchen Verpakkungen anzubieten sind. Bisher hat man sich aber stets nur auf „Kooperationsabkommen" zurückgezogen.

Von der seinerzeit durch den Bundesinnenminister der sozial-liberalen Koalition und Zimmermann-Vorgänger Gerhart Baum (FDP) 1977 auf diese Weise vereinbarten „freiwilligen Übereinkunft" weiß man spätestens seit 1980, daß sie nichts brachte. Und in der „Fortschreibung des Verpakkungsberichts 1983" aus demselben Haus wurde festgestellt, daß sich überhaupt nichts seit 1977 verbessert habe. Nach seiner Prognose bis 1986 hält vielmehr „der Trend zur Einwegverpackung unvermindert an". Es *gab zwar einige gut gemeinte Aktio*nen. So hatten Berliner Handelsketten im Sommer 1984 „Retourdosen*automaten" eingeführt*. Einen Gutschein über drei Pfennig zum Wiedereinkauf erhielt der Kunde bei Einwurf der leeren Dose in das Gerät, das sie in Sekundenschnelle auf Bierdekkelformat zusammendrückte. Doch es stellte sich bald heraus, daß die Dosen erstens gut erhalten sein mußten und daß zweitens rund dreißig Dosenvarianten im Umlauf waren und die elektronische Erfassung auf jede einzelne hin justiert sein mußte.

Da der mündige Bürger über seine Getränkeverpackung entscheiden sollte und nicht etwa ein für Müllbeseitigung verantwortlicher angeblich „dirigistischer" Staat, führte das Bundesinnenministerium 1980 einen Test durch. Gestützt auf das Umfrageergebnis von 1977, nach dem 82 Prozent aller Bürger für eine Rückkehr zur Mehrwegflasche stimmten, wurden im Raum Köln und Düsseldorf ein Jahr lang Mehrweg-Milchflaschen an*geboten. Das* Ergebnis war positiv, wurde aber, wie man im Bundes-Umweltamt bitter vermerkt, durch die Verpackungslobby schnell erledigt, die Gutachten anbot. Wie überhaupt durch die jeweils im Interesse der Auftraggeber zumindest geschönten Gutachten wirksame *Maßnahmen* bisher weitgehend verhinderten.

Es zeigt sich heute, wo der Bundesinnenminister Zimmermann sich darauf rüstet, das deutsche Müllgebirge zu senken, daß ein flotter Werbespruch allemal mehr im Gedächtnis des Publikums haften bleibt als gute Argumente.

„Ex und hopp!" also weiterhin, obwohl Aluminiumdosen 22,5 mal so viel Energie wie die Pfandflaschen verbrauchen und die Einwegflasche laut Umwelt-Bundesamt auf das Gewicht bezogen zwölfmal so viel Abfall bringt wie eine vergleichbare Mehrwegflasche? Zimmermann muß sich, ohne Gutachten, auf die 82 Prozent der Bevölkerung stützen, die 1977 in die Richtung votierten, *die er geben* will.

Schweden trauert um seinen ermordeten Ministerpräsidenten – Der Schuß um 23.21 Uhr zerfetzte die Herzschlagader

Olof Palme – Ein Kämpfer für alle Unterdrückten

Der am Freitag erschossene schwedische Ministerpräsident Olof Palme diente seinem Land seit 1969 für mehr als zehn Jahre als Ministerpräsident. Er hatte großen Anteil daran, daß aus Schweden ein beispielhafter Wohlfahrtsstaat und eine moralische Institution wurde. Als Schwedens bekanntester Politiker auf dem internationalen Parkett stellte er sich immer auf die Seite der kleinen Nationen gegen die Großmächte und kämpfte für eine Welt ohne Krieg, Atomwaffen, Rassendiskriminierung, Hunger und Unterdrückung.

Das Amt des Ministerpräsidenten hatte Palme von 1969 bis 1976 inne. 1982 und 1985 wurde er erneut gewählt, als sich die Wähler zu dem von ihm mitgestalteten allumfassenden Wohlfahrtssystem bekannten. Palme, von Beruf Journalist, gab einmal ein Beispiel seines kämpferischen Stils: "Über was ich am liebsten berichtet habe, war Theater und Boxen. Als ich mich entschloß, den Beruf zu wechseln, entschied ich mich natürlich für etwas, das beides kombiniert – Politik."

Als Kind einer wohlsituierten Stockholmer Familie wurde Palme einer der wichtigsten Anwälte des Klassenkampfes in Schweden. Von seinen Mitarbeitern wurde Palme verehrt, aber für seinen alten politischen Rivalen, den früheren Führer der schwedischen Konservativen, Gösta Bohman, war er immer ein Dr. Jekyll und Mr. Hyde-Charakter – „Ein Charmeur im gesellschaftlichen Leben und ein Teufel in der Politik".

Schon in seinen frühen Zwanzigern hatte sich Palme der Politik verschrieben. Zehn Jahre lang diente er dem sozialdemokratischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten Tage Erlander als persönlicher Referent, ehe er 1963 Minister ohne Geschäftsbereich wurde.

Erlander hatte wenig Kenntnisse von der Außenpolitik, und so wurde der weitgereiste Palme mit seiner Ausbildung in den USA bald eine unersetzbare Hilfe Erlanders. Protégé des Ministerpräsidenten wurde er zu einer Zeit, als die Fundamente des modernen schwedischen Wohlfahrtsstaates gelegt wurden. So half Palme dabei, die Bevölkerung vom Land in die Städte zu ziehen und Schweden von einem hauptsächlich landwirtschaftlich geprägten Land zu einem modernen Industriestaat zu machen.

Er legte die Fundamente für den Wohlfahrtsstaat

Als Ministerpräsident unterstützte Palme Steuerreformen, die auch verheiratete Frauen auf den Arbeitsmarkt brachten, und startete einen Plan, um mehr Tageskindergärten anzubieten und die Arbeitsplätze zu sichern. Kritiker, auch aus den eigenen Reihen, bemängelten an dem von ihm geschaffenen Wohlfahrtssystem, daß es die Schweden abhängig vom Staat mache.

In die Schlagzeilen geriet Palme, als er 1968 in Stockholm zusammen mit dem nordvietnamesischen Botschafter in Moskau an einer Demonstration gegen die Rolle der USA im Vietnamkrieg teilnahm. Er, der in den fünfziger Jahren kurzzeitig beim militärischeen Geheimdienst gearbeitet hatte, wurde daraufhin als potentielles Sicherheitsrisiko vom schwedischen Geheimdienst überwacht. Das hinderte ihn nicht daran, 1969 das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, nachdem er kurz zuvor mit den Stimmen des linken Flügels der Sozialdemokraten Parteivorsitzender geworden war.

Unter Palmes Regierung wurde Schweden ein Asyl-Land für Fahnenflüchtige. 1972 froren die USA die diplomatischen Beziehungen zu Schweden ein, nachdem Palme die Bombardierung Nordvietnams mit Nazi-Verbrechen verglichen hatte.

Während eines USA-Besuchs im Jahre 1970 wurde Palme öffentlich für seine Haltung im Vietnam-Krieg beschimpft. Zu Hause warf man ihm vor, sich zu sehr mit Problemen wie Vietnam und Mittelamerika zu beschäftigen anstatt mit Dingen, die Schweden mehr unmittelbar beträfen.

Am Pranger standen die Linken und die Rechten

Sein Idealismus wurde immer von seinem Pragmatismus gedämpft, speziell bei den Beziehungen zu Schwedens Supermacht-Nachbar Sowjetunion. Unter seiner Regierung verurteilte Schweden sowohl Unterdrückung unter linken wie rechten Regierungen. So sprach er sich 1968 gegen die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei aus und bezeichnete die Prager Politiker als „Handlanger der Diktatur".

Palmes außenpolitische Erklärungen machten ihn international bekannt. Zu Hause erwies er sich als brillanter Taktiker, dem es gelang, die zerbrechliche Einheit seiner Partei auch bei solchen Fragen wie der Europäischen Gemeinschaft, Atomkraft und dem Bau einer schwedischen Atombombe zu erhalten. 1976 war seine unpopuläre Verteidigung der Atomkraft Grund für die erste Wahlniederlage der Sozialdemokraten seit 1932.

Von 1976 bis 1982 konzentrierte sich Palme auf seine Rolle im Ausland. Er leitete die Arbeitsgruppe Südafrika der Sozialistischen Internationalen und half bei der Erstellung des Brandt-Berichts zur Lage der Dritten Welt.

1980 wurde Palme zum Unterhändler der Vereinten Nationen (UNO) im Golfkrieg zwischen Iran und Irak berufen. Während dieser Zeit gründete der Politiker auch die Palme-Kommission für Abrüstung und Sicherheit, die einen Korridor frei von atomaren Gefechtsfeldwaffen in Europa vorschlug.

Nach seiner Wiederwahl 1982 ging Palme mit Nachdruck die wirtschaftlichen Probleme des Landes an und wertete die Krone um 16 Prozent ab, was zu einem Export-Boom führte. Seine Wiederwahl im September 1985 sicherte sich Palme mit dem Thema der Sicherung des Wohlfahrtsstaates. Dennoch mußten die Sozialdemokraten Einbußen hinnehmen. Der radikale schwedische Schriftsteller Jan Myrdahl sagte über Palme, anstatt daß er ein Sozialist sei, habe er die autokratische Mentalität eines preußischen Kavallerie-Offiziers.

Es kam nicht von ungefähr, daß sein letzter öffentlicher Auftritt einem Problem der Dritten Welt galt: Vor einer Woche sprach Palme vor einer Konferenz gegen das südafrikanische Apartheid-Regime. In Anwesenheit des Vorsitzenden der in Südafrika verbotenen Befreiungsbewegung „African National Congress", Oliver Tambo, forderte Palme verbindliche und weltweit wirksame Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegen die weiße Regierung in Pretoria. „Die Apartheid ist ein Schandfleck für das Gewissen der Welt".

Palme war seit 1956 mit der Kinderpsychologin Lisbeth Beck-Friis verheiratet, mit der er drei Söhne hatte. (rtr)



Freude nach der gewonnenen Wahl im September 1985: Mehr als zehn Jahre diente Palme seinem Land als Regierungschef FOTO: AP



Samstag nacht in Stockholm: Mit einem Fackelzug ehren Tausende von Schweden ihren ermordeten Ministerpräsidenten Olof Palme FOTO: RODRIGUEZ/TT

Warum muß ein Demokrat so sterben?

Von REINER GATERMANN

Warum passiert dies ausgerechnet in unserem Land?" Dieses ist die seit Freitag nacht in Schweden am häufigsten gestellte Frage. „Warum muß ein wirklicher Demokrat so sterben?" steht auf einem Plakat in der Stockholmer Innenstadt geschrieben. Es hängt an einer Hauswand an der Ecke Sveavägen-Tunnelgatan an der Stelle, an der Freitag nacht um 23.21 Uhr Schwedens Ministerpräsident Olof Palme aus kürzester Entfernung hinterhältig erschossen wurde. „Die Kugel drang in seinen Rücken ein und aus der Brust heraus. Sie zerriß die Hauptschlagader. Olof Palme war sofort tot. Es hätte für ihn keine Rettung gegeben", so die Erklärung der Polizei.

Die Meldung verbreitete sich in dieser eiskalten Nacht in Stockholm in Windeseile. „Ich habe eine Party verlassen. Ich mußte hierher kommen", sagt ein junger Mann und starrt auf die große Blutlache. Seine Freundin hat sich fest bei ihm eingehakt. Sie weint. Die Ecke Sveavägen-Tunnelgatan gleicht einem Blumenteppich. Hinter den Absperrgittern die Bürger eines Landes in tiefer Trauer.

„Dies ist das wenigste, was ich für Olof Palme tun kann", sagte eine Frau mittleren Alters und wirft einen großen Blumenstrauß roter Tulpen über das Gitter. An einer Ecke des Gevierts hält ein einsamer Polizist Wache. Neben ihm ein Pappschild: „Wir chilenischen Flüchtlinge lieben dich, Olof, vielen Dank." Gegenüber ein eng beschriebenes Stück Papier: „Haltet diesen Platz in Ehren. Baut hier Olof Palme ein Denkmal."

Olof Palme hatte nie an Gewalt geglaubt. „Selbstverständlich haben wir ihn über die Risiken informiert", versichert Reichspolizeichef Hulger Romander. Aber Olof Palme wehrte sich: „Es ist sowieso unmöglich, sich völlig zu schützen." Er ging mit der Polizei jedoch einen Kompromiß ein; bei offiziellen Anlässen ließ er sich von zwei Sicherheitsbeamten begleiten. „Aber er legte größten Wert darauf, nicht ein Privatleben im Schatten von Leibwächtern führen zu müssen", erklärte Romander weiter und fügt noch hinzu: „Er rief uns jedoch an und sagte, wo er hingehe."

Dies tat Schwedens Regierungschef allerdings nicht an diesem verhängnisvollen Freitag. „Er schickte die beiden Beamten mit dem Hiweis weg, er werde den Abend zu Hause verbringen." Von einem Kinobesuch war keine Rede. Aber gegen 21.00 Uhr stand Olof Palme vor der Kasse des Kinos „Grand 1" am Sveavägen. Neben ihm Frau Lisbet und Sohn Mårten (24) mit seiner Freundin. Auf dem Spielplan: Der schwedische Streifen „Mozarts Brüder". Auf dem Plakat ist zu lesen: „Sehr lustig."

Gegen 23.10 Uhr ist der Film zu Ende. Olof und Lisbet Palme überqueren die Straße, passieren das Gebäude einer Versicherungsgesellschaft. In einem der Schaufenster ein Plakat mit der Aufschrift: „Leg dich hin und sterbe eine Weile."

Was Lisbet Palme der Polizei sagte

Gut hundert Meter weiter vor den hell erleuchteten Fenstern des Farbengeschäftes Dekorima passiert das, was Lisbet Palme in ihren ersten Verhören so beschreibt: „Mein Mann ging ein paar Schritte hinter mir. Plötzlich hörte ich einen Knall. Ich drehte mich um, um mit Olof darüber zu sprechen. Da sah ich, wie er in den Schnee sinkt und heftig aus der Brust blutet. Dann ein zweiter Knall, und ich spüre etwas."

Gegenüber dem Tatort befindet sich der Taxi-Fahrer Anders Delsborn (27). Er mußte an der roten Ampel warten. Als sie auf Grün schaltet, fährt er an und hört die Schüsse. Sofort, es ist 23.21 Uhr, alarmiert er über die Taxi-Zentrale Polizei und Krankenwagen. Sie sind schnell zu Stelle.

In einem anderen Wagen sitzen die beiden 17jährigen Mädchen Anna Hage und Karin Johansson. Sie kamen von einer anderen Kinovorstellung. „Wir sahen, wie auf dem Bürgersteig ein Mann zusammensackte", berichtet Anna Hage, die in der Krankenschwesterausbildung steht. „Ich glaubte zuerst, es handele sich um einen Herzinfarkt." Noch ein weiterer Mann wurde Zeuge des Mordes. Er verfolgte den Flüchtenden hinein in das dunkle Ende der Tunnelgatan, mußte die Jagd jedoch bald ergebnislos aufgeben.

Als die eiskalte Sonne über Schweden aufgeht, werden die Flaggen auf Halbmast gehißt. In ganz Schweden versammeln sich am Samstag Tausende zu spontanen Andachten und Versammlungen. Vor der Regierungskanzlei im Rosenbad warten Menschen bis zu zwei Stunden, um sich in die Kondolenzlisten einzutragen.

Am Sergels Torg, dort, wo die Europäer seit 1984 gemeinsam mit den USA und Kanada über die Sicherheit unseres Kontinents beraten, versammeln sich am späten Nachmittag über zehntausend Menschen, um Olof Palmes zu gedenken. Unter den Rednern Industrieminister Thage G. Peterson: „Es ist grausam, daß gerade der schwedische Politiker, der wie kein anderer für den Frieden gekämpft hat und der nachdrücklich immer wieder betont hat, daß Gewalt nie Probleme lösen kann, selbst einer so rohen Tat zum Opfer gefallen ist."

Radio und Fernsehen ändern ihre Programme, einige Theater schließen die Tore, in etlichen Diskotheken rührt sich an diesem Samstag abend kein Plattenteller.

Die Polizei mobilisiert alle Kräfte. Die erste Beschreibung des Täters gibt kaum Anhaltspunkte: 35 bis 40 Jahre alt, dunkles Haar, gekleidet in einen dreiviertel langen dunklen Mantel oder Anorak. Es wird Reichsalarm ausgelöst, und seit fünf Jahren werden erstmals wieder die Reisepässe überprüft. Am Samstag vormittag wird eine Patrone gefunden. 40 Meter vom Tatort entfernt, auf der Gegenseite des Sveavägen, aber keine Patronenhülse.

Ein der Polizei unbekanntes Projektil

Am Sonntag um 12.00 Uhr gibt Holger Holmer, Polizeichef für Stockholm Land, im überfüllten Saal des Polizeipräsidiums einen Lagebericht: „Wir legen ein Mosaik mit sehr kleinen Steinchen." Dann weiter: „Olof Palme ist von einer Kugel aus einem Revolver vom Kaliber 38 getroffen worden." Das Projektil traf ihn in den Rücken. Dann ein zweiter Schuß. Er streifte Lisbet Palmes Mantel, verletzte sie aber nur geringfügig. Diese Patrone glaubt man gefunden zu haben. „Das ist eine ungewöhnliche Kugel. Wir haben in unserem Archiv etwa 500 verschiedene Arten, diese ist nicht darunter." Ein Geschoß mit Bleispitze und Kupfermantel sei ungewöhnlich.

Viele Schweden scheinen heute mit der Hoffnung zu leben, daß es sich bei dem Mörder um einen „Galning" (Verrückten) handelt. Denn dann habe man die Gewißheit, daß Schweden noch nicht vollständig in den Bannkreis des weltweiten Terrorismus gezogen sei. Denn das letzte vergleichbare Attentat, das einem Schweden galt, liegt fast 200 Jahre zurück und geschah 1797, als König Gustav III. ums Leben kam.

Cup Anamur II: Vor Start Streit um Gerettete

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Am 5. März wird die Cap Anamur II, das neue Schiff des Komitees Deutscher Not-Ärzte, von Singapur aus zu einer Rettungsfahrt ins Südchinesische Meer starten. Anlaß ist der anhaltende Strom von Flüchtlingen aus Vietnam, die sich mit oft seeuntüchtigen Booten aufs Meer wagen und für die Freiheit ihr Leben aufs Spiel setzen.

Der Vorstand des Ärzte-Komitees, Rupert Neudeck, nannte die neue Aktion gegenüber der WELT ein „demonstratives Unternehmen", da man durch eine solche Fahrt doch nur zufällig und wenigen helfen könne. Das Vorhaben solle zugleich auf die Lage in Südostasien aufmerksam machen, die sich allerdings in einer Hinsicht verändert habe: Jedes Handelsschiff, versicherte Neudeck, könne jetzt helfen, ohne daß der Reederei Schaden entsteht. Gerettete würden unbürokratisch und ohne Verzögerung durch eine internationale Regelung aufgenommen. Mit den Einsätzen des ersten Schiffes der Not-Ärzte konnten 9507 Menschen aus Seenot geborgen werden; mit einer Aktion von Frankreich aus gelang im vergangenen Jahr 540 Vietnamesen die Flucht.

Schon vor Abfahrt des rund 4000 BRT großen, gecharterterten Containerschiffes Cap Anamur II, das nach einem Umbau „250 Menschen gut und notfalls 400" aufnehmen kann, hat das Feilschen um Asyl für die geretteten Vietnamesen begonnen. Neudeck hofft aus Deutschland auf die Zusagen von „Quoten" mit vielleicht 100 Plätzen in den großen und 50 in den kleinen Bundesländern. Solche Zusagen erschließen Flüchtlingen die mühelose Aufnahme in einem der Übergangslager; derzeit ist das die Philippinen-Insel Palawang.

In Hamburg hat dieses Problem jetzt die Bürgerschaft beschäftigt. Der Abgeordnete Gert Boysen (CDU) wollte mit einer kleinen Anfrage den SPD-Senat zur Aufnahme von Flüchtlingen motivieren. Die Antwort aus dem Rathaus dagegen verwies auf eine Grundsatzvereinbarung zwischen Kanzler und Ländern von 1982, wonach eine Aufnahme grundsätzlich einstimmig beschlossen und nach einem Verteilerschlüssel bewältigt werden soll. Diese Regelung, widerspricht Boysen, sei schon im vergangenen Jahr aufgeweicht worden, als die Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen spontan Plätze für eine Rettungsaktion des französischen Schiffes „Jean Charcot" angeboten hatten.

Hamburg entschuldigt sich unterdessen mit seiner ohnehin „überproportionalen Belastung durch Asylbewerber". Die Not-Ärzte hält der Quoten-Ärger nicht von ihrem Engagement ab. Wenn es keine Vorab-Zusagen für die Aufnahme von Flüchtlingen gibt, wird die Cap Anamur II dennoch Kurs auf Europa nehmen. Und dann heißt der Zielhafen aller Voraussicht nach Hamburg.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Weizsäcker plädiert für „Hörergelder" an Unis

Gespräch des Bundespräsidenten mit Studentenvertretern

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in einem Gespräch mit Studenten vor der Gefahr gewarnt, daß sich Hochschullehrer nach ihrer Berufung auf ihren Beamtensesseln ausruhten. Er halte deshalb verstärkte Anreize für Professoren durchaus für notwendig, um auch auf diese Weise die Qualität von Forschung und Lehre an den deutschen Universitäten weiter zu verbessern. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Bundespräsident ausdrücklich auch die Wiedereinführung von „Hörergeldern" als erwägenswert.

Von Weizsäcker hatte am Ende der vergangenen Woche in seinem Bonner Amtssitz eine Abordnung der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände" empfangen. In der Organisation sind neben dem bekanntesten und größten, dem Kartellverband „CV", weitere acht Verbände zusammengeschlossen, die insgesamt 10 000 studentische Mitglieder repräsentieren. Die Studentenvertreter hatten in einem Thesenpapier für das Gespräch beim Bundespräsidenten unter anderem propagiert: „Der Gedanke der Verbesserung der Leistungen von Studenten und Lehrenden setzt eine veränderte Einstellung gegenüber stärkeren Leistungsanreizen voraus." Und: Ziel einer wirklichen Studienreform „sollte es sein, gestraffte, aber nicht verschulte Studiengänge anzubieten".

Auch der Präsident beklagte in dem Gespräch die lange Studiendauer an deutschen Hochschulen. Deshalb halte er beispielsweise die Verlängerung der Mediziner-Ausbildung durch die veränderte Approbationsordnung nicht für glücklich. Im Sinne einer Qualitätssteigerung für abträglich hält von Weizsäcker darüber hinaus die „Versuche der Gleichmacherei" zwischen den Universitäten. Er ließ im Gespräch mit den Studenten keinen Zweifel daran, daß es nach seiner Meinung sinnvoller wäre, wenn sich die Hochschulen stärker als bisher auf unterschiedliche Forschungs- und Lehrschwerpunkte konzentrierten.

Nach Angaben der katholischen Studentenvertreter waren darüber hinaus die „ethischen Fragen des technischen Fortschritts" ein weiterer Schwerpunkt bei ihrem Gespräch in der Villa Hammerschmidt: Richard von Weizsäcker habe ihre Initiative befürwortet, die Einrichtung einer ständigen Ethik-Kommission nach französischem Vorbild ernsthaft zu prüfen. Dieses Gremium sollte auch dem Gesetzgeber helfen, die Folgen der rasanten technologischen Entwicklungen etwa auf dem Feld der Genforschung unter Kontrolle zu halten.

Die Grünen in Hessen bangen um den Bestand ihres Fraktions-Status

Parteitag in Okarben / Realpolitiker soll Landtagssitz für Koalitionsgegnerin räumen

D. GURATZSCH, Okarben

Die hessischen Grünen haben auf ihrem Landesparteitag in Okarben bei Friedberg das Prinzip der Rotation bekräftigt und ihren Landtagsabgeordneten Franz Jakob aufgefordert, seinen Platz im Sommer für eine Nachrückerin freizumachen. Damit hat sich die Auseinandersetzung zwischen Realpolitikern und Fundamentalisten in der Partei weiter zugespitzt. Der Streit kann Auswirkungen auf den Zusammenhalt der rot-grünen Koalition in Hessen haben.

Über die Rotation des Abgeordneten Jakob, der selbst als Nachrücker für einen vorzeitig ausgeschiedenen grünen Landtagsabgeordneten in das Parlament gekommen war und der deshalb „außer der Reihe" rotieren soll, streiten sich Realpolitiker und Fundamentalisten seit Wochen.

Sechs Stimmen Mehrheit

Jakobs Ausscheiden aus dem Landtag würde nämlich die Mehrheitsverhältnisse für die rot-grüne Koalition im Landtag verändern. Während sich Jakob zu dieser Koalition und damit zur Linie der sogenannten Realpolitiker bekennt, gilt die Nachrückerin Marion Papaczik als Fundamentalistin und entschiedene Gegnerin der Koalition.

Von den sieben Landtagsabgeordneten der Grünen würden dann nur noch fünf den Kurs der Regierungsbeteiligung uneingeschränkt unterstützen, da außer Frau Papaczik bereits der Abgeordnete Jan Kuhnert auf Konfrontationskurs zur Mehrheit der grünen Landtagsgruppe gegangen ist und in verschiedenen Abstimmungen gegen Beschlüsse der rot-grünen Koalition votiert hat. Die Koalition verfügt im Hessischen Landtag mit allen Grünen und SPD-Abgeordneten jedoch nur über eine Mehrheit von sechs Stimmen.

Die eigentliche Gefährdung der Koalition sieht die Mehrheit der grünen Landtagsgruppe jedoch darin, daß die Grünen bei einem Austritt von Kuhnert und Frau Papaczik aus der Fraktion ihren Fraktionsstatus im hessischen Parlament verlieren würden. Die Fundamentalisten bekämen damit ein Erpressungsinstrument in die Hand, mit dem sie die Mehrheit der Landtagsgruppe in kritischen Fragen auf eine kompromißlose Haltung gegenüber der SPD festzulegen versuchen könnten.

Auf der Landesmitgliederversammlung in Okarben erfochten dennoch die grünen Fundamentalisten einen Etappensieg. Wie auf allen schwach besuchten Parteitagen der hessischen Grünen verfügten sie unter den lediglich 300 angereisten Parteimitgliedern schon numerisch über einen weitaus stärkeren Anhang als auf den „großen" Landesversammlungen. Die Entscheidung für die Rotation von Franz Jakob fiel mit einer Stimmenmehrheit von 60:40. Sie kann freilich bis zum Rotationstermin im Sommer von jeder neuen Landesmitgliederversammlung noch einmal umgestoßen oder relativiert werden. Jakob selbst hat „definitiv" erklärt, daß er nicht zurücktreten werde. Dennoch wird angenommen, daß er seine Entscheidung nochmals überdenkt.

Harte Gegensätze

Wie unsicher die Mehrheitsverhältnisse über die grünen Fundamentalisten in Hessen selbst auf „kleinen" Parteitagen sind, zeigte sich in Okarben gleich im Anschluß, als mehrere Abstimmungen über einen sogenannten Maulkorberlaß der Landtagsgruppe für Jan Kuhnert mit einem Stimmenverhältnis von 50:50 unentschieden ausgingen.

Mit knapper Mehrheit wurde dazu schließlich festgestellt, der Minderheit in der Landtagsgruppe dürfe „nicht das Maul verboten werden". Freilich werde umgekehrt vorausgesetzt, daß die Minderheit parlamentarische Konstellationen nicht „putschistisch mißbraucht".

„Antisemitische Äußerungen nicht zu entschuldigen"

rtr, Duisburg

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat gestern zur Wachsamkeit vor neuen antisemitischen Tendenzen aufgerufen. Zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit sagte von Weizsäcker, in jüngster Zeit hätten antisemitische Äußerungen Mitbürger jüdischen Glaubens und Juden in aller Welt tief verletzt und beunruhigt. Solche Äußerungen seien nicht zu entschuldigen und unvereinbar „mit unserem Bild vom Menschen und der demokratischen Humanität, mit der Geschichte, mit der Ehre unseres Volkes". Von Weizsäcker sagte weiter: „Es wäre für uns als Menschen und als Volk gerade gegenüber unseren Freunden von unabsehbaren Folgen, wenn sich ernsthaft die Sorge um einen neu erwachenden Antisemitismus bilden müßte." Er bitte deshalb um Wachsamkeit und verständnisvolle Mithilfe.

Im Rahmen der Woche der Brüderlichkeit wurde der evangelische Theologe Prof. Heinz Kremers für besondere Verdienste um den Dialog zwischen Christen und Juden mit der Buber-Rosenzweig-Medaille geehrt.

Blüm sieht bei 116 mehr Handlungszwang

AP, Bonn

Durch die jüngste Entscheidung des Sozialgerichts Frankfurt zur Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in Tarifkonflikten (WELT v. 1. 3.) hat sich nach Darstellung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) der Handlungsdruck zur Änderung des Streikparagraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz „geradezu verdoppelt". Blüm erklärte gegenüber der „WELT am SONNTAG", das Gericht habe nicht nur den sogenannten Franke-Erlaß für rechtswidrig erklärt, sondern auch die ganze Grundlage dafür, die Neutralitätsanordnung von 1973. Jetzt müßten auch die Gewerkschaften akzeptieren, daß Handlungszwang bestehe.

In Kreuzberg droht ein Wohnungsbaustopp

Beschluß der SPD/AL-Mehrheit blockiert Grundstücke

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Dauerthema, der Bau- und Korruptionsskandal, wird morgen erneut den Senat beschäftigen. Diesmal geht es allerdings nicht um neue Enthüllungen oder Vorwürfe an die Senatsadresse, sondern um einen brisanten Beschluß, den die SPD/AL-Mehrheit im Bezirk Kreuzberg gefaßt hat. Gegen die Stimmen der CDU wurde beschlossen, daß vorläufig keine öffentlichen Grundstücke mehr an private Großbauträger vergeben und diesen keine Befreiungen vom geltenden Baurecht erteilt werden.

In der Praxis heißt das: Baustopp für den Wohnungsbau. Den Vorwand für diese Entscheidung liefert der Skandal. SPD und AL wollen, daß sie so lange gilt, bis der Abschlußbericht des vom Berliner Abgeordnetenhaus eingesetzten Untersuchungsausschusses (WELT vom 28. 2. 86) vorliegt. Das aber kann bis Mitte nächsten Jahres dauern.

„Berlin wird durch diesen Beschluß unermeßlicher Schaden zugefügt", erkärt Bausenator Klaus Franke (CDU). „Wir können das nicht hinnehmen." Denn das bedeutet, daß rund 1800 Wohnungen nicht gebaut werden können – sie sollten bis zur Internationalen Bauausstellung im nächsten Jahr in Kreuzberg entstehen. Gefährdet sind laut Franke 4000 Arbeitsplätze in der Baubranche.

Mit Hilfe der Hausjuristen muß der Senat nun prüfen, ob und wie der für Kreuzberg verhängnisvolle Beschluß, der auch bei der SPD außerhalb des Bezirks keineswegs nur Billigung findet, rückgängig gemacht werden kann. Die im Bezirksparlament überstimmmte CDU hat bereits an den Senat appelliert, die Rechtmäßigkeit des Beschlusses zu überprüfen. Schützenhilfe hat die Union bei ihrer Forderung nicht nur von den Arbeitgebern, der Fachgemeinschaft Bau, sondern auch von der Industriegewerkschaft Bau erhalten. Sie sieht in dem Vorhaben die „Gefahr eines generellen Baustopps und den Verlust von Arbeitsplätzen".

In Kreuzberg – 130 000 Einwohner, davon fast 40 000 Ausländer, und der Bezirk mit besonders schlechter Bausubstanz – ist die Wohnungsnot groß. „Wenn dieser Beschluß nicht rückgängig gemacht wird, ist die Bevölkerung der Leidtragende.

Was SPD und AL aufgrund ihrer Mehrheit praktizieren, ist in Berlin (und wohl auch im übrigen Bundesgebiet) einmalig: Die Lahmlegung eines großen Teils des Baugeschehens. Als Initiator des Beschlusses gilt der von der Alternativen Liste für dieses Amt nominierte Kreuzberger Baustadtrat Werner Orlowsky, pikanterweise im vergangenen Jahr mit CDU-Stimmen gewählt.

Allerdings ist der Baustopp-Beschluß nicht der einzige Fall in Kreuzberg, in dem SPD (15 Sitze) und AL (12) ihre Mehrheit gegenüber der stärksten Fraktion, der CDU (18), für politische Alleingänge ausnutzen. Gegen die Union wurde erst kürzlich eine Städtepartnerschaft mit einer Gemeinde in Nicaragua durchgesetzt...

Hinweise für Terror-Pläne in Berlin

D. D. Berlin

Palästinensische Terroristen planen Anschläge in Berlin. Staatsschutz und Justiz erhielten entsprechende Hinweise von den Geheimdiensten befreundeter Länder, darunter vom israelischen Geheimdienst Mossad. Danach halten sich mehrere Gruppen bereits in der Stadt auf. Sie sollen aus der syrischen Hauptstadt Damaskus kommend über den Ostberliner Flughafen Schönefeld eingereist sein.

Vermutliches Ziel der Anschläge sind Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde und des Staates Israel in Berlin. Für alle gefährdeten Einrichtungen, darunter das jüdische Gemeindehaus im Stadtteil Charlottenburg und der Stand Israels auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB), wurden die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt. Auch der Flughafen Tegel und die zwischen dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße und dem Westteil der Stadt verkehrenden S- und U-Bahnlinien werden verschärft kontrolliert.

Nach den Erkenntnissen der Polizei bevorzugen Terroristen diese Verkehrsmittel, da sie die größte Chance bieten, unkontrolliert von Ost nach West zu gelangen. Die Polizei schließt nicht aus, daß die Terroristen bei Landsleuten, die als Asylbewerber hier leben, Unterschlupf gefunden oder zur Tarnung selbst Asylanträge gestellt haben. Allein in der ersten Februarhälfte wurden in Berlin über 1000 Asylanträge gestellt.

Nach den eingegangenen Hinweisen sollen auch Anschläge in Frankfurt geplant sein.

Ämter rechnen mit Run auf die neuen Ausweise

Zehn Mark Gebühr / Ausgabe beginnt am 1. April 1987

p. p. Bonn

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, hatte ihn schon, bevor das dazugehörige Gesetz am Freitag im Bundestags verabschiedet wurde. Er ist sozusagen „Herr Mustermann". Alle anderen Bürger müssen aus technischen Gründen noch warten: Der neue Personalausweis wird vom 1. April 1987 an ausgegeben. Zehn Mark wird die (fast) fälschungssichere Plastikkarte in der Anschaffung kosten, zehn Jahre (ohne Verlängerungsmöglichkeit) gültig sein – und Anschlußinvestitionen erforderlich machen, die der Lederwarenindustrie Auftrieb versprechen. Denn der neue Ausweis ist mit seinem Format DIN A 7 (10,5 x 7,4 cm) etwa doppelt so groß wie eine Euroscheck-Karte und paßt nicht in herkömmliche Portemonnaies.

Auch wenn keine gesonderte „Umtausch-Aktion" vorgesehen ist, sondern die neuen Personalausweise sukzessive bei Ablauf der Gültigkeit der alten ausgegeben werden sollen, so wird beim allgemeinen Hang zum Neuen doch damit gerechnet, daß zum 1. April 1987 ein erheblicher Andrang in den Einwohnermeldeämtern zu erwarten ist. Zusammen mit dem Foto wird der Antrag dann per Kurier an die Bundesdruckerei nach Berlin geschickt werden. Der fix und fertig verschweißte Ausweis kommt von dort zurück. „Die Seriennummer und die Prüfziffern dürfen", so sagt es das Gesetz, „keine Daten über die Person des Ausweisinhabers oder Hinweise auf solche Daten enthalten."

Vorbei sind die für Terrororisten und „normale" geschäftstüchtige Ganoven schönen Zeiten, da sich aus mehr weniger gut gesicherten Amtsstuben Blanko-Ausweise stehlen oder benutzte, gestohlene Personalpapiere ohne allzu großen Aufwand verfälschen ließen. Nach Angaben von Sicherheitsexperten sind zur Zeit 474 000 gestohlene Personalausweise „in der Fahndung", und rund 12 000 Blanko-Ausweise „sind weg". Bei der Anwendung spielen nicht nur auch in Terroristen-Depots wiedergefundene Papiere eine Rolle: Bei rund 3000 Betrugsdelikten, vornehmlich mit Euroschecks, wurde 1984 der Erfolg durch gestohlene Ausweise möglich.

Auf den neuen weinroten Europa-Paß werden die Deutschen noch etwas länger warten müssen, bis zum 1. Januar 1988. Die zweite Umschlagseite des etwas kleineren, aber ansonsten dem herkömmlichen Reisepaß gleichenden Papiers besteht aus einer dem Personalausweis ähnlichen Plastikkarte. Obwohl die Auseinandersetzungen mit den Bundesländern über die Einnahmemöglichkeiten bei der Paßausstellung noch nicht beendet sind, ist das Bundesinnenministerium entschlossen eine Gebühren-Obergrenze von 30 Mark festzusetzen. Auch beim Paß ist eine Gültigkeitsdauer von 10 Jahren ohne Verlängerungsmöglichkeit vorgesehen.

260 Deutsche können sich ganz persönlich über die neuen Ausweise schon heute freuen: Sie werden von der Bundesdruckerei in Berlin für die Herstellung eingestellt werden. Rund 120 Millionen Mark sind für Maschinen-Investitionen gebunden.

Gegenüberstellung im Spionageausschuß?

dpa, Bonn

Die SPD strebt im Spionageausschuß eine Gegenüberstellung des früheren Verfassungsschutzpräsidenten Heribert Hellenbroich mit dem jetzigen Chef der Spionageabwehr, Engelbert Rombach, an. Einen entsprechenden Antrag haben die Sozialdemokraten gestern im Ausschuß eingebracht und mit widersprüchlichen Äußerungen über die Einschätzung des in die „DDR" gewechselten Agentenjägers Hansjoachim Tiedge als Sicherheitsrisiko begründet. Die SPD wünscht ferner, Verfassungsschutzpräsident Ludwig Holger Pfahls noch einmal als Zeugen zu vernehmen.

In einer Mitteilung der SPD hieß es, Rombach habe bei einer ersten Zeugenvernehmung erklärt, von ihm sei Hellenbroich auf das Risiko angesprochen worden, das Tiedge darstelle. Hellenbroich habe demgegenüber erklärt, von Rombach keine Klage über Tiedge gehört zu haben.

Verhalfen Holländer Irak zum Senfgas?

HELMUT HETZEL, Den Haag

500 Tonnen des als Grundstoff für Senfgas zu verwendenden Thiodiglycol (TDG) sind nach Angaben der belgischen Zeitung „De Morgen" von belgischen und niederländischen Firmen an Bagdad geliefert worden.

In Holland fragt man jetzt: Haben weitere niederländische Firmen Irak noch beliefert, nachdem die EG Anfang 1984 die Ausfuhr dieses auch als Pflanzenvertilgungsmittel gebrauchten Grundstoffes verboten hat?

Dies sei sehr wahrscheinlich, behauptet das angesehene „NRC-Handelsblad". Ein in Arnheim ansässiges Handelsunternehmen soll demnach Ende 1984 das als Grundstoff für chemische Kampfmittel dienende Phosphor Oxychlorid nach Irak ausgeführt haben.

500 Tonnen bestellt

Damit wird die weitverzweigte Kette aus belgischen, amerikanischen und niederländischen Betrieben, die in den zurückliegenden Jahren Bagdad mit diesen chemischen Giftstoffen beliefert haben sollen, um eine neues Glied erweitert.

„De Morgen" enthüllte, daß 1983, also noch vor dem EG-Ausfuhrverbot, eine bei der in Terneuzen ansässigen niederländischen Firma namens KSB-Holland eingegangene Bestellung über 500 Tonnen TDG an die im flämischen Tessenderlo tätige belgische Tochter des amerikanischen Chemieriesen Phillips Petroleum weitergeleitet und dann auch gemeinsam ausgeführt wurde. Der Auftrag an KSB-Holland kam direkt aus Bagdad.

Besteller war „Sepp" (State Establishment Production), ein irakischer Staatsbetrieb für die Herstellung von Pestiziden. Dort allerdings, so betonen fachkundige Wissenschaftler, könne TDG mühelos in Senfgas weiterverarbeitet werden.

Senfgas ist einer der gefährlichsten chemischen Kampfstoffe und zerstört hauptsächlich die Haut, die Atemwege sowie die Augen. Eindeutige Symptome von Senfgas-Einwirkung wurden wiederholt bei iranischen Soldaten festgestellt. Es gilt so gut wie sicher, daß Irak diesen Kampfstoff im Golfkrieg einsetzt.

Mißtrauisch geworden

„Wir hatten keine Ahnung, was die damit machen", sagt KSB-Holland-Direktor J.A. Bravenboer. Erst als im März 1984 eine Bestellung aus Bagdad bei ihm eintraf und man inzwischen aus der Presse erfahren hatte, daß die Iraker im Golfkrieg vermutlich Senfgas als Kampfstoff einsetzen, sei man mißtrauisch geworden. Die zweite Bestellung aus Bagdad sei deshalb zurückgewiesen worden.

„Das hat uns 7 Millionen Gulden gekostet, aber ich verdiene mein Geld lieber mit gutem Gewissen". Ähnlich äußerte sich die Phillips Petroleum-Direktion.



Zerschossene Palmenwälder und Rauch von Einschlägen am Ufer des Shatt-el-Arab

Geringe irakische Geländegewinne und hohe Verluste in der Schlacht um Fao

DETLEV AHLERS, Basra

Etwa zehn Kilometer vor der von den Iranern am 10. Februar eroberten irakischen Hafenstadt Fao verläuft die Front. Journalisten konnten in der vergangenen Woche die erste irakische Linie besuchen. Von dort waren mit bloßem Auge keine iranischen Stellungen erkennbar. Die Feinde beschossen sich mit Artillerie und Mörsern, von iranischer Seite wurden einige Granaten geworfen, die weißen Rauch ausstießen. Entlang der Straße nach Fao verwesten etwa 15 nicht beerdigte persische Leichen. Ihnen war Blut aus Nase und Ohren geronnen. Alle hatten Gasmasken neben sich liegen.

Die V-förmige Halbinsel mit Fao an der Spitze geht bereits platt in den Golf über. Das Gelände ist matschig, mit einem Spatenstich erreicht man Grundwasser. Fahrzeuge können sich nur auf den drei erhöhten Straßen in Richtung Fao bewegen. Diese Straßen sind umkämpft; an ihnen entlang haben die Iraker ihre Stellungen gebaut. Unzählige Lastwagen karren Sand nach vorn, um Stichstraßen für Artillerie (155-mm-Geschütze und Stalinorgeln) und neue Aufmarschwege in die Einöde zu legen.

Auf der südlichen dieser Straßen haben die Iraker in fünf Tagen etwa drei Kilometer gewonnen. Während es im mittleren Frontbereich harte Kämpfe Mann gegen Mann gibt, beschießen hier die Iraker die jeweils ersten iranischen Stellungen solange, bis die Infantrie vorrücken kann. Nachts allerdings scheinen die Iraner einige Stellungen zurückzuerobern.

Luftangriffe flogen fast ausschließlich irakische Kampfhubschrauber französischer und russischer Herkunft. Aber auch einige irakische Soldaten sahen sie ungern, weil sie wohl manchmal danebentreffen. Über die Front flogen auch irakische Ein- und Zwei-Propeller-Maschinen älteren Typs, aber wiederum war keine Mirage oder MiG wahrnehmbar.

Die irakische Marine kann seit geraumer Zeit den Hafen Umm Qasr wieder benutzen. Umm Qasr liegt 48 Kilometer westlich von Fao und 70 Kilometer südlich von Basra. Die westlich von Umm Qasr verlaufene Straße von Basra nach Kuwait kann ohne Gefahr befahren werden. Am Donnerstag wurde eine Pontonbrükke bei Umm Qasr fertiggestellt, über die nun der irakische Südabschnitt vor Fao erreicht werden kann.

Zuvor bildeten Fähren die einzige Verbindung. Vor den Anlegestellen stauten sich die Unimogs und Geländfahrzeuge, doch niemand schien in Eile zu sein. An den Kanonen vieler Panzer hingen Decken zum Lüften. Die Straße Umm Qasr–Fao wird zum Golf hin mit Fliegerabwehr gesichert, doch vor persischen Flugzeugen schien nicht die geringste Furcht zu herrschen.

Die Generäle geben unterschiedliche Auskunft darüber, ob sie vor Fao „eine neue Waffe einsetzen" (Raschid) oder nicht (Saady Toama, der neue Kommandierende des VII. Korps). Immerhin sind in manchen Nächten starke Detonationen zu vernehmen, was die Vermutung zuläßt, daß die Iraker Fuel Air Explosive abwerfen (mineralische Dämpfe, die mit gewaltigem Druck explodieren).

Obwohl es den Irakern offenbar gelungen ist, die letzte iranische Fährverbindung über den Shatt zu zerstören (am Drahtseil geführte Pontons), können die Invasoren in Fao weiterhin mit Booten versorgt werden. Die Verluste auf beiden Seiten sind sehr hoch, die Schlacht um Fao mag zusammen bisher mehr als 130 000 Tote und Verwundete gekostet haben. Das trifft die Iraker, auch wenn ihre Verluste geringer sind, härter als die Invasoren.

Denn die Iraker haben kaum mehr Truppen, die motiviert genug sind, infanteristisch gegnerische Stellungen zu erobern. Das VII. Korps, das vor Fao kämpft, muß deswegen von Spezialeinheiten verstärkt werden, von denen Irak aber insgesamt nur sechs oder sieben Brigaden besitzt. Zu Beginn der vierten Woche der iranische Invasion über den Shatt nach Fao erscheint es sehr zweifelhaft, ob es den Irakern gelingt, die Stadt zurückzuerobern.



Irakische Soldaten entlang der Straße Umm Qasr–Fao. Oben ein Fahrzeug des Roten Halbmondes, des Roten Kreuzes der Araber FOTOS: DA

Eine „Revolutionsregierung" soll in Manila Weichen für Reformen stellen

Unstimmigkeiten bei Ämterbesetzungen / Erste Kontakte zur kommunistischen Guerrilla

FRED de LA TROBE, Manila

Auf den Philippinen hält die Diskussion um die Postenvergabe bei der Bildung der Regierung Aquino an. Nach 20 Jahren in der Opposition wollen immer mehr der bisher zu kurz gekommenen Politiker endlich an den Drücker.

Die Rivalität ist hart, vor allem zwischen den Anhängern von Präsidentin Aquino und denen des konservativen Vizepräsidenten Laurel. Teilweise herrscht erhebliche Konfusion, da für die gleichen Posten zwei Kandidaten ernannt wurden. Der Grundsatz, Führungskräfte nur nach ihren Fähigkeiten einzusetzen, war keineswegs überall berücksichtigt worden. Laurel drohte schon mit seinem Rücktritt, falls er bei Ernennungen nicht befragt werde.

Beamte wehren sich

Die bisher bestellten Minister gehören derselben Oberschicht an, aus der der gestürzte Präsident sein Kabinett zusammenstellte und schließt sogar einige Marcos-Veteranen ein. Die Zahl der reformfreudigen Politiker in der Regierung ist dagegen gering.

Ein Engpaß für einen zügigen Machtwechsel und Reformen ist der wachsende Widerstand gehobener und mittlerer Beamter in allen Behörden, ihre Posten zu räumen. Die Funktionäre der alten Marcos-Struktur versteifen sich vielfach darauf, daß sie – als vom Volk eingesetzt – nur durch Neuwahlen abgesetzt werden können.

Frau Aquino sagte, sie erwäge die Proklamation einer „Revolutionsregierung", um damit verfassungsmäßige und rechtliche Fallstricke zerschneiden und die nötigen politischen und wirtschaftlichen Reformen verwirklichen zu können. Vordringlich wäre ein Wandel in der Landwirtschaft, in der das Elend der noch überwiegend ländlichen Bevölkerung durch das noch weitgehend feudalistische Pächtersystem erheblich ist.

Die „Nationale Volksarmee" (NPA), der militärische Arm der verbotenen Kommunistischen Partei der Philippinen, kontrolliert etwa 15 Prozent des Landes und 40 000 Dörfer. Diese Gebiete sind straff durchstrukturiert und haben schon eine eigene, weitreichende Landreform verwirklicht, die von der Regierung schwer zu überbieten sein wird, da für eine aussichtsreiche Neugestaltung erhebliche Gelder benötigt werden.

Regierungssprecher Saguisag gab zu verstehen, daß man erste Kontakte mit den kommunistischen Guerrillas aufgenommen habe. Ihre Zahl wird auf 12 000 bis 16 000 vollbewaffnete reguläre und weitere 20 000 Gelegenheitskämpfer veranschlagt.

Während des Wahlkampfes hatte Frau Aquino eine Amnestie für die NPA in Aussicht gestellt, wenn sie auf eine gewaltsame Veränderung der Gesellschaft verzichte. Sie schloß auch eine Zulassung der KP nicht aus. Aus Kreisen der Guerrilla verlautete, sie seien zu Gesprächen über einen Waffenstillstand, nicht aber zur Aufgabe ihrer Waffen bereit.

Frau Aquino machte auch ihr Wahlversprechen wahr, die 586 politischen Gefangenen des Marcos-Regimes aus der Haft zu entlassen. Auf starken Druck des rechten Flügels ihrer Regierung – vor allem von Verteidigungsminister Enrile und Generalstabschef Ramos – wurden dann aber doch vier der Häftlinge vom Freispruch wieder ausgenommen. Es handelt sich um den Gründer der philippinischen KP, den Dichter und Dozenten José-Maria Sison, Bernabe Buscayno, der als „Kommandant Dante" bekannt ist, und um zwei Guerrillas, die an Erschießungsaktionen beteiligt waren.

Monopole zerschlagen

Frau Aquino hat auch der Korruption und der Ämterpatronage den Kampf angesagt, die während der Marcos-Ära weit verbreitet waren. Zunächst sollen die wirtschaftlichen Monopole zerschlagen werden, die der Expräsident seinen Günstlingen als reiche Pfründe vermittelt hatte. Schwieriger wird die Säuberung des Beamtentums sein, das seine mageren Gehälter durch Schmiergelder aufbesserte.

Zügig voran geht die Reform der 200 000 Mann starken Streitkräfte, die unter Marcos korrupt geworden waren. Ramos, der als Saubermann gilt, entließ 23 Generäle, die die Altersgrenze längst überschritten hatten, und besetzte alle Schlüsselpositionen mit Männern, die sich bei der Revolte gegen Marcos ausgezeichnet hatten. (SAD)

Seit 25 Jahren König von Marokko

Hassan herrscht absolut und als „Fürst aller Gläubigen" / Flexibler Umgang mit dem Islam

ROLF GÖRTZ, Madrid

König Hassan II. von Marokko begeht heute den 25. Jahrestag seiner Thronbesteigung. Der 22. Herrscher des Alouitengeschlechtes folgte seinem Vater Mohammed V. Der bis dahin sehr europäisch lebende Thronfolger überraschte mit seiner ersten symbolischen Amtshandlung: Auf einem Schimmel reitend zog der damals 31 Jahre alte Hassan, in der weißen Djelaba der Moslems gekleidet, zum Freitagsgebet.

Der in Marokko und Frankreich erzogene Sproß einer seit 300 Jahren ohne Unterbrechung herrschenden Dynastie bekannte sich damit zu einer auf dem Islam beruhenden Herrschaft. Der Doktor der Rechte der Universität von Marseille, der gerne Racine zitiert, steht auf der Seite der freien Welt. Er beging jedoch nicht den Fehler des Schahs Reza Pahlewi, der glaubte, Modernisierung und Demokratisierung seines Staates außerhalb des Islam einleiten zu können.

Wie früher das Christentum, so basiert auch der Islam auf der Einheit von Staat und Kirche. Allerdings: Der Islam herrscht nach seinen eigenen Grundvorstellungen schon auf dieser Welt des „irdischen" Lebens. Als Antwort auf den Kolonialismus entwikkelten die islamischen Völker im 19. Jahrhundert einen Nationalismus staatlicher Organisationsformen mit halbwegs festen Landesgrenzen.

„Fundamentalismus" bedeutet in diesem Zusammenhang die Re-Islamisierung eines jeden Gemeinwesens. Um den Anschluß an die Zeit zu finden, ohne deshalb die geistigen Fundmante seines Volkes zu verlassen, hatte schon Hassans Vater, der Sultan, den Königstitel eines westlichen Systems angenommen. Er blieb aber der Emir-el-Muminin, „Fürst aller Gläubigen".



König Hassan von Marokko FOTO: CAMERA PRESS

Auf dieser Basis entwickelte Hassan später sein eigenes Doppelsystem: Eine Verfassung, die durch eine Volksabstimmung am 7. Dezember 1962 angenommen wurde und westlich-demokratischem Vorbild entspricht. Im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie wählen die 22 Millionen Marokkaner ein Parlament, das seinerseits die Regierung ermittelt.

Das islamische Königtum des „Malek" sichert dem Herrscher darüber hinaus eine Staatsführung zu, wie sie in der abendländischen Welt in dieser Form seit langem nicht mehr existiert. Der Malek – gleichzeitig oberster Priester und eigentlich auch oberster Richter – bestimmt die Richtlinien der Politik. Das Instrument dieser islamischen Legitimation bildet der „Majzen", ein Hofstaat persönlicher Berater.

Der ersten Auseinandersetzung mit der sozialistischen Opposition seines Landes begegnete Hassan auf religiöser Ebene. Er lud die Oppositionsführer zu einem Pilgerflug nach Mekka ein, dem diese sich nicht entziehen konnten, wollten sie das Vertrauen der gläubigen Bevölkerung nicht verlieren.

Anders als die sozialistischen Nachbarländer Algerien und Libyen konnte sich Marokko im Rahmen dieser Doppelgleisigkeit den Weg in die Moderne leisten: Eine relative Pressefreiheit, die es in den sozialistischen Ländern Arabiens nicht gibt, läßt Kritik selbst an der Regierung zu.

Über die Universitäten bleibt der Kontakt mit der übrigen Welt ausbaufähig. Westeuropa verdankt der entschlossenen Entwicklung der nur vorübergehend spanischen Westsahara die Stabilisierung einer Zone am Atlantik, von der die Sicherheit von über 60 Prozent unserer Energieversorgung abhängt. (SAD)

Schmidt: Je tiefer die wirtschaftliche Depression, desto größer die politische Destabilisierung

Während der Berg- und Talfahrt der siebziger Jahre – und das gilt heute noch – verloren fast alle Regierungen in der industrialisierten Welt das früher sogenannte magische Viereck wirtschaftlicher Ziele aus den Augen, nämlich mit Vollbeschäftigung als erstem, stabilen Preisen als zweitem, ausreichendem Wachstum als drittem und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht als viertem Eckstein. Helmut Schmidt schreibt weiter: Es gibt derzeit unter den wichtigsten Industriewirtschaften der Welt keine, die in der Lage ist, zugleich alle vier Ziele angemessen zu erreichen.

Mancherorts wird die Meinung vertreten, die Welt sei im wirtschaftlichen Aufschwung begriffen. Das ist unzutreffend. Das gilt nur für die Vereinigten Staaten und einige wenige andere Länder, nicht aber für Europa und sicherlich nicht für Mittelamerika, Lateinamerika, nicht für ganz Afrika oder Asien, mit Ausnahme der fünf ost- und südostasiatischen Staaten, die ich im letzten Kapitel erwähnt habe.

Die strukturelle Verwerfung wurde in erster Linie durch den Vietnam-Krieg und dessen inflatorische Finanzierung verursacht. Dies löste, zweitens, eine Reihe von Dollarkrisen aus, die im März 1973 zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems weltweit fester Wechselkurse führten. Dadurch wurden viele Regierungen die Verpflichtung los, in ihrem finanz- und geldpolitischen Verhalten Wechselkurs- und Zahlungsbilanzdisziplin zu bewahren. Ohne den Zwang, ohne die Verpflichtung jedes Landes, die eigene Währung auf einem festen Wechselkurs zu halten, brachen die Dämme gegen die Inflation; zweistellige Inflationsraten waren selbst in industrialisierten Ländern keine Seltenheit.

Drittens verursachten die Opec-Länder, die die weltweite Geldinflation erfolgreich ausnutzen, im Oktober 1973 und Anfang 1974 während und nach dem Nahostkrieg den ersten und 1979/1980 den zweiten Ölpreisschock. Öl hatte Anfang der siebziger Jahre etwa 1,50 US-Dollar pro Barrel gekostet; der Preis stieg vor ein paar Jahren auf etwa 35 US-Dollar und liegt heute wieder sehr viel tiefer. Die Erhöhung des Ölpreises zwischen 1973 und 1982 um das Zwanzigfache führte zu enormen Verwerfungen in dem weltweiten Gefüge der Zahlungsbilanzen, betraf fast alle Länder der Welt und machte es für viele erforderlich, auf ausländische Finanzierung zurückzugreifen.

Der Vietnam-Krieg endete 1975. Im Nahen Osten dauerte der Krieg von 1973 nicht sehr lange, der Suez-Kanal wurde bald nach Kriegsende wieder eröffnet. Während die Ölpreise stiegen, sank der Verbrauch, und die Nachfrage nach Tankschiffen und Stahl verringerte sich. Das führte zu einem weltweiten Überangebot an Stahl- und Schiffbaukapazitäten. Die 1974 einsetzende Rezession bewirkte ein weiteres Absinken der Nachfrage für Stahl, Schiffe und so weiter.

Magisches Viereck aus den Augen verloren

Während der Berg- und Talfahrt der siebziger Jahre – und das gilt heute noch – verloren fast alle Regierungen in der industrialisierten Welt das früher sogenannte magische Viereck wirtschaftlicher Ziele aus den Augen, nämlich mit Vollbeschäftigung als erstem, stabilen Preisen als zweitem, ausreichendem Wachstum als drittem und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht als viertem Eckstein. Es gibt derzeit unter den wichtigsten Industriewirtschaften der Welt keine, die in der Lage ist, zugleich alle vier Ziele angemessen zu erreichen. Und ich spreche nicht einmal von einem möglichen fünften Eckstein, zum Beispiel der sozial gerechten Einkommensverteilung, oder einem sechsten, wie dem ökologischen Gleichgewicht. Die Krise betrifft fast alle Staaten, einschließlich der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten.

Der Schiffbau war stets eine starke Säule der britischen, der skandinavischen und der deutschen Volkswirtschaften. 1960 wurden Schiffe mit fast neun Millionen Bruttoregistertonnen auf den Werften der Welt gebaut; am Ende der beiden Kriege wurden 1975 sogar 35 Millionen Bruttoregistertonnen Schiffsraum hergestellt. Die Nachfrage nach neuen Schiffen ist natürlich seitdem gesunken. Aber die Zahl der verfügbaren Schiffe hat sich vervielfacht, und die Gesamtkapazität für den Seetransport verdreifachte sich von 1960 bis Ende der siebziger Jahre. In der Zeit der beiden Kriege wurden alle vorhandenen Schiffe eingesetzt; 1983 blieben jedoch 52 Millionen Bruttoregistertonnen ungenutzt und 1984, selbst nach einem begrenzten Aufschwung, noch 35 Millionen. Heute liegen Hunderte von Schiffen und Millionen von Bruttoregistertonnen vertäut in den Häfen.

Mit der Getreideerzeugung oder der Agrarproduktion überhaupt ist ein weiterer Wirtschaftszweig außer Kontrolle geraten. 1975 erzeugte zum Beispiel die Europäische Gemeinschaft 94 Prozent ihres verbrauchten Getreides selbst, so daß sie Netto-Importeur war. 1985 erzeugte sie 105 Prozent des von ihr benötigten Getreides; sie ist zu einem wichtigen Anbieter auf den Weltgetreidemärkten geworden. Inzwischen haben sich Getreideerzeugung und -exportkapazität in den Vereinigten Staaten ebenfalls erhöht. So besteht ein Getreideüberschuß in der Welt. Sowohl Europa als auch die USA haben während dieses Zeitraumes ihre Landwirte subventioniert und die Überproduktion stimuliert – genau wie es bei der Subventionierung von Stahl- und Schiffbau der Fall war.

Dies sind nur die größeren und auffälligeren Beispiele. Sie zeigen das Ausmaß der wirtschaftlichen Verwerfungen, die diese Zeit charakterisieren. Das gilt nicht nur für die Zahlungsbilanzen und die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen der Welt, sondern auch für die hochwichtigen Märkte industrieller und landwirtschaftlicher Produkte. Dieser Wandel veränderte das Gefüge vieler Volkswirtschaften und die Struktur des Welthandels.

Die Konsequenz dieser Verwerfungen bestand in einer schweren Rezession, die 1980, 1981 und 1982 alle industrialisierten Staaten erfaßte – einige etwas früher, andere etwas später, die Schweiz beispielsweise erst 1982 und 1983. Die Rezession führte in allen industrialisierten Ländern zu niedrigeren Wachstumsraten. Beispielsweise betragen die europäischen Wachstumsraten zur Zeit etwa zwei Prozent. (Das ist übrigens eine Zahl, die man sich merken sollte, um sich nicht vom tatsächlichen wirtschaftlichen Aufschwung in den USA während der beiden Jahre 1983/1984 täuschen zu lassen.) Der Welthandel verringerte sich 1981 und 1982 ebenfalls. Alle stark vom Export abhängigen Länder sind vom weltweiten Sinken der Nachfrage betroffen. Die globalen Auswirkungen der hohen, von den USA ausgehenden Realzinsen trugen ihren Teil dazu bei. Investitionen in Produktivkapital haben nachgelassen wie infolgedessen auch die Aktivitäten von Industriezweigen, die Investitionsgüter und Produktionsanlagen herstellen.



Beispiel Getreide: Europa und die USA haben durch Subventionen die Überproduktion stimuliert
FOTO: MANFRED VOLLMER

Das Ergebnis dieses wirtschaftlichen Strukturwandels sind Arbeitslosenzahlen, wie sie die industrialisierte Welt seit den dreißiger Jahren nicht mehr erlebt hat – Zahlen, die unweigerlich zu politischer und gesellschaftlicher Destabilisierung führen. Politisch bedeutet das, daß der Druck mit dem Ziel einer politischen Kursänderung stärker wurde; wenn aber auch eine Kurskorrektur folgenlos blieb, so rief man nach einem Wechsel in der Regierung.

In Frankreich, mit einer Regierung links der Mitte, neigen einige Leute heute dazu, die extreme Rechte zu wählen. So stimmten mehr als zehn Prozent der Franzosen 1984 bei den Wahlen für das Europäische Parlament für Le Pen. Steht die Regierung aber weiter rechts von der Mitte, tendieren mehr Wähler dazu, die extreme Linke zu wählen, wie jene sieben Prozent, die 1983 bei der Wahl zum Deutschen Bundestag für die Grünen stimmten. Der gleiche Trend ist in anderen europäischen Ländern zu erwarten; er wird mit dem wachsenden Anteil der längerfristig Arbeitslosen noch zunehmen.

Natürlich sieht die politische Reaktion auf wirtschaftlichen Rückgang in nichtdemokratischen Staaten anders aus. Als die regierende Militärjunta 1982 in Argentinien versuchte, die Falklandinseln zu erobern, verfolgte die militärische Aktion zum großen Teil das Ziel, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzulenken und Unruhen in den Straßen von Buenos Aires zu verhindern. Die Solidarność-Bewegung in Polen wäre vielleicht nicht entstanden, wenn nicht auf der ganzen Nation ein harter wirtschaftlicher Druck gelastet hätte – einer Nation, die über ihre Verhältnisse gelebt hatte. Die schwindende Popularität Khomeinis in Iran ist ein weiteres Beispiel für die Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren. Es wäre leicht, eine Reihe weiterer Beispiele zu nennen, doch läßt sich der Kernpunkt in einer einfachen und zentralen Schlußfolgerung zusammenfassen: Je länger und tiefer die wirtschaftliche Depression, desto größer ist die politische Destabilisierung der Welt.

*

Die lateinamerikanische Schuldenkrise ist eine ständig weitertikkende Zeitbombe. Sie wurde zwar hier und da vorübergehend entschärft, aber keineswegs für immer und durchaus nicht vollständig.

Inzwischen haben wir es mit einer zweiten Zeitbombe zu tun. Präsident Reagan hat ziemlich optimistisch von einer „zweiten amerikanischen Revolution" gesprochen. Angesichts der außergewöhnlichen Expansion der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahren und deren weitgehende Finanzierung durch Auslandsgelder, neige ich gegenüber Reagans Wirtschaftsvision zur Skepsis. Wie lange kann das Kapital aus anderen Volkswirtschaften noch nach New York City fließen? Was geschieht, wenn der Auslandskapitalstrom in die Vereinigten Staaten austrocknet? Oder wenn er sich sogar umkehrt?

Der Vorsitzende des Federal Reserve Board in Washington, Paul Volcker – in meinen Augen ein herausragender Steuermann der Geldpolitik in der westlichen Welt –, hat wiederholt und nachdrücklich vor den Defiziten der amerikanischen Haushaltspolitik gewarnt, die zu überhöhten Zinsen und zu einem überhöhten Dollarwechselkurs geführt haben, der auch seit Mitte 1985 noch immer weit über einem vernünftigen Niveau liegt. Volcker hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der fortgesetzte und massive Rückgriff der Vereinigten Staaten auf die Ersparnisse der Welt eine Bremswirkung auf die Binnenexpansion der anderen Volkswirtschaften ausübt. Volcker hat wiederholt betont, die Vereinigten Staaten seien im Begriff, vom größten Gläubiger der Welt zu deren größtem Schuldner zu werden. Es bestehe die Gefahr eines Zusammenbruchs des Kapitalstroms, auf den sich die USA stützen, um ihren öffentlichen und privaten Kapitalbedarf zu decken; überdies gebe es zahlreiche Beispiele für die schwerwiegenden Folgen überhöhter Verschuldung.

Ich halte dies alles für richtig, und ich bin überzeugt, daß Martin Feldstein, der frühere Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates des amerikanischen Präsidenten, recht hatte, als auch er eine Reihe dieser Punkte hervorhob. Volcker hatte darüber hinaus recht, als er feststellte, es sei den Zentralbanken der Welt unmöglich, den exzessiv hohen Dollarkurs durch Marktinterventionen zu senken. Selbst wenn die Zentralbanken ihre gesamten Dollarbestände verkauften, würden sie nicht bloß ihre Währungsreserven plündern, sondern vor allem auch einen schweren deflatorischen Druck auf ihre eigenen Währungen und Volkswirtschaften verursachen.

Tendenz zur Inflation in den Vereinigten Staaten

Die Wechselkurssenkung des Dollar vom Herbst 1985 ist zwar durch eine Kombination japanischer zentralbankseitiger Dollarkäufe mit amerikanischer zentralbankseitiger höherer Geldversorgung bewirkt worden; aber die japanische Zentralbank verkauft Dollar gegen Yen und deflationiert damit ihre Geldversorgung, und die gesteigerte Geldversorgung in den USA wird inflatorische Tendenzen auslösen.

Deshalb ist diese Kombination keine durchgreifende Lösung. Volcker ist einer der wenigen amerikanischen Nationalökonomen, dessen öffentlich vertretene Ansichten sich nicht auf die innenpolitischen Konsequenzen eines fortgesetzten „deficit spending" beschränken. Nur sehr wenige seiner Kollegen versuchten im gleichen Maße, der amerikanischen Öffentlichkeit die Auswirkungen ihrer Haushaltsdefizite auf die Weltwirtschaft verständlich zu machen. Die meisten Mitglieder der Reagan-Administration neigen dazu, über die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hinwegzugehen – wenn sie sie überhaupt erkennen – und sich auf die immense politische Macht ihres Landes zu verlassen, wirtschaftliche Bedrohungen von außen abzuwenden.

Daß Präsident Reagan über das enorme Handels- und Leistungsbilanzdefizit, das sich unter seiner Regierung entwickelt hat, keinerlei Besorgnis erkennen läßt, ist ein Ausdruck heiterer Vernachlässigung aller Mitverantwortung für die Weltwirtschaft. Doch zugleich befürwortet die Regierung Reagan die Verminderung des hohen Bundeshaushaltsdefizits, was positiv zu bewerten ist. Doch die Vorschläge, die diese Administration im Jahr 1985 unterbreitete, veranschlagen bis 1988 immer noch jährliche Defizite in Höhe von 150 bis 250 Milliarden Dollar; die Administration gründet ihre Prognosen auf der Annahme, daß die amerikanische Wirtschaft jährlich eine durchschnittliche reale Wachstumsrate von vier Prozent haben werde. Die Feststellung, daß dies eine optimistische Annahme ist, erübrigt sich; eine solche Wachstumsrate wird weder 1985 noch 1986 erreicht werden. Und wenn im Verlauf der nächsten Jahre eine Rezession, statt des erhofften anhaltenden Wachstums, eintreten sollte, so könnte sich das Haushaltsdefizit ohne weiteres auf 400 Milliarden Dollar pro Jahr verdoppeln. Diese Zahl mag nicht sehr wahrscheinlich sein; denn ehe die Lage sich so verschlechtert, wäre der Kongreß zu Einsparungen oder Steuererhöhungen gezwungen. Das bisher debattierte Gramm-Rudman-Gesetz hat noch keine Zähne.

In der Diskussion über das amerikanische Haushaltsdefizit hat ein wichtiger Punkt bisher zu wenig Berücksichtigung gefunden. Politiker und sogar Ökonomen lassen sich leicht dazu verleiten, Haushaltsdefizite in Prozent des Bruttosozialprodukts auszudrücken. An diesem Maßstab gemessen sehen die gegenwärtigen und zukünftigen amerikanischen Haushaltsdefizite – fünf bis sechs Prozent des Bruttosozialprodukts – im Vergleich zur Situation in anderen Industrieländern zwar nicht sehr günstig aus, aber auch nicht extrem schlecht.

Zur Beurteilung wichtiger ist jedoch das Verhältnis der Haushaltsdefizite zu den Ersparnissen einer Nation. Die Sparquoten liegen in den Industrieländern sehr unterschiedlich und in den Vereinigten Staaten besonders niedrig. Nur wenn man diese beiden Zahlen in Beziehung zueinander setzt, kann man beurteilen, in welchem Grad eine Regierung auf ihre nationalen Ersparnisse zurückgreifen darf, um ihre Haushaltsdefizite zu finanzieren; oder ob die von der Regierung für ihre Anleihen angebotene Verzinsung höher sein muß als der Zinssatz, den die private Wirtschaft zu zahlen bereit oder in der Lage ist. Wenn der Privatsektor nicht genug spart, dann werden nicht genügend Ersparnisse vorhanden sein, auf welche Regierung und private Unternehmen zurückgreifen können. Wenn die Regierung dennoch mehr Anleihen aufnehmen muß, so müssen die nötigen Beträge von der Zentralbank zur Verfügung gestellt werden, die zu diesem Zweck Geld drucken müßte, oder es muß aus dem Ausland kommen. Länder mit niedriger privater Sparrate haben daher weniger Spielraum bei der staatlichen Kreditaufnahme als Länder mit höherer Sparrate. Die USA haben die niedrigste Sparrate unter allen großen Industrienationen; in den letzten Jahren sind etwa sechs Prozent des Nettoeinkommens der amerikanischen Privathaushalte gespart worden; dieser Prozentsatz ist ungefähr konstant geblieben. (Tatsächlich sank er sogar nach den 1981 eingeleiteten Steuerkürzungen.) Im Vergleich dazu betrugen die Ersparnisse der Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland zehn bis zwölf Prozent und in Japan sogar 18 Prozent.

Nimmt man also prozentual etwa die gleiche unternehmenswirtschaftliche Kapitalbedarfshöhe in den drei Volkswirtschaften an, dann hätte sich der deutsche Staat vergleichsweise ein doppelt so hohes Haushaltsdefizit wie der amerikanische Staat leisten können und der japanische Staat sogar ein dreimal so hohes, gemessen an dem Anteil der Nettoersparnisse, den das Defizit in Anspruch nimmt. 1982 verbrauchte die öffentliche Hand in Japan insgesamt nur knapp 25 Prozent der Privatersparnisse, 1983 knapp unter 22 Prozent und 1984 lediglich 20 Prozent. 1982, 1983 und 1984 betrug der Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik jeweils über 40 Prozent, über 30 Prozent und über 20 Prozent der Nettoersparnisse.

In starkem Kontrast zu den Studien in Japan und in der Bundesrepublik verbrauchte der öffentliche Sektor in den USA 1982 70 Prozent der Nettoersparnisse, 1983 ebenfalls 70 Prozent und 1984 etwa 50 Prozent.

Mit anderen Worten: Angesichts der Tatsache, daß die Notenbank unter Volckers Ägide sich in jenen Jahren standhaft geweigert hat, Geld zu drucken, um die Defizite zu finanzieren, blieb nur der kleinere Teil der Inlandsersparnisse übrig, um den Kapitalbedarf der Unternehmen in Industrie, Handel und Baugewerbe sowie der Verbraucher und so weiter zu befriedigen – und der hätte sicherlich bei weitem nicht für eine wirtschaftliche Erholung ausgereicht.

Die Auslandsschulden der USA wachsen rapide

Für Washington ist es deshalb notwendig geworden, große Kapitalmengen aus dem Ausland einzuführen; 1984 belief sich entsprechend dem Leistungsbilanzdefizit diese Summe auf 100 Milliarden Dollar, 1985 lag sie bei 130 Milliarden Dollar. So wachsen amerikanische Auslandsschulden rapide. Das reichste Land der Welt hat bereits den Punkt überschritten, an dem die Auslandsverbindlichkeiten die Auslandsvermögen übersteigen. Seit dem Winter 1985 haben die Vereinigten Staaten die weltweit höchsten Nettoauslandsschulden, sogar noch höhere als Brasilien. Zwar ist die amerikanische Wirtschaft sehr viel größer und kräftiger als die brasilianische; trotzdem werden die USA, ebenso wie Brasilien, keine Nettotransferzahlungen mehr aus ihren Auslandsvermögen erhalten. Statt dessen werden sie netto mehr Zinsen an ausländische Kreditgeber und Gewinne an ausländische Investoren zahlen müssen, als sie aus ihren eigenen Kapitalanlagen im Ausland zurückerhalten.

Unter normalen Umständen kann ein Land Nettotransfer ins Ausland nur in dem Maße vornehmen, wie es Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse hat. Anders als Brasilien besitzen die Vereinigten Staaten im Augenblick keine solchen Überschüsse. Sie sollten versuchen, einen starken Zuwachs an Güter- und Dienstleistungsexporten herbeizuführen, sie sollten ihre Importe drosseln. Vor allem sollte der Dollarwechselkurs deutlich unter dem jetzigen Niveau stabilisiert werden, um amerikanische Güter- und Dienstleistungen für den Export wieder billiger und wettbewerbsfähiger zu machen und umgekehrt die japanischen und europäischen Importe, die zur Zeit wegen des überbewerteten Dollar billig sind, relativ teurer. Ein Abwärtstrend im Dollarkurs wurde schon für nötig gehalten, als der Dollar Anfang 1984 auf 2,60 Mark geklettert war. Seitdem ist er aber auf über 3,40 Mark (im März 1985) gestiegen und dann seit Ende Juli 1985 auf Werte um 2,60 Mark gefallen. Die Anpassung ging also noch nicht annähernd weit genug; der Dollar blieb, nach jeder Berechnungsart, erheblich überbewertet. Die drei Gründe für die Überbewertung des Dollar, um es noch einmal zu sagen, sind:

Erstens: Die Notwendigkeit, das hohe amerikanische Haushaltsdefizit zu finanzieren, trieb die Zinsrate in die Höhe. Jeder ausländische Kapitalanleger, der seine Ersparnisse oder seine nicht ausgeschütteten Gewinne in den USA statt in seinem eigenen Land anlegt, bekommt einen ungewöhnlich hohen Realzins für seine Investition – in der Tat ein starker Anreiz für Kapitalexport in die USA!

Zweitens: Auf dem privaten Kapitalmarkt Amerikas besteht eine starke Nachfrage. Die amerikanischen Gesellschaften erzielen derzeit gute Gewinne, die sie in die Lage versetzen, hohe Zinsen und zugleich gute Dividenden zahlen zu können, während der amerikanische Verbraucher von seinem steuerpflichtigen Einkommen die Zinsen abziehen kann, die er für die Finanzierung eines neuen Autos oder eines neuen Fernsehers gezahlt hat – was wiederum einen starken Anreiz darstellt.

Drittens: Viele Menschen in Japan, im Nahen Osten, in Europa und Lateinamerika ziehen es vor, Teile ihres Vermögens in den USA anzulegen, da sie Vertrauen in die langfristige Vitalität der amerikanischen Wirtschaft haben und die Vereinigten Staaten als „sicheren Hafen" für ihr Geld ansehen – entweder wegen der politischen Stabilität der USA, oder weil sie glauben, daß es in ihren eigenen Ländern zu viele Unsicherheiten der verschiedensten Art gibt.

In allen drei Fällen führt die Investition von Auslandskapital in den Vereinigten Staaten praktisch zum gleichen Ergebnis: Jeder, der amerikanische Wertpapiere, Aktien oder Grundbesitz kauft, muß seine Yen oder Mark auf dem Devisenmarkt in Dollar umtauschen. Da jedoch Volcker kein zusätzliches Geld druckte, konnte das Dollarangebot nicht Schritt halten. Deshalb bleibt der Dollar teuer, also der Wechselkurs hoch. Bisher sind die Folgen des amerikanischen „deficit spending" für den Rest der Welt teils positiv, teils negativ gewesen.

Positiv war: Das amerikanische Defizit hat einen enormen Aufschwung der amerikanischen Güternachfrage ausgelöst. Das war für den japanischen und den europäischen Exportsektor sowie die Beschäftigungssituation in diesen Ländern ebenso günstig wie auch für die amerikanische Wirtschaft selber. In den USA haben die erhöhte Nachfrage und der Konkurrenzdruck durch Importe zu außergewöhnlichen unternehmerischen Leistungen geführt. Gleichzeitig haben die amerikanischen Arbeitnehmer durch unerwartete Mobilität und Flexibilität zu der Erholung beigetragen. Das Haushaltsdefizit wurde zu einer treibenden Kraft für die Wirtschaft. Dieser Erfolg hat das amerikanische Selbstvertrauen gestärkt.

Negativ war: In Europa, Lateinamerika und an anderen Orten der Welt sind die Zinsen zu hoch. Im Durchschnitt lag der langfristige Realzins (das heißt der um die Inflationsrate bereinigte Nominalzins) in den USA im Frühjahr 1985 bei 8,8 Prozent; in Frankreich bei 5,9 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland bei 5,4 Prozent und in England bei 5,2 Prozent. Deshalb wurde nicht genügend in Produktivkapital investiert, da in vielen Fällen die zu erwartenden Gewinne niedriger sind als die Zinserträge am Kapitalmarkt. Die Nachfrage in der europäischen Investitionsgüterindustrie und vor allem im Bausektor ist deshalb niedrig; die Arbeitslosigkeit ist viel zu hoch.

Was werden die Folgen sein? Die Gefahren für die Schuldnerländer liegen vor aller Augen. Aber es gibt außerdem eine wachsende Gefahr für den internationalen Handel im allgemeinen. Die durch den Dollar bewirkte Verzerrung der Wechselkurse führte zu einer zunehmenden Verzerrung des internationalen Handels. Dies wiederum provoziere auf fast allen Märkten ziemlich grobe Staatseingriffe; aufgrund Tausender von Subventionen und protektionistischen Maßnahmen vollzieht sich bereits die Hälfte des Welthandels außerhalb der Gatt-Bestimmungen. Wenn jedoch der Dollar sehr schnell fallen würde, so würde dies zu einer enormen Umkehrung im internationalen Handel führen, und die Beschäftigungssituation in den Handelsüberschußländern würde sich verschlechtern.

Der drohende Zusammenbruch der Continental Illinois Bank in Chicago, der gerade noch abgewendet wurde, bot einen Vorgeschmack auf eine andere Gefahr. Das Vertrauen der Bankkunden, darunter einiger Ausländer, konnte erst wiederhergestellt werden, als die amerikanische Regierung eine volle Garantie für alle Einlagen gab. Es ist jedoch denkbar, daß eine solche Reaktion der Regierung einmal zu spät kommt. Andere massenpsychologische Auslöserfaktoren sind ebenfalls vorstellbar. Vor einiger Zeit lautete eine große Überschrift in der „Financial Times": „Eines Tages wird die Seifenblase platzen." Jeder vernünftige Mensch muß hoffen, daß dies nicht geschieht, und jede vernünftige Regierung in der Welt muß dazu beitragen, daß dies nicht geschieht. Ein Vertrauensverlust könnte zu einem schnellen Rückzug der meist kurzfristigen ausländischen Investitionen in den Vereinigten Staaten führen. In Stunden oder Tagen können die Ängste eines Einlegers andere anstecken.

Bei steigenden US-Zinsen droht schwere Rezession

Ein massiver Rückzug von Auslandsgeldern aus den Vereinigten Staaten – praktisch ein individueller und kollektiver Ansturm auf die Banken würde nicht nur die amerikanischen Banken in Schwierigkeiten bringen, sondern außerdem zu einem rapiden Absinken des Dollarwechselkurses führen. Der Kurswert der europäischen, japanischen und arabischen Dollarinvestitionen würde drastisch sinken, und die Auslandsvermögen der Japaner und Deutschen und der anderen Nationen würden dramatisch zurückgehen. Der Schaden wäre vermutlich nicht kontrollierbar und nicht kalkulierbar. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß die amerikanischen Zinsen wegen der Kapitalknappheit wieder steigen; dies wiederum könnte eine schwere Rezession auslösen.

So muß man also auf eine allmähliche Verbesserung der Situation hoffen, die in den nächsten zwei oder drei Jahren durch eine Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits erreicht werden könnte und die ein langsames Sinken des Dollarwechselkurses zur Folge hätte. Es gibt drei Wege zur Reduzierung dieses Defizits, nämlich durch Erhöhung der Staatseinnahmen, durch Ausgabenkürzung oder durch eine Verbindung beider Wege. Höhere Steuern werden unvermeidlich sein, wenn die Summe der Kürzung im Verteidigungsbudget (das ich für viel zu hoch halte) und der Kürzungen bei öffentlichen Programmen nicht ausreichen.

Es ist vorstellbar, daß die Schrumpfung der Weltwirtschaft, die durch eine Verringerung des amerikanischen Haushalts bewirkt würde, einschneidender als notwendig – oder wirtschaftlich erträglich – ausfällt. Wenn Washington jedoch überhaupt nicht reagiert, wird die Welt noch mehr darunter zu leiden haben. Je länger die „Haushalts-Chirurgen" brauchen, um ihr Skalpell zu benutzen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Operation zu spät kommt. Es ist schlimm genug, daß das vor mehr als 40 Jahren in Bretton Woods eingeführte Weltwährungssystem als Ergebnis falscher Haushaltspolitik vieler Länder zerstört wurde. Wir dürfen diesen Prozeß nicht fortschreiten lassen. Wir sind schließlich alle Teil eines integrierten Systems.

Morgen in der WELT
Konsensus und Führungswille – Ausblick auf die Wirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung

Setzen Sie mit uns auf eine saubere Zukunft.

Modelle mit ungeregeltem Katalysator, entsprechend der Euro-Norm.					
Modellreihe und Ausstattungsvarianten	Hubraum (Liter)	Motor-Leistung (kW/PS)	**Modellreihe und Ausstattungsvarianten**	Hubraum (Liter)	Motor-Leistung (kW/PS)
Audi 80, CC, CD	*1,6*	*54/73*	*Audi 100, CC, CD*	*1,8*	*65/88*
Audi 80, CC, CD	1,8	65/88	Audi 100, CC, CD	2,0	83/113
			Audi 100 quattro	1,8	65/88
Audi 90	2,0	83/113	Audi 100 Avant, CC, CD	1,8	65/88
Audi Coupé	1,8	65/88	Audi 100 Avant, CC, CD	2,0	83/113
Audi Coupé GT	2,0	83/113	Audi 100 Avant quattro	1,8	65/88
Modelle mit Katalysator und Lambda-Regelung, entsprechend dem US-Standard 1983.					
Audi 80, CC, CD	1,8	66/90	Audi 100, CC, CD	1,8	66/90
Audi 80 GTE	1,8	81/110	Audi 100, CC, CD	2,2	85/115
Audi 80 CC quattro	1,8	66/90	Audi 100 quattro	1,8	66/90
Audi 80 GTE quattro	1,8	81/110	Audi 100 CS quattro	2,2	88/120
Audi 90	2,2	85/115	Audi 100 Avant, CC, CD	1,8	66/90
Audi 90 quattro	2,2	88/120	Audi 100 Avant, CC, CD	2,2	85/115
			Audi 100 Avant quattro	1,8	66/90
			Audi 100 Avant CS quattro	2,2	88/120
Audi Coupé	1,8	66/90	Audi 200 Turbo	2,2	121/165
Audi Coupé GT	2,2	85/115	*Audi 200 quattro*	2,2	121/165
Audi Coupé quattro	2,2	88/120	Audi 200 Avant quattro	2,2	121/165

Modelle mit Diesel- und Turbo-Dieselmotor.			
Modellreihe und Ausstattungsvarianten	Motor	Hubraum (Liter)	Motor-Leistung (kW/PS)
Audi 80, CC, CD	Diesel	1,6	40/54
Audi 80 CC, CD	Turbo-Diesel	1,6	51/70
Audi 90	Turbo-Diesel	1,6	51/70
Audi 100, CC	Diesel	2,0	51/70
Audi 100 Avant Audi 100 Avant CC	Diesel	2,0	51/70
Audi 100, CC, CD	Turbo-Diesel	2,0	64/87
Audi 100 Avant Audi 100 Avant CC Audi 100 Avant CD	Turbo-Diesel	2,0	64/87

Steuerersparnis für alle Umwelt-Audis mit Katalysator: max. 2.200 DM, mit Diesel- und Turbo-Dieselmotor: max. 1.100 DM bei Neuzulassung bis zum 31.12.1986.

Mit einem der 86 Umwelt-Audis.

Unser Extra-Angebot: 12 Extras im sportlichen Audi 80 GT und im eleganten Audi 80 SC.

Wertvolle Extras serienmäßig: z.B. Sportsitze vorn, Front- und Heckspoiler in Wagenfarbe und 175er Reifen beim Audi 80 GT. Oder Zentralverriegelung, Wärmeschutzverglasung und sechs Metallic-Farben zur Auswahl beim Audi 80 SC. Beide Modelle sind mit der Stereo-Cassetten-Radioanlage „gamma" und mit 8 weiteren Extras ausgestattet. Zum fairen Preis. Selbstverständlich bieten wir Ihnen auch für diese attraktiven Angebote Katalysator- bzw. Dieselmotoren in Verbindung mit den entsprechenden Steuervorteilen.

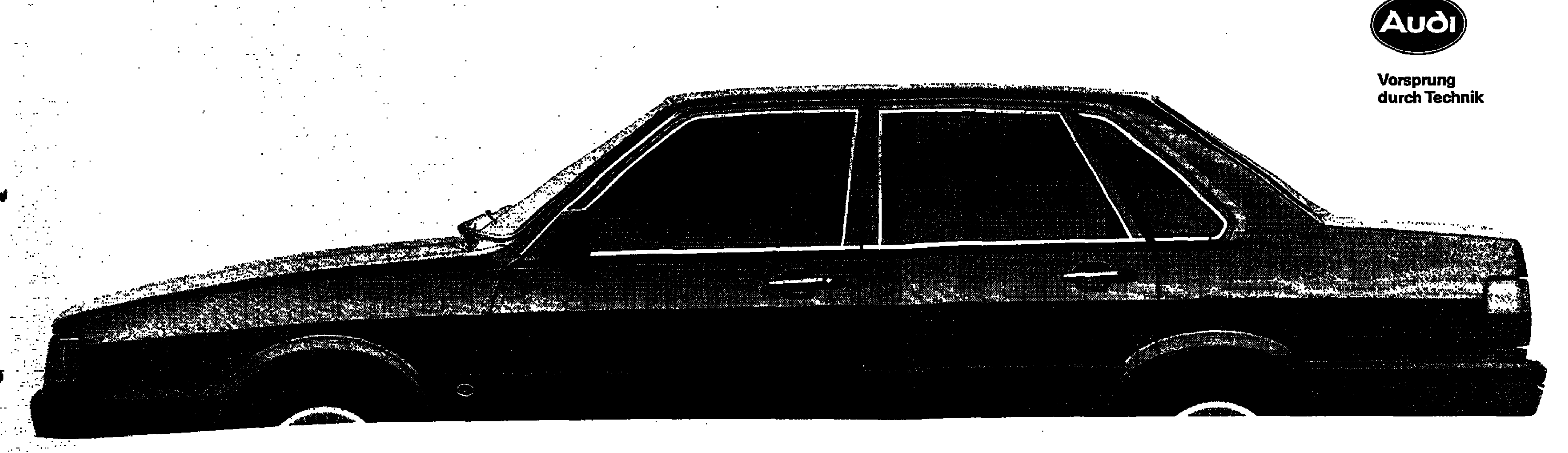
Unser Bestseller-Angebot: Audi 80, Audi 80 CC serienmäßig mit Katalysator und Top-Ausstattung.

Serienmäßig mit Radioanlage „beta", höheneinstellbarem Fahrersitz, Kopfstützen hinten, Beifahrer-Außenspiegel, Nebelscheinwerfern und -schlußleuchte. Der Aufpreis für dieses Ausstattungspaket beträgt statt DM 1.338 nur DM 350. Ihr Vorteil: DM 988*. Sie haben die Wahl zwischen den Katalysator-Modellen mit 54 kW (73 PS), 65 kW (88 PS) oder 66 kW (90 PS). Das bedeutet zusätzlich eine Steuerersparnis von DM 2.200. Sie sehen, wir machen den Umweltschutz so attraktiv wie möglich. Darum: Setzen Sie mit uns auf eine saubere Zukunft.

*Basis, unverbindl. Preisempfehlung.

Audi

Vorsprung durch Technik



USA planen neue Wege im Kampf gegen Terror

rtr, New York

Ein noch nicht veröffentlichter Bericht der US-Regierung schlägt nach Informationen der „New York Times" *die Anwendung* angemessener Gewalt im Kampf gegen bekannte und lokalisierte Terroristen vor. Die von der Spezialtruppe zur Terrorbekämpfung, der „Task Force", vorgelegte Planung schließe aufs Geratewohl ausgeführte Vergeltungsschläge gegen Länder aus, die Terroristen beherbergen. *Die Ausarbeitung empfiehlt* jedoch die Todesstrafe für Mord an amerikanischen Staatsbürgern, die *Erhöhung der* Geldmittel zur Ausspähung sowie den Schutz für Informanten über die Terrorszene.

Erneuter Unfall in Atomanlage

dpa, London

*In der britischen Wiederaufarbei*tungsanlage für Kernbrennstoffe in Sellafield ist erneut Radioaktivität freigeworden. Bei diesem vierten Unfall innerhalb von fünf Wochen wurden mindestens fünf Arbeiter mit radioaktiver Strahlung, darunter auch Plutonium, verseucht.

Britische Königin besucht Australien

AP, Canberra

Königin Elizabeth II. ist gestern zu *einem zwölftägigen* Besuch Australiens in Canberra eingetroffen. Kurz nach ihrer Ankunft unterzeichnete *sie ein Gesetz, das die Aufhebung* praktisch aller noch bestehenden verfassungsmäßigen Bindungen Australiens an Großbritannien vorsieht. Elizabeth bleibt jedoch Monarchin Australiens.

Absage an Gewalt in Südafrika

idea, Stuttgart

Eine deutliche Absage an Gewaltanwendung im südlichen Afrika enthält eine Erklärung von Synodalen der evangelischen württembergischen Landeskirche, die jetzt in Stuttgart vorgelegt wurde. Unter der Überschrift „*Was zum Frieden dient*" werden alle weißen und schwarzen Christen aufgerufen, von Gewalt abzulassen und gemeinsame Wege des Friedens zu suchen.

Generalstreik in Nordirland

dpa, Belfast

Mit einem 24stündigen Generalstreik wollen die protestantischen Parteien *in Nordirland heute* gegen das im November beschlossene britisch-irische Abkommen protestieren. *Nach ihren Plänen soll die Arbeit* in Fabriken, Werften und Geschäften niedergelegt werden. Die britische Regierung befürchtet Unruhen in der Bevölkerung und hat für die Sicherheitskräfte Alarmbereitschaft angeordnet.



Einer der „elder statesmen" Europas: der Niederländer Joseph Luns (74)
FOTO: PAUL VERSELE/STUDIO X

„Ein neutrales Deutschland hätte international nur eine leise Stimme"

Dreizehn Jahre lang war Joseph Luns Generalsekretär der NATO, 19 Jahre diente er den Niederlanden als Außenminister. In einem WELT-Interview *warnt* er vor einem neutralen Deutschland *und plädiert für eine enge* Partnerschaft mit den USA. Enge Beziehungen Bonn–Paris seien dabei kein Störfaktor. Das Gespräch führte Cay Graf Brockdorff.

WELT: In Europa verspürt man die unterschwellige Ansicht, Unabhängigkeit und Gewicht eines Staates spiegelten sich wider in der Art, Amerika zu widersprechen. Es wird gesagt, *die USA* verträten ganz andere Interessen. Wie sehen Sie das?

Luns: Das hört man öfters. Ich bin nicht dieser Meinung. Jedes Land der Allianz hat eigene Interessen. Das hat mit der geographischen Lage zu tun und natürlich mit der Geschichte des einzelnen Staates. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind Amerika und Europa in der Verteidigung immer eng zusammengegangen.

WELT: Aber ist es nicht so, daß Amerika als Super*macht dominiert* und die meisten Denkanstöße dort ihren Ursprung haben, wodurch Europa *in die Lage* dessen *kommt*, der nur reagiert?

Luns: Es gibt wohl bei manchen Europäern so etwas wie einen Minderwertigkeitskomplex. Das Wort Komplex deutet schon an, daß es sich oft nicht um Tatsachen handelt, wohl aber um emotionale Reaktionen den Amerikanern gegenüber. In der NATO ist Amerika der stärkste Partner, aber auch nur einer unter vielen. Alle Beschlüsse müssen dort einstimmig gefaßt werden. Eine Hegemonialstellung besitzen die USA somit nicht. Natürlich sind sie groß und mächtig. Deshalb sind wir auf die Unterstützung Amerikas angewiesen. Es ist interessant zu bemerken, daß immer, wenn ein *Land diese Stärke* besitzt, Ärger aufkommt mit den Ländern, die es beschützt. Es ist wie in einer *Familie. Ich denke, das* liegt in der menschlichen Natur.

WELT: Was halten Sie von der These, die Bundesrepublik Deutschland *müsse mit* Frankreich eng zusammengehen, wodurch sich eine enge Partnerschaft *mit Amerika* erübrige?

Luns: Meiner Meinung nach kann man beides tun. Das eine schließt das andere *nicht* aus. *Die* Regierung in Paris, Präsident Mitterrand, ist ja nicht antiamerikanisch. Man kann sehr wohl eine enge Verbindung mit Frankreich unterhalten, ohne die Beziehungen zu Amerika zu lockern.

WELT: Nun gibt es Kreise, die Amerika für kriegstreiberisch halten und am liebsten den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO sehen würden. Sie *halten den* Neutralismus für das Rezept, das Frieden und Wohlstand in Deutsch*land verheißt.*

Luns: *Wenn Deutschland* diesen Weg ginge, würde er von den Sowjets sofort akzeptiert. Allerdings würde das wohl auf seiten der Sowjets auch von einem Gefühl der Unsicherheit begleitet sein, denn sie wissen ja nicht, ob *das für immer* so bleibt. Ich würde den Weg Deutschlands in den Neutralismus für eine große Gefahr ansehen. Ein neutrales Deutschland verlockt geradezu zu einer Intervention.

WELT: Soweit zum Osten; wie würde Westeuropa reagieren?

Luns: Sehr negativ. Die Staaten Westeuropas würden plötzlich vor der Tatsache stehen, daß die Grenze des Westens nicht mehr an der Elbe verläuft, sondern am Rhein. Mit allen Konsequenzen, die das haben mag. Und natürlich würde die Bundesrepublik ihren Einfluß verlieren. Die Stimme Deutschlands im internationalen Konzert würde sehr leise klingen. Wissen Sie, wenn man den Machtfaktor vernachlässigt, dann treten Konsequenzen ein. Mit moralischen Prinzipien kommt man nicht sehr weit in dieser Welt.

WELT: Über SDI spricht Westeuropa, als ob es sich um eine geheimnisvolle Krankheit handelt, die man sich wegwünscht, die aber bleibt. Wie sehen Sie SDI?

Luns: Man muß sich *klar darüber* sein, daß es sich um ein Verteidigungssystem handelt. Ich verstehe *schon, daß die Sowjets unglücklich* darüber sind. Sie befürchten, daß von einem bestimmten Augenblick an Amerika nicht mehr angegriffen werden kann, Rußland aber immer noch unter der Raketenbedrohung Amerikas steht. Andererseits hat Präsident Reagan mehrfach wiederholt, daß er bereit ist, die amerikanischen Forschungsergebnisse den Sowjets zu geben. Ich habe den Eindruck, daß es mit dieser Zusage dem Präsidenten in Genf gelungen ist, Eindruck auf Herrn Gorbatschow zu machen.

WELT: *Die Sowjets werden sich hüten,* auf derartige Weise das Gesicht zu verlieren.

Luns: *Ach, wissen Sie, die Diplomatie* macht manches möglich. Man erklärt einfach, beide Länder hätten beschlossen, *ihre Forschungsgeheimnisse* auszutauschen, und schon ist Moskaus Gesicht gewahrt.

WELT: *Was halten Sie denn von* Gorbatschow? Ist er weniger starr als seine Vorgänger?

Luns: Ich kenne ihn nicht. Was ich von ihm gehört habe, zeigt, daß er gescheit ist und den Einfluß der Medien in unserer Welt nicht unterschätzt. An der Oberfläche mag er eine ganz angenehme Persönlichkeit sein. Wenigstens verfällt er nicht in den Fehler, Amerika und die Staaten Westeuropas zu beschimpfen. Er ist „suave", wie man sagt. Aber man muß sehen, wie sich der Mann entwickelt. Genf war ein Erfolg, ganz besonders für die Amerikaner. Es ist möglich, daß Gorbatschow den Akzent mehr auf die sowjetische Bevölkerung legt, mehr jedenfalls als seine Vorgänger, um deren Lage zu verbessern. Daher könnte er geneigt sein, die Kosten für das Militär etwas zurückzunehmen, wenn der Westen ihm entgegenkommt. Aber eines ist sicher: Gorbatschow wird *niemals* aufhören, Marxist-Leninist zu sein.

USA erstaunt über Kritik an „Null-Lösung"

SAD, Brüssel

Berater Präsident Reagans waren erstaunt über die heftige Reaktion ihrer europäischen NATO-Verbündeten und Japans auf die vom Präsidentenberater Paul Nitze im NATO-Rat vorgelegte „modifizierte Null-Lösung". Die Skepsis der Partner zwang Washington schließlich erneut den *Abrüstungsvorschlag zu überdenken*, ehe er dann unter Verzicht auf die „modifizierte Null-Lösung" von Präsident Reagan *dem* sowjetischen Parteichef Gorbatschow übermitelt wurde.

Wichtigste Erkenntnis aus den Konsultationen Washingtons mit seinen Alliierten ist, daß von der Bun*desregierung* in Bonn die geringsten Einwände gegen die „modifizierte Null-Lösung" kamen. Diese sah vor, daß die Sowjetunion im asiatischen Teil ihres Landes knapp 200 Atomsprengköpfe auf *SS-20-Raketen* behalten dürfe. Eingeweihte US-Diplomaten erklärten: „Die deutsche Regierung war so von *dem* Plan angetan, daß wir uns über den Mangel an Einwänden aus Bonn schon wunderten."

Zur Überraschung der Vereinigten Staaten seien die Niederlande auf den *Plan getreten und hätten* neben Großbritannien, Italien und Frankreich den heftigsten Widerstand ge*gen den Abrüstungsentwurf* vorgebracht. Die Niederlande hätten erklärt, unter großen Mühen hätten sie die Nachrüstung im eigenen Land mit dem Argument durchgesetzt, daß der Frieden in Europa sicherer werde, *wenn die* Aufstellung von 48 Cruise Missiles auf niederländischem Territorium die Ankoppelung Europas an *die strategischen* Interkontinentalsysteme der USA bewirken helfe.

Der ehemalige US-Außenminister und NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig hatte das Argument von der Ankoppelung aufgegriffen, als er *Anfang der vergangenen Woche im* „Wall Street Journal" den von Beamten der Reagan-Administration entwickelten Vorschlag scharf angriff. Haig äußerte den Verdacht, daß die Urheber des Washingtoner Plans den Sinn *der* NATO-Strategie „flexible response" nicht verstanden hätten. Diese sieht vor, daß bei einem Angriff auf ein Bündnisland der jeweiligen Lage angemessene militärische Reaktionen, – diese schließen auch den Einsatz von Atomwafen ein –, ausgelöst werden. Wie verlautete, hat Haig, der als potentieller Kandidat der Republikaner bei den nächsten Präsidentschaftswahlen angesehen wird, seinen Einfluß dazu genutzt, den ursprünglichen Plan der Reagan-Berater zu Fall zu bringen.

Darstellungen von Bonner Regie*rungsseite, der in abgeänderter* Fassung Gorbatschow überreichte US-Vorschlag sei nicht zuletzt auf Anregungen der *Bundesregierung* zurückzuführen, wurden im Brüsseler NATO-Hauptquartier mit der Be*merkung zurechtgerückt*, Bonn habe sich „überaus milde" verhalten. „Man kann es auch anders formulieren", sagten in die Vorgänge *Eingeweihte*. „Bonn hatte populäre Politik im Kopf, nicht aber die Strategie der Allianz."

Wörner für europäisches Raketenabwehr-System

Kein „Programm für morgen" / Wehrkundetagung

DW/rmc. Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat sich für den Aufbau eines eigenen europäischen Abwehrsystems gegen sowjetische Mittel- und *Kurzstreckenraketen* ausgesprochen. Dies könnte durch Ausdehnung des amerikanischen Abwehrsystems SDI und durch Erweiterung der europäischen Luftverteidigung realisiert werden, sagte Wörner am Wochenende auf der internationalen Wehrkundetagung in München. Die Notwendigkeit für eine europäische Abwehr bestehe aber auch unabhängig von strategischen Verteidigungssystemen *der Großmächte*, betonte der Minister. Wörner erläuterte, daß es sich bei seiner Initiative um „weit*reichende* Überlegungen" handeln würde, nicht „um ein Programm für morgen". Ein europäisches Abwehrsystem wurde nach Einschätzung von Experten im Gegensatz zu der weltraumraketengestützten Abwehr SDI vom Boden aus operieren.

Wörner verwies auf sichere Anzeichen, nach denen die Sowjetunion *dabei sei*, ihr ballistisches Raketenpotential mit Reichweiten zwischen 150 und 1000 Kilometer für die Verwendung von nuklearen, aber auch chemischen und konventionellen Sprengköpfen auszustatten. Damit suche Moskau eine neue militärische Option zu gewinnen und „die für die *NATO-Strategie* wesentlichen militärischen Handlungsmöglichkeiten vorgreifend zu negieren".

Erstschlagsfähigkeit

*Konkret heiße das, die Sowjetuni*on schaffe eine Art konventioneller Erstschlagfähigkeit gegenüber West*europa, so daß die Allianz im* Falle eines sowjetischen Angriffs auch in ihren atomaren Reaktionsmöglichkeiten von europäischem *Territorium* aus gelähmt wäre.

Angesichts dieser Entwicklung erhält nach den Worten Wörners die konventionelle Verteidigungsfähigkeit für Westeuropa eine wachsende Bedeutung. *Darauf* stelle sich die Bonner Planung für die Bundeswehr ein. Hinsichtlich SDI gab sich Wörner zuversichtlich über die sich abzeichnenden strategischen Veränderungen. Das klare *Ziel dabei sei*, die westliche Sicherheit künftig weniger auf nukleare Vergeltung zu stützen. Dennoch werde die NATO nicht von der nuklearen Abschreckung völlig lassen können, sie werde sie aber auf weniger *Risiken* bauen können.

Der spanische Verteidigungsminister Narcis Serra sprach sich vor den Militärexperten, Diplomaten und Gelehrten für die Erarbeitung eines „europäisch-technologischen Verteidigungsplanes" aus. Ebenso wie Wörner betonte Serra die Notwendigkeit einer Steigerung der konventionellen *Verteidigungskapazitäten* der NATO.

Neue Technologien nutzen

Dafür müßten neue Technologien genutzt werden. Die Glaubwürdigkeit einer *Abschreckungsstrategie* basiere gerade auf der technologischen Entwicklungsfähigkeit. Aller*dings bringe die Einführung* neuer Technologien in die Bewaffnungssysteme das Risiko „einer übermäßigen Verteuerung *mit sich*". Die westeuropäischen NATO-Länder sollten gerade bei der Erforschung für künftige *Waffentechnologien zusammen*arbeiten. Der Technologieaustausch unter den europäischen Ländern und zwi*schen Europa* und Amerika müsse gefördert werden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Horst Ehmke* lehnte dagegen sowohl das amerikanische Projekt einer Raketenabwehr im Weltraum als auch eine europäische Variante davon als politisch und strategisch äußerst fragwürdig ab. Politiker und Militärs schauten heute fasziniert auf die Perspektiven einer neuen technologischen Revolution, an deren Schwelle man angeblich stehe, sagte der SPD-Politiker.

Dies dürfe aber politisches und strategisches Denken nicht ersetzen. Gerade in technologischer Hinsicht müsse überdies heute festgestellt werden, daß ein so komplexes, von Computern gesteuertes System wie eine Raketenabwehr im Weltraum gar nicht fehlerfrei arbeiten könne, erklärte Ehmke.

Vor dem Studenten-Sturm strich Kewenig die Segel

Von HANS-R. KARUTZ

Auf dem Campus flogen Mehlbeutel und Negerküsse, in „Streikcafés" schenkte man Ideologie aus, und Störtrupps löschten bei den Informatikern sogar Arbeitsergebnisse aus dem Computer: Berlins Hochschulen, scheinbar befriedet, gären wieder: Zwar gehen die meisten der *93 456 Wintersemester-Studenten* in Deutschlands größter Universitätsstadt ihren Aufgaben nach, aber zwei Vorgänge sorgten für eine sensible Lage.

Ein Streik der knapp 4000 Tutoren – besonders begabte Studenten, die den Professoren helfen und selbständig lehren – solidarisierte die Studentenschaft. Am 29. Januar zogen 15 000 Jungakademiker durch die Straßen – Berlins größte Nach-Apo-Demonstration. *Als wesentlich* brisanterer Nebenkriegsschauplatz außerhalb der ohnehin vorhandenen politischen Gesamtprobleme des Senats erweist sich seit Monaten der Streit um ein gänzlich neues Berliner Hochschulgesetz.

In beiden Fällen – Arbeitskampf der Tutoren wie Streit um den neuen

Landesbericht Berlin

Gesetzestext – stand und steht Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig (CDU) im Zentrum des hochschulpolitischen Orkans. „Rückkehr zur konservativen Ordinarien-Uni" oder „Statt mündiger Studenten angepaßte Lernesel" lauteten die Vorwürfe aus der linken Ecke. Kewenig und die Union hingegen erhofften sich vom Referententext für das neue Gesetz *aus dem Hause* des Senators mehr Effizienz, neue Leistungsschübe, zügigere Ausbildung, höhere Anforderungen – mit *einem Wort: mehr* Ordnung. Im Interesse der Jungakademiker und ihrer Berufschancen, wohlgemerkt.

Gleich zweimal nacheinander mußte der Kieler Hochschullehrer – seine Vorlesungen über internationales Recht wurden an der Freien Universität regel*mäßig gestört* – jedoch nun die weiße Fahne auf seinem Dienstsitz, dem ehemaligen Reichsmarineamt, hissen:

- Statt die Tutoren-Stundenlöhne *um ein Drittel zu kürzen* (der Senator wollte Berlin an das niedrigere übrige Bundesniveau angleichen), einigte man sich nach hektischen Streikmanövern auf einen Abzug um lediglich 2,2 Prozent. Selbst der christdemokratische RCDS rügte, Kewenig habe versucht, „einen harten Kurs zu fahren".
- Kewenigs Entwurf für ein neues Berliner Hochschulgesetz – aus Kewenigs Sicht durch Indiskretionen viel zu früh publik geworden – kam ebenfalls unter die Räder. Denn schon frühzeitig hatte der liberale Senatspartner FDP dazwischengefunkt: „*Diesen Entwurf machen wir in we*sentlichen Punkten tot."

Zwar erfüllte der Senator im Kern lediglich die Pflicht, Berlins Recht an das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) anzupassen, aber die FDP nahm frühzeitig Anstoß: mehr Einfluß für die Professoren; ein Ende der Verfaßten Studentenschaft oder zwingende Urabstimmungen mit mindestens 50 Prozent Wahlbeteiligung (statt allenfalls 20 bis 25 Prozent, wie heute); die Einführung des Rektoramtes (statt des Präsidenten, der heute nicht aus den Reihen der Uni-Professoren kommen muß) und eine erweiterte Staatsaufsicht trieben den Liberalen die Zornesröte ins Gesicht.

„Eine Koalition kann nicht daraus bestehen, sich zunächst möglichst weit voneinander zu entfernen, um dann erst wieder aufeinander zuzugehen", krittelte FDP-Chef Walter Rasch schon beizeiten. Kewenig wiederum verfuhr nach dem *bewährten* Prinzip, weit mehr zu fordern, als ohnedies durchsetzbar gewesen wäre: „Deshalb haben wir doppelte Nähte einmontiert, damit wenigstens eine *hält*", sagte er einem alternativen Blatt.

Der Ausflug in die Haute Couture mißlang jedoch größtenteils, denn die FDP verfuhr in einem „Chefgespräch" in Anwesenheit des Regierenden Eberhard Diepgen eher nach Wilhelm Busch – „ritsche-ratsche" blieb vom Kewenig-Papier nur noch ein Torso übrig.

Die Liberalen ließen allenfalls zu, die „Minimalvoraussetzungen" des *Bonner Rahmengesetzes* zu erfüllen. Die „ewigen Studenten" beispielsweise, die Kewenig zu Recht von der *Alma Mater* verdrängen wollte, soll das lange Uni-Leben nun lediglich durch schärfere Prüfungsordnungen beschwerlicher *dünken*.

Schließlich fand der vollblütige Professor auf dem Senatorenstuhl, der Kampfesmut über Taktik-Techniken stellt, selbst in den eigenen Reihen nicht die notwendige Schulterschluß-Solidarität. „Das *Ergebnis der* Koalitionsgespräche ist kein Kompromiß, *sondern* eine fast völlige Kapitulation vor der FDP", fand Dr. Roman Legien, CDU-Sprecher für Hochschulpolitik. „*Die CDU* kann sich von der FDP nicht wie ein Tanzbär vorführen lassen", wetterte er weiter.

Der hohe Preis für eine „ruhige" Univer*sitäts*landschaft: Ein Senator in seinem Streben nach Effektivität gebremst und vom Senatspartner FDP belächelt, *eine verärgerte CDU* und gewisse Schadenfreude bei allen Streitern an Berlins Geistes-Schmieden im Studentenlager – von den linkssozialistischen Gruppen bis hin zum RCDS.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Nicht überzeugend"

„Die Frauen sollen ihre Rolle in der Gesellschaft selbst bestimmen dürfen": WELT vom 17. Februar

Sehr geehrte Redaktion,

mich vermag die Ministerin nicht von der Effizienz der Familienpolitik der Bundesregierung zu überzeugen. Nicht nur unsere Frauen, auch die Männer müßten wahre Musterexemplare sein, wollten sie den Anforderungen, die die Ministerin da stellt, wirklich entsprechen. Genügend große Familien gründen, damit unser Volk nicht zum Sterben verurteilt ist, dabei die Kinder zu lebenstüchtigen Geschöpfen heranbilden, ihnen ein „warmes Nest" bieten und dann noch ohne jedes Hauspersonal, das heute nicht mehr erhältlich und bezahlbar ist, eine Doppel-Berufskarriere von Mann und Frau darzustellen, das übersteigt die menschliche Schaffenskraft bei weitem.

Dementsprechend sind auch die Erfahrungen, die der Arzt mit dem immer mehr anschwellenden Heer psychiatrischer und sonstiger psychisch kranker Patienten macht. Diese rekrutieren sich nach meiner inzwischen 35jährigen Erfahrung nahezu ausschließlich aus verworrenen Familienverhältnissen und solchen Familien, in denen Kinder aus Karrieregründen vor allem als lästig empfunden werden, sowie aus solchen, in denen die Kinder aus Zeitgründen ganz einfach vernachlässigt werden (Schlüsselkinder).

Denjenigen Frauen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Rolle nicht als Mittelpunkt einer Familie finden können oder wollen, sollte man allerdings zugestehen, daß sie diese ihre Rolle in voller Gleichberechtigung selbst bestimmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Peter Sack,
Berchtesgaden 3

Film-Politik

„Die Morde und der Preis": WELT vom 26. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Hohn, daß man diesen Elendsfilm „Stammheim" in Berlin ausgezeichnet hat. Hier hat nur linke Politik eine Rolle gespielt, und der Terroristenverteidiger Schily kann sich die Hände reiben. Selbst die Präsidentin der Filmfestspiele, immerhin eine bedeutende italienische Filmschauspielerin, war mit dieser Entscheidung nicht einverstanden.

Dafür wird man jetzt die Kultusminister zwingen, diesen Film in der Schule zu zeigen und zu behandeln. – Armes Deutschland! Dann wird die rote GEW mit ihrem „grünen" Anhang Politik in die Schule tragen. So versucht diese GEW ja jetzt auch den Paragraphen 116 in den Unterricht zu bringen. Hier in Baden-Württemberg sträubt sich die GEW auch dagegen, den Schülern alle drei Strophen des Deutschlandliedes zu lehren.

Mit freundlichen Grüßen
Hanns-Ritter Klippert,
Neubulach 3

Keine Ehrenrettung

„Schweigen im Euthanasie-Prozeß": WELT vom 22. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Joachim Neander sieht in dem Prozeß gegen die beiden Ärzte, die an den Tötungen unheilbar Kranker im Rahmen der Aktion T 4 beteiligt waren, den „verzweifelten Versuch der deutschen Justiz, ihre Ehre zu retten". Sicher ist zu begrüßen, daß diese „Tötungsärzte" endlich einer gerechten Strafe zugeführt werden. Ihre Ehre hat aber die deutsche Justiz mit dem zu erwartenden Urteil noch lange nicht gerettet.

Hierfür wäre es erforderlich, endlich auch einmal die Schuld der Justiz selbst zu bekennen und einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Am 23. und 24. April 1941 fand eine Tagung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte statt, an der auch die Präsidenten der obersten Reichsgerichte und die Oberreichsanwälte teilnahmen. Diese von dem Justizminister als „Führungskorps der beamteten Justiz" angesprochenen Juristen wurden über Art und Durchführung der Tötungsaktion aufgeklärt, und sie wurden darauf hingewiesen, daß diese Aktion legal sei, eine Strafverfolgung also nicht in Frage komme. Das „Führungskorps der beamteten deutschen Justiz" hat dies widerspruchslos hingenommen.

Seit dem Prozeß gegen Heyde 1964 sind diese Dinge gerichtsbekannt. Hier wäre noch viel zur Ehrenrettung zu tun!

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. Günther Wolf,
Zwesten 2

Verrat

„Honeckers kleine Helfer"; WELT vom 25. Februar

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern,

die schon peinliche Anbiederei bestimmter SPD-Leute an Herrn Sindermann während seines Besuches bei uns wird nun fast übertroffen durch die Forderung „SPD-Linker", das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes zu streichen. Anfänge? Das paßt gut zu den Verhandlungen der Partei SPD mit der SED an unserer Bundesregierung schön gezielt vorbei.

Bestimmte Genossen sind politische Luftblasenkünstler. Sie sollten ehrlich nachholen, was freiheitliche SPDler damals verhindern konnten: die westliche Verschmelzung von SPD und KPD zur SED. Dann erst würde sich Spreu vom Weizen unterscheiden. Wer aber das Wiedervereinigungsgebot wegen Fehlens von Rückgrat und wegen mangelnder Aussicht auf schnelle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aufgibt, handelt wie ein „vaterlandsloser Geselle", läßt die Bevölkerung in der DDR im Stich, verrät die eigene Freiheit und ist verfassungsuntreu.

Derartige „Politiker" fallen auf jedes Vorgaukeln von menschlichen Erleichterungen herein, nehmen die Sprechblase bereits als Tat und feiern sich selbst als erfolgreiche Entspannungskünstler.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Juckel,
Hamburg 54

Wort des Tages

„Menschen, die sich nicht gewisse Regeln vorgesetzt haben, sind unzuverlässig. Man weiß sich oft nicht in sie zu finden, und man kann nie recht wissen, wie man mit ihnen dran ist."

Immanuel Kant,
deutscher Philosoph (1724–1804)

Debakel

„Renten-Spiele"; WELT vom 24. Februar

Sehr geehrter Herr Gillies,

ratlos stehen alle da, weil keiner einsehen will, daß der Gesetzgeber selbst mit seinem als „Jahrhundertwerk" gepriesenen „Generationenvertrag", dem beitragsbezogenen Rentensystem, das Rentendebakel eingebrockt hat.

Da die Renten immer nur von den Kindern finanziert werden, können sie eben nur von kinderbezogener Struktur sein. So herrscht heute die Perversion, daß Mütter, die Kinder aufziehen, weniger Rente zu erwarten haben; dagegen kinderlose Rentnerinnen ihre Renten aus den Rentenbeiträgen fremder Kinder kassieren.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

Sinneswandel?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Aussagen des Bürgerrechtlers Schtscharanskij darüber, wie in der UdSSR mit politisch Andersdenkenden umgegangen wird, werden in der Bundesrepublik kaum zum Nachdenken führen, daß wir es in der Sowjetunion eben immer noch mit einem menschenverachtenden Regime zu tun haben. Auch die Tatsache, daß in der DDR Tausende von Menschen lediglich wegen eines Ausreise-Ersuchens in die Bundesrepublik mit jahrelangen Haftstrafen belegt werden, hat bei uns keinen Sinneswandel bewirkt.

Im Gegenteil: Im gleichen Maße, wie die prosowjetische Einstellung zunimmt, gewinnt der Antiamerikanismus an Boden. Vor 20 Jahren hätte es die SPD nicht wagen können, ganz offen eine politische Kumpanei mit der SED zu betreiben.

Leider werden viele Sachverhalte von der politischen Rechten in der Bundesrepublik zu wenig oder gar nicht dargestellt, so daß es die Linke leicht hat, die Jugend, die die Vorgeschichte nicht kennt, zu verführen.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph Rassek,
Göttingen

Personalien

GEBURTSTAGE

Der frühere hannoversche Stadtbaurat und Ehrenbürger Hannovers, Professor Dr. **Rudolf Hillebrecht**, feierte in Hannover seinen 76. Geburtstag. Hannovers Oberbürgermeister **Herbert Schmalstieg** überbrachte ihm die Glückwünsche der Stadt. Hillebrecht war von 1948 bis 1975 Stadtbaurat in Hannover und wurde zu seinem 70. Geburtstag im Jahre 1980 Ehrenbürger Hannovers.

*

Gestern feierte in Erlangen die international anerkannte Forscherin auf dem Gebiet der Reformationsgeschichte, Frau Professor Dr. **Ingetraut Ludolphy**, ihren 65. Geburtstag. Frau Professor Ludolphy, aus Dresden gebürtig, war zunächst im höheren Schuldienst tätig. 1951 nahm sie ein Theologiestudium auf und promovierte 1956 unter **Franz Lau** in Leipzig mit einer Arbeit über den romantischen Naturphilosophen **Henrik Steffens** und sein Verhältnis zum Altluthertum und habilitierte sich 1961 für das Fach Kirchengeschichte mit einer Abhandlung über „Die Natur bei Luther". Seit ihrer Emeritierung als Hochschuldozentin an der Universität Leipzig im Jahre 1981 lebt und arbeitet sie in Erlangen. In Erlangen und Tübingen hat sie bisher über Jahre hinweg kirchengeschichtliche Ordinariate vertreten. Unter ihren wissenschaftlichen Veröffentlichungen ragt neben zahlreichen Abhandlungen und Aufsätzen zur Reformationsgeschichte die in jüngster Zeit erschienene monumentale Standard-Monographie über „Kurfürst Friedrich den Weisen" (Göttingen 1984) besonders hervor.

VERANSTALTUNG

Wissenschaftsastronaut Dr. **Ernst Messerschmid** erhält die „Goldene Kartoffel 1986". Verliehen wird diese durchaus originelle „Trophäe" vom „Freien Kartoffel-Kuratorium wider den teuflischen Sachzwang", das seinerzeit von dem deutschen Diplomaten Dr. **Rolf Breitenstein** gegründet worden ist. Mit einem Kartoffelessen im Bonner Novotel wollen die Mitglieder des Kuratoriums ihren neuen Preisträger feiern. Zu den Empfängern der „Goldenen Kartoffel" hatte in den vergangenen Jahren auch Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** gehört. Genscher wie Dr. **Fritz Leutwiler**, Preisträger 1984, werden persönlich auf unseren Astronauten die Kartoffel-Laudatio halten.

AUSZEICHNUNG

Der argentinische Schriftsteller **Ernesto Sabato** ist in Buenos Aires mit dem Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der deutsche Botschafter **Hans-Werner Graf zu Finckenstein** würdigte bei der Verleihung vor allem Sabatos Verdienste als Chef der von der argentinischen Regierung eingesetzten Kommission zur Untersuchung des Schicksals der während der Militärherrschaft verschwundenen Personen. Sabato hatte sich dabei auch um Deutsche oder deutschstämmige Bürger gekümmert.

VERÄNDERUNG

Neuer griechischer Generalkonsul in Hannover wird **Panayotis Zografos**. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Niedersachsen mit Ausnahme der Landkreise Cuxhaven, Osterholz, Rotenburg, Stade, Harburg, Lüneburg, der Städte Cuxhaven und Lüneburg und der selbständigen Gemeinden Stadt Buxtehude, Stadt Stade und Gemeinde Sevetal sowie den Landkreis Minden-Lübbecke im Land Nordrhein-Westfalen.

Neuer Honorarkonsul Griechenlands in Würzburg wird **Günter Werner Matzdorf**. Sein Konsularbezirk umfaßt den Regierungsbezirk Unterfranken im Land Bayern.

*

Bengt Holmquist, Schwedens Generalkonsul in München, wird in Zukunft über einen größeren Amtsbezirk verfügen. Die Bundesregierung hat der Erweiterung des Amtsbezirkes zugestimmt. Sein Konsularbezirk umfaßt in Zukunft die Länder Bayern und Baden-Württemberg.

*

In einer Feierstunde im soeben fertiggestellten neuen Zentralgebäude der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode hat Professor **Manfred Dammbroth** die Präsidentschaft für zwei Jahre übernommen. Er wurde Nachfolger von Professor **Eckhart Neander**. In der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig mit ihren Außenstellen in Mariensee bei Neustadt am Rübenberge und in Calle sind 1000 Mitarbeiter beschäftigt, darunter etwa 200 Wissenschaftler.

UNIVERSITÄT

Der Extraordinarius für Theoretische Physik der Technischen Universität München, Professor Klaus Schulten, hat einen Ruf als „full tenuret professor of physics" (Lehrstuhlinhaber) an das Departement of Physics der University of Illinois in Urbana, USA, erhalten.

*

Für seine Verdienste um den Aufbau des Fachbereichs Deutsch an der Tongji-Universität in Shanghai hat die dortige Universität den Bochumer Germanisten Professor **Siegfried Grosse** zum Honorarprofessor berufen. Nach Angaben der Ruhr-Universität Bochum soll diese ehrenvolle Berufung bei Grosses nächstem Besuch in Shanghai im Frühjahr verliehen werden. Die seit 1979 bestehende Partnerschaft der beiden Universitäten soll auch künftig mit dem Austausch von Wissenschaftlern und der Betreuung von Doktoranden fortgesetzt werden.

KIRCHE

Neue Äbtissin des Evangelischen Stifts Obernkirchen im niedersächsischen Kreis Schaumburg ist **Anna von Bülow**. Frau von Bülow ist Nachfolgerin von **Theda von Brukken-Fock**, die nach zwölfjähriger Amtszeit im Herbst 1985 verstorben ist. Die neue Äbtissin wurde mit einem Festgottesdienst durch den Präsidenten der Klosterkammer, Professor **Axel Freiherr von Campenhausen**, in ihr Amt eingeführt.

*

Oberkirchenrat **Gerd Heinrich** (Kiel) wurde zum neuen Vorsitzenden des Vorstandes des Evangelischen Rundfunkreferates der Norddeutschen Kirchen e. V. gewählt. Heinrich ist Öffentlichkeitsreferent der nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

Der langjährige Verlagschef des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts", Sepp Schelz, ist im Alter von 68 Jahren in Hamburg gestorben. Schelz gehörte zu den führenden evangelischen Publizisten der Bundesrepublik. Er war zuletzt Verlagsdirektor und Mitherausgeber der „Hamburger Morgenpost".

Zeigt, was jeder sehen will: „WM“ von SAT 1

Wirtschaft auf den Punkt

Dem deutschen Privatfernsehen eilt – gewiß nicht zu Unrecht – der Ruf voraus, in der Programmgestaltung flexibler und pfiffiger zu sein, als die durch bürokratische Zwänge und redaktionellen Abrieb eingeengten Öffentlich-Rechtlichen. Zwar lassen ARD und ZDF keine Gelegenheit aus, die „Zwerge“ SAT 1 und RTL-plus wegen ihres relativ kleinen Zuschauerpotentials etwas herablassend zu belächeln. Dennoch: So ganz sicher sind sie sich ihrer Überlegenheit nicht mehr.

Schließlich wissen sie genau, daß die „Zwerge“ längst Riesen sein könnten (und wohl auch wären), wenn sie unter gleichen technischen Voraussetzungen wie ARD und ZDF in den Wettbewerb gingen. Aber es ist nun mal nichts daran zu ändern, daß die *Bundespost nur schleppend mit* der Verkabelung vorankommt und RTL-plus sich mit einer terrestrischen Reichweite von etwa 100 Kilometern – von Luxemburg aus – begnügen muß.

Um so interessanter sind Programmvergleiche zwischen den öffentlich-rechtlichen „Giganten“ und den privaten „Kleinen“. Denn eigentlich, so müßte man annehmen, sollten jene, die für ein zigfaches Millionenpublikum ausstrahlen, mehr bieten und auf den Geschmacksnerv breiter Schichten eher zugeschnitten sein als die Privaten, die – vorläufig noch – nur einen Bruchteil der Zuschauer erreichen können. Doch das ist nicht der Fall. Vielmehr ist es so ähnlich wie bei der Print-Presse: Hier sagt bekanntlich ja auch die Höhe der Auflage nichts über die Qualität des Inhalts aus.

Schwierigkeiten mit Mode

Nehmen wir zum Beispiel die Wirtschaftsmagazine. Hier ist das Privatfernsehen dem öffentlich-rechtlichen nicht nur ebenbürtig, sondern in mancher Hinsicht sogar überlegen. „WM“ von SAT 1 beispielsweise bringt leidenschaftslos und ohne Tendenz beste Zuschauerinformationen. Kurz, knapp, klar und häufig von Expertenmeinungen gestürzt, erfährt der Zuschauer wirtschaftliche Zusammenhänge. Sie sind auf den Punkt zugeschnitten, der jeden von uns interessiert.

Zum Beispiel Mode. Da wird nicht nur gezeigt, was der Mann in der nächsten Saison trägt. „WM“ stellt gleichzeitig die Gebrüder Holy der Firma Boss vor. Und sie, die Fachleute, machen dem unbedarften Zuschauer klar, mit welchen Schwierigkeiten Modemacher heute fertigwerden müssen. *So etwas rundet das Bild* ab.

Ganz anders „WISO“. Es fragt einen Mächtigen vom Kartellamt, was *er denn wohl von dem Firmenzusammenschluß* Mercedes–AEG halte. Oder worauf das Kartellamt seine Entscheidung gegründet habe. Hand aufs Herz: Wen von der breiten Masse der Zuschauermillionen interessiert das? Ganz ähnlich ist es mit den sogenannten Glossen. Da wird langatmig und breit ausgewalzt versucht, die Problematik beim Erwerb von Eigentumswohnungen auf die komische Schiene zu heben.

Stimmung statt Logik

Leider werden die Berichte der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsmagazine gelegentlich in eine für Unternehmer nicht gerade schmeichelhafte Soße getaucht. So zum Beispiel unlängst über die hohen Preise der Diabetikerkost. Nach eindeutig tendenziöser Stimmungsmache gegen die Preispolitik erklärt der Berichterstatter den Grund: Die Rohstoffe für diese besondere Diätkost sind wesentlich teurer als bei normalen Nahrungsmitteln. Doch dann wird zum Rundschlag angesetzt und vom „einträglichen Geschäft mit Diätkost“ und von der „Abhängigkeit der Kranken“ gesprochen. So etwas bringt Stimmung, so etwas hören viele der zwei Millionen Zuckerkranken bestimmt nicht ungern. Daß der Berichterstatter damit allerdings seine eigene Argumentation von den teureren Rohstoffen vom Tisch fegt, hat er offenbar gar nicht gemerkt.

Dieser Nadelstich-Journalismus findet im Wirtschaftsmagazin von SAT 1 nicht statt. Wenn dort unter dem Aufhänger der „Grünen Woche“ in Berlin über neue Konservierungsmethoden und Nahrungsmittelbestrahlung berichtet wird, erklärt ein Experte – häufig sind es Professoren – seinen Standpunkt. Aber sachlich, leidenschaftslos und ohne tendenziösen Beigeschmack.

Das Privatfernsehen hat offenbar erkannt, daß die fundierte, sachliche Information beim Zuschauer besser ankommt als weitschweifige Schilderungen, die nicht immer frei sind von kommentarähnlichen Beigaben.

HORST LIETZBERG

KRITIK

Ende des Nachdenkens?

Was ist eigentlich los mit der „Suche nach der Welt von morgen“? Haben wir sie gefunden, die Zukunft, wissen wir jetzt so gut Bescheid, daß wir uns nicht mehr um sie zu kümmern brauchen? Jedenfalls gibt es die gleichnamige Fernseh-Dokumentarreihe, in der Rüdiger Proske seit 25 Jahren sich mit Erfolg bemühte, das Nachdenken über die Entwicklung unserer Welt zu fördern, oder überhaupt anzuregen, – jedenfalls ist die Reihe gestorben. Gestern wurde noch verschämt im Dritten (Nord) eine Folge gesendet, dann ist *Schluß. Nach 81 Folgen heißt es:* Für weitere Sendungen stehen keine Termine und Etatmittel mehr zur Verfügung.

Man erinnere sich: In den sechziger Jahren, als jedermann glaubte, die Zukunft einfach vorausahnen zu dürfen, schraubte Proske die Möglichkeit der Prognostik auf die Haltung zurück, die eine Gesellschaft zu dem Erwarteten einnimmt. Das zu Erwartende rechtzeitig vorzustellen, war für Proske ein lebenswichtiger Prozeß zur Bewußtseinsbildung. Er hat rechtzeitig die ersten Ansätze zur Entstehung einer bewaffneten Terrorgruppe erkannt und benannt, er hat schon 1967 sich mit dem Durchbruch der Gen-Technik beschäftigt, er hat auf die gesellschaftsverändernde Bedeutung der Mikroelektronik hingewiesen, als sie für das allgemeine Bewußtsein (auch für Politiker) noch eine fernliegende Rechentechnik bedeutete.

Die Themen sind kaum aufzuzählen, die Proske mit seiner Arbeit uns nahegebracht hat. Von vielen wissen wir heute gar nicht, daß Proske es war, der uns zuallererst dies und jenes nahegebracht hat. Zwei Dinge zeichneten Proske aus: Erstens maßte er sich nicht an, gültige Voraussagen zu treffen, er wies auf Möglichkeiten hin; zweitens ließ er auch seine düsteren Wahrscheinlichkeiten nicht in einem modischen Kulturpessimismus landen.

Nun wird die *Operation Zukunft*, oder, wie sie korrekt hieß: **Auf der Suche nach der Welt von morgen** eingestellt. Man wagt nicht zu fragen, wofür das damit freigemachte Geld und die freigewordenen Sendetermine verwendet werden. Es darf indes die Frage erhoben werden: Haben wir so viele Proskes, daß wir so leichtfertig mit ihnen umgehen können, daß wir sie einfach, wenn der Zaster nicht mehr stimmt, aus dem geistigen Leben der Nation entlassen können? Ist unser Potential an kreativen Menschen so reich bestückt, daß der NDR mit leichter Hand eine Sendung wie die in Rede einfach so über Bord kippen darf, mitsamt Proske, mitsamt den Ideen, den jahrzehntealten Erfahrungen?

Schon allein diese Frage wäre ein paar Sendungen „Auf der Suche nach der Welt von morgen“ wert.

VALENTIN POLCUCH

Plaudereien über den ersten Kuß

Johannes Heesters ist *ohne* Vergleich. Und zwar nicht nur, weil er als der berühmteste aller Danilos mindestens 60 lustige Witwen verführt und als Film-Belami ganze Armeen von jungen und reiferen Kinogängerinnen in einen sanften Wahn gesungen hat. „Jopie“, wie ihn seine Freunde nennen, ist einer von jenen Glückskindern, mit denen die Jahre schonend umgegangen sind. So lag es auf der Hand, den 82jährigen unverwüstlichen Charmeur den Auftakt einer *TV-Reihe machen zu lassen*, in der NDR-Unterhaltungschef Rochus Bassauer das Leben „großer deutscher Stars“ aufblättern möchte.

Daß die Sendung **Ein Abend für Johannes Heesters** (ARD) etwas zäh anlief, lag an dem nicht gerade grandiosen Einfall, Johannes Heesters ein Gedicht in holländisch deklamieren zu lassen. Diese kleine Flaute wurde aber vom Publikum, das mit Champagner eingestimmt war, schnell und freundlich wegapplaudiert.

So war der Weg frei für den quikken Georg Thomalla, der Freunde und Kollegen präsentierte, die einmal mit Johannes Heesters zusammengearbeitet haben. Und da kam dann auch Atmosphäre auf. Dank Marta Eggerth, die extra aus New York eingeflogen wurde, um über ihren ersten Kuß mit Johannes Heesters zu plaudern. Und dank auch Marika Rökk, die in schönstem ungarischem „Bitta-scheen“-Dialekt Nostalgisches aufwärmte.

Und so stand denn die Sendung unter dem Aspekt: „Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder.“ Heesters ist ein Denkmal der leichten Muse. Da beantwortet sich die von Georg Thomalla und Harald Juhnke musikalisch sehr witzig vorgetragene Frage: „Was hat er, was wir nicht haben?“ ganz von selbst. lie-



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.03 Norddeutsche Geschichten
Regie: Michael Günther
10.50 Die Knoff-hoff-show
11.35 Tagebuch
11.50 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Schöne Aussichten
Gespräche im Glashaus
17.20 Auf und davon!
2. Teil: Die Tabakdose
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling – Kreuzberg
3. Folge: Der Beschützer
Ein Fall von schwerer Körperverletzung beschäftigt diesmal den ungewöhnlichen Rechtsanwalt Robert Liebling: Ismail, ein junger Türke, soll es gewesen sein. Dank Liebling sieht die Sache für ihn gar nicht so schlecht aus. Da schaltet Ismail einen dubiosen türkischen Rechtsverdreher ein ...
20.59 Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehlotterie 1986 für das Deutsche Hilfswerk
21.00 Nerjungri – Metropole in der Taiga
21.45 Känguru
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Parangelia – Tanz mit dem Tod
Griechischer Spielfilm (1980)
Mit Antonis Antoniou u. a.
Buch, Regie: Pavlos Tassios
In einem Busuki-Lokal Athens entwickelt sich aus einem traditionellen Tanz von Männern eine tödliche Auseinandersetzung. Der junge Nikos ersticht zwei Polizisten und flüchtet.
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Stinkwut
Fernsehspiel von Michael Verhoeven
Nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Fitzgerald Kusz
Musik: Konstantin Wecker
20.55 ZDF – Ihr Programm im März
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Wie Denken die Welt bestimmt
Zum Beispiel: Sexualität (1)
Ein Magazin mit Ingo Hermann
22.40 Die stillen Stars
Nobelpreisträger privat gesehen von Frank Elstner
Gesprächspartner ist heute Professor Francis Harry Crick, der 1962 zusammen mit dem Amerikaner James Dewey Watson und dem Engländer Maurice Hugh Wilkins den Medizin-Nobelpreis für ihre Entdeckungen über die Molekularstruktur der Nukleinsäuren und ihre Bedeutung für die Informationsübertragung in lebender Substanz erhielt.
23.10 Wiener Klatsch
Heute plaudert Anton Kuh
23.40 heute

SAT 1

16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Schätz' mal
19.45 Hoppla, jetzt kommt Eddie
Deutscher Spielfilm (1958)
21.30 APF blick
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
23.55 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.10 Ich jagte den Menschenfresser
Auf Tigerjagd in Indien
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Na, sowas!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Auf der Fährte des Adlers
Amerikanischer Spielfilm (1975)
23.15 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der schnellste Colt von Manhattan
Amerikanischer Spielfilm (1972)
21.48 RTL-Spiel
21.55 Bonnfetti
23.27 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (13)
Fernsehserie von Hans W. Geissendörfer
20.45 Vom Atelier zur Zeche
Der realistische Maler Jürgen Waller im Bergwerk
Ein Film von Georg Bender
21.15 Shoah (1)
Französischer Dokumentarfilm von Claude Lanzmann (1985)
(Original mit deutschen Untertiteln)
23.40 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Fußballschule (5)
19.00 Praktische Tips
19.15 Mit Pflanzen heilen
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Verbraucherprobleme
Ärger mit Post, Bahn und Bus
Moderation: Bernd Lepthin
21.15 Shoah (1)
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty
18.55 Pimpa (19)
19.05 Drei – D Spezial
Wild in den Straßen
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Magnum
22.35 200. NDR-Jazzkonzert (2)
Consortium
Trio für Fagott und Baß

SÜDWEST

18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
20.15 Gejagte Jäger
Wie es zum Ende des Robbenschlachtens kam
Dokumentation von Michael Gerard
21.00 Klimbim
(Wh. von 1978)
21.45 Menschen unter uns:
Der Tropfen und der heiße Stein
Deutsche Ärzte auf den Philippinen
22.30 Jazz am Montagabend
Franco Ambrosetti Tentet
Jazzfest Berlin 1985
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Das Jugendprogramm mit Musik, Gästen und der „Formel Eins“
20.45 Mit Pflanzen heilen
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Magnum
23.35 Rundschau

Lambsdorff denkt offenbar an Ministerposten

DW. Bonn

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff spielt offenbar mit dem Gedanken eines Comeback als Regierungsmitglied nach einem möglichen Freispruch im Bonner Bestechungsprozeß. Der jetzige wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion trat am Wochenende in Interviews derartigen Spekulationen nicht entgegen und betonte in der „Bild"-Zeitung, er wolle nach Abschluß des Verfahrens „in jeder Beziehung wieder voll einsatzfähig sein".

Zugleich deutete FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann an, seine Partei könnte nach einem guten Abschneiden bei der Bundestagswahl im Januar 1987 einen zusätzlichen Kabinettsposten verlangen. CSU-Chef Franz-Josef Strauß plädierte dafür, die Debatte über eine Rückkehr Lambsdorffs ins Bundeskabinett rasch zu beenden.

Windelen hofft auf Reiseerleichterung

AP, Köln

Nach den Ankündigungen Ostberlins über Reiseerleichterungen für „DDR"-Bürger hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), die Hoffnung auf Einlösung dieser Versprechungen unterstrichen. Windelen sagte dazu gestern in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Wir verlassen uns darauf, daß das, was an Signalen übermittelt wurde, auch zutrifft." Unter Berufung auf vertrauliche Informationen der Bundesregierung schreibt die Kölner Tageszeitung „Express", den „DDR"-Behörden lägen zur Zeit insgesamt 200.000 *Ausreiseanträge für rund* 600.000 Personen vor.

Windelen betonte, der Reiseverkehr zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik habe sich in den vergangenen drei Jahren positiv entwickelt. Allerdings seien die Reisemöglichkeiten für „DDR"-Bewohner unterhalb des Rentenalters „eigentlich noch recht kümmerlich". Wie Windelen weiter erklärte, rechne er mit einem Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker in der Bundesrepublik „in absehbarer Zeit".

Polizeirevolte stärkt die ägyptische Armee

Haben Syrien und Libyen die Rebellion unterstützt?

PETER M. RANKE, Kairo

Nach der Revolte der Bereitschaftspolizei bleibt die Armee mit ihren rund 400 000 Mann die stärkste militärische und politische Kraft in Ägypten, betonen westliche Diplomaten. Der neue Innenminister, Polizei-General Zaki Badr, hat alle Polizei-Einheiten angewiesen, eng mit der Armee zusammenzuarbeiten. Zaki Badr hatte im Oktober 1981 den Aufstand islamischer Fundamentalisten in Assiut niedergeschlagen und war anschließend Gouverneur von Assiut geworden.

Während die mehr als 2500 verhafteten Bereitschaftspolizisten und Jugendliche, *die an dem blutigen Aufruhr* teilgenommen hatten, in Wüstenlagern verhört werden, zeigt das ägyptische Fernsehen jeden Tag die zerstörten und ausgebrannten Hotels, Villen und Restaurants. Die Filme können auch in Libyen und Saudi-Arabien, in Israel und Jordanien empfangen werden. Sie übermitteln offensichtlich eine ägyptische Warnung, was passieren kann, wenn islamische Fanatiker an die Macht gelangen wollen.

Die Suche nach den Hintermännern dauert noch an. Ungeklärt ist, wie der Aufstand nahe der Vororte Meadi, Giseh und Heliopolis sofort auf Ismailia, Assiut und Sohag übergreifen konnte, wo ebenfalls Bereitschaftspolizei stationiert war. Offenbar war ein zentraler Aufstand geplant. In der Presse fehlt es nicht an Hinweisen, daß Syrien und Libyen die Revolte unterstützten. Libyens Staatschef Khadhafi rief die Ägypter zum Volksaufstand auf.

Härteres Durchgreifen

Präsident Mubarak ist entschlossen, härter durchzugreifen und damit einer Forderung der Armee nachzukommen, besonders des mächtiger gewordenen Verteidigungsministers Marschall Abu Ghazala. Die fünf Oppositionsparteien versicherten, sie hätten mit dem Aufstand nichts zu tun; sie lehnten Gewalt und Umsturz ab. Die linke Seite der Opposition, die Arbeiterpartei und die marxistische Progressive Unionspartei, fürchten, daß sich nun die „innere Balance" zugunsten der Armee wendet und sie in Bedrängnis bringt.

Orthodoxe Extremisten, die eine islamische Republik und die Einführung der Scharia-Gesetze verlangen, sind bis auf die Moslem-Bruderschaft in zahlreiche Grüppchen, Geheimorden und Sekten zerspalten. Die halboffiziell zugelassene Bruderschaft, die 1928 in Ismailia gegründet wurde, ist parlamentarisch innerhalb der neuen WAFD-Partei vertreten und wird von ihr gezügelt. Trotzdem bleibt die Frage, wie es den Radikalen gelingen konnte, Aktionszellen in der Bereitschaftspolizei zu gründen, ohne *daß Regierung und Geheimdienst informiert* waren.

Auch die Ermordung von Präsident Sadat 1981 ist darauf zurückzuführen, daß die Armee nicht über *Tätigkeit und Ausmaß geheimer islamischer* Kader in ihren eigenen Reihen unterrichtet war.

Wohlwollen Washingtons

Wenn sich Mubarak stärker auf die Armee abstützen will, hat er den Vorteil, daß diese über einen gut funktionierenden Apparat verfügt, der einen eigenen industriellen Komplex und Versorgungseinrichtungen einschließt und praktisch einen eigenen Staat in Ägypten bildet. Von einer Zerschlagung dieses „Komplexes", wie ihn Linke und Moslembrüder fordern, ist jetzt weniger denn je die Rede.

Politisch bedeutsam ist, daß sich dieser militärische Apparat des Wohlwollens des Pentagons erfreut und von Washington mit mehr als einer Milliarde Dollar jährlich unterstützt wird.

Unterdessen hat sich die Lage in Kairo nach den Unruhen der vergangenen Tage wieder weitgehend beruhigt. Die Ausgangssperre über der ägyptischen Hauptstadt wurde gestern für zwölf Stunden wieder aufgehoben. Am Wochenende herrschte dichter Verkehr auf den Straßen. Der Betrieb an den Universitäten und Schulen, die am Donnerstag geschlossen worden waren, soll noch für eine Woche ruhen.

Die ägyptische Nachrichtenagentur MENA meldete, an Hotels und Restaurants in der Nähe der Pyramiden sei Sachschaden in Höhe von umgerechnet rund 165 Millionen Mark angerichtet worden. Innenminister Saki Badr kündigte an, zahlreiche Beamte im Innenministerium würden ihre Posten verlieren. (SAD)

KP Italiens auf Distanz zu Moskau

DW. Moskau

Die sowjetische Intervention in Afghanistan hat nun auch zu einer öffentlich dokumentierten Abkühlung im Verhältnis der KPdSU zu westeuropäischen Kommunistischen Parteien geführt. Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) hat sich *am Wochenende erstmals öffentlich* von der sowjetischen Intervention distanziert. Vor dem in Moskau tagenden XXVII. Kongreß der KPdSU sagte der Delegationschef der KPI, Ugo Pecchioli, *unter Hinweis auf* das „schwerwiegende Problem Afghanistan", jede militärische Intervention in anderen Ländern sei unzulässig. „Der Respekt der Souveränität der Staaten und der Unabhängigkeit der Völker ist eine Prinzipenfrage, die keine Ausnahme duldet". Die KPI hoffe, daß der Afghanistankonflikt so schnell wie möglich mit einer politischen Lösung beendet werde.

Befürchtungen, eine „politische Lösung" könne auch seine Position in Frage stellen, wischte der afghanistanische Staats- und Parteichef Babrak Karmal vom Tisch. Der Herrscher von Moskaus Gnaden will aus eigenem Willen nicht zurückzutreten. Das sagte Karmal am Samstag auf einer internationalen Pressekonferenz am Rande des Parteitages der *KPdSU in Moskau.*

Auf die Frage, ob er seinen Posten verlassen würde, falls sein Verbleiben an der Macht der einzige Stein des Anstoßes für eine politische Regelung des Afghanistan-Problems sein sollte, antwortete Karmal: „Jeder Revolutionär verläßt seinen Posten nicht nach eigenem Willen, sondern nur nach einem Beschluß des Volkes oder der Partei." Karmal sagte ferner, daß er Kreml-Chef Michail Gorbatschow zu einem „geeigneten Zeitpunkt" einladen werde, nach Afghanistan zu kommen.

Am Nachmittag zollten die Delegierten dann dem Parteivorsitzenden ihren Tribut. Wie nicht anders zu erwarten, billigte der Parteitag den Rechenschaftsbericht Gorbatschows einstimmig, ebenso wie die Neufassung des Parteiprogramms und die Änderungen am Parteistatut.

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse erklärte, daß nach einem Abbau der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa auch die sowjetischen „operativ-taktischen Raketen mit erhöhter Reichweite" entfernt würden.

Mord an Bürgermeister von Nablus. Empfindlicher Rückschlag für Israel

Al-Masri zwei Monate nach Einsetzung erschossen / Radikale Palästinenser als Täter?

E. LAHAV, Jerusalem

Die Ermordung des palästinensischen Bürgermeisters von *Nablus im* Westjordanland, Ja'afar Taher al-Masri, am Sonntagmorgen wird als empfindlicher Rückschlag in dem israelischen Bemühen gewertet, in den be*setzten* Gebieten palästinensische Selbstverwaltungen einzurichten. Nach Meinung israelischer Militärs geht der Mord vermutlich auf das Konto radikaler Palästinenser. Zwei bisher Unbekannte hatten dem Bürgermeister vor dem Rathaus aufgelauert und gaben drei Schüsse auf ihn ab. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Al-Masri wurde erst vor zwei Monaten von der israelischen Verwaltungsbehörde als Bürgermeister eingesetzt. Die Ernennung war als erster Schritt eines israelischen Planes gedacht, die bisher amtierenden israelischen Bürgermeister durch *Palästinenser* zu ersetzen, um die Selbstverwaltung zu erweitern.

In einem späteren Stadium sollten die Bürgermeister durch Wahlen bestätigt werden. *Die Israelis hoffen,* daß sich aus diesen Bürgermeistern schließlich eine palästinensische Vertretung an Stelle der PLO herausbildet, die als Partnerin zu Friedensverhandlungen mit Israel fungieren könnte.

All dies hat nun einen schweren Rückschlag erlitten. Der Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, sagte eine Stunde nach dem Attentat auf al-Masri: „Palästinensische Persönlichkeiten werden sich jetzt fürchten, Bürgermeisterämter zu übernehmen. Keiner setzt sich gern der Gefahr der Ermordung aus."

Ein palästinensischer Bürgermeister in den besetzten Gebieten muß vier Kriterien *erfüllen: Hohes* Ansehen in der Öffentlichkeit; Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der israelischen Verwaltung; Zustimmung König Husseins; Zustimmung der PLO. Bei *Ja'afar Taher al Masri* traf dies zu. Er wurde in einer der reichsten Familien der Westbank in Nablus geboren. Sein Onkel Taher al-Masri ist Außenminister von Jordanien, *sein Bruder Hikmat* al-Masri Präsident der Palästinensischen Universität An-Nadschach. Ein anderer Verwandter, Hadschi Ma'asus al-Masri, war Bürgermeister von Nablus bis *1976.*

Ja'afar al-Masri absolvierte die amerikanische Universität in Beirut und war seit 1972 Vorsitzender der Handelskammer von Nablus. Von 1976 bis 1981 war er stellvertretender Bürgermeister von Nablus.

Der Ermordete galt nicht als israelische Marionette. Als sein Bruder Hadschi Ma'asus mit einer Westbank-Delegation nach Amman fuhr, um dem König Loyalität zu bezeugen, blieb er demonstrativ zu Hause und erklärte: „Ohne Beteiligung der PLO gibt es keine Lösung für die Westbank".

Die israelischen Behörden verhängten nach dem Anschlag eine *Ausgangssperre über Nablus, die* Stunden später teilweise aufgehoben wurde. Hunderte von Anhängern des ermordeten Bürgermeisters hatten sich vor das Krankenhaus begeben, *wohin der Sterbende gebracht wor*den war. Zahlreiche palästinensische Geschäftsleute schlossen zum Zeichen der Trauer ihre Läden.

In ersten Reaktionen wurde die Ermordung des Bürgermeister einhellig verurteilt. Der israelische Arabien-Spezialist, Benvenisti, bezeichnete den Mord an Masri als „Katastrophe". Der *jordanische Informationsminister* Mohammed el Kahtib verurteilte den Mord im Namen seiner Regierung, ein PLO-Sprecher kündigte die „Bestrafung" der „feigen Täter" an. (SAD)

Strafanzeige gegen SPD-Chef Brandt

Sozialdemokraten sprechen von CDU-„Manöver", um von Kohl abzulenken

dpa, Bonn

Die vom Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages durchleuchtete und auch in einem Strafprozeß vor dem *Bonner Landgericht* untersuchte Spendenaffäre hat jetzt einen neuen Akzent durch Anzeigen gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage *erhalten. Brandt hatte* vor dem Flick-Ausschuß ausgesagt, er habe von Geldspenden des Flick-Konzerns an die SPD nichts gewußt.

Die Anzeigen erfolgten aufgrund der Aussage des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Halstenberg, wonach auch die SPD Spenden von Flick erhalten hat. Eine der Anzeigen wurde, *wie die SPD am Sonntag bekanntgab* und wie der Deutschen Presse-Agentur von informierter Seite bestätigte wurde, von dem Verfasser des „WELT am SONNTAG"-Berichts über die Anklagen selbst gestellt.

Zu den Anzeigen gegen Brandt erklärte der Bonner Oberstaatsanwalt *Johannes Wilhelm, die Staatsanwalt*schaft prüfe jetzt pflichtgemäß, ob gegen Brandt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden müsse. In dem Bericht der „Welt am SONNTAG" *heißt es, die Aussage Brandts in sei*ner Vernehmung am 29. November 1984, er oder der SPD-Vorstand hätten „zu keinem Zeitpunkt Gelder oder Zuwendungen von Flick erhalten", stehe die Tatsache gegenüber, daß eine Quittung vom 2. Oktober 1975 den Empfang von 100 000 Mark in bar durch den damaligen SPD-Schatzmeister Alfred Nau ausweise. Das Geld kam von dem damaligen Flick-Manager Konrad Kaletsch.

Der SPD-Obmann im Flick-Untersuchungsausschuß, Peter Struck, bezeichnete die Anzeigen gegen Brandt als ein von der CDU inszeniertes Manöver, um von dem Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl abzulenken. Im Gespräch mit dpa betonte Struck am Sonntag, Brandt sei vor dem Ausschuß lediglich von seinem eigenen Wissensstand ausgegangen. Auch der Abschlußbericht des Ausschusses halte nur fest, daß Nau die fragliche Summe seinem Amtsnachfolger Wilhelm Dröscher übergeben habe. Brandt hatte vor dem Ausschuß mehrfach auf die in der SPD strikt beachtete Aufgabenteilung zwischen Vorsitzendem und Schatzmeister verwiesen.

Dagegen sah der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Flick-Aus*schuß, Heinz-Günther Hüsch, in der* Aussage Halstenbergs eine Bestätigung dafür, daß Brandt falsche Angaben gemacht habe.

Peking storniert Auftrag über Kernkraftwerk-Bau

Überraschende Absage an KWU / Angst vor Schulden?

HEINZ HECK, Peking

Die am Sonntag bekanntgewordene Entscheidung der chinesischen Regierung, die Verhandlungen mit der Kraftwerk Union (KWU) über den Bau von zwei Kernkraftwerken abzubrechen, hat in der Bundesrepublik Erstaunen ausgelöst. Eine Stellungnahme des Unternehmens war gestern noch nicht zu bekommen.

Vorstandsvorsitzender Klaus Barthelt ist am Samstag in die USA abgereist und hatte zu dieser Zeit noch keine Informationen aus Peking. KWU-Vorstandsmitglied Hans Frewer, der sich seit Wochen zu Vertragsverhandlungen in Peking aufhält, war laut dpa am Sonntag für eine Stellungnahme ebenfalls nicht zu erreichen.

Nach Informationen der Botschaft ist jedoch „von höchster Stelle" versichert worden, daß die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in der Kernkraft trotz dieses Fehlschlags weitergehen solle. Der für die chinesische Energieentwicklung Verantwortliche im Staatsrat ist Vizepremier Li Peng, den Frewer am Donnerstag getroffen hatte. Die Chinesen begründeten die überraschende Absage, der offenbar eine Kontroverse im Staatsrat vorausgegangen war, mit der Absicht, die Anlageninvestitionen im Fünf-Jahres-Plan (bis 1990) wegen knapper Kapital- und Devisenmittel erheblich zu kürzen.

Die KWU hat bisher Millionen in die Projektvorbereitungen und Vertragsverhandlungen investiert. Seit Monaten halten sich ständig 30 bis 40 Experten im Lande auf. Dies wird als sicheres Indiz dafür gewertet, daß die Verhandlungen bereits weit fortgeschritten waren. Auch hat sich die KWU soeben erst an der 1. Chinesischen Nuklearausstellung in Peking maßgeblich beteiligt.

Offen ist, ob die Pekinger Absage an das deutsche Unternehmen auch als Zeichen für die Abkehr von dem Kernenergieprogramm anzusehen ist, wonach bis zum Jahre 2000 der Bau von zehn Kraftwerken mit bis zu 1000 Megawatt geplant ist. Beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang hatte die Wirtschaftskommission Chinas mit der KWU ein Memorandum unterzeichnet, das die Planung, Entwicklung und Errichtung von vier Blöcken mit je 1000 Megawatt vorsieht.

Bei den Gesprächen, die Frewer in Peking führte, ist wiederholt die Sorge laut geworden, China könne sich durch ein zu schnelles Modernisierungstempo übermäßig verschulden. Der Schuldendienst verschlingt allerdings nur vier bis fünf Prozent der Exporterlöse.

Appell an Ost-Berlin

Friedensbewegung fordert von „DDR"-Führung mehr Rechte

dpa, Ost-Berlin

Für die schrittweise Einführung uneingeschränkter Reisefreiheit für alle Bürger, die Überprüfung des politischen Strafrechts und die Aufstellung unabhängiger Kandidaten bei Wahlen in der „DDR" haben sich Angehörige kirchlicher Friedenskreise in einem an die Regierung in Ost-Berlin gerichteten „Appell zum UNO-Jahr des Friedens" eingesetzt. In dem Schreiben, das am 24. Januar abgeschickt wurde, werden als notwendige und auch realisierbare Maßnahmen ferner die weitgehende Aufhebung von Beschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Schaffung eines zivilen Wehrersatzdienstes und die öffentliche Erörterung von Vorschlägen Andersdenkender genannt.

Unter Hinweis auf den „beachtenswerten Vorschlag" des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow zur Abrüstung vom Anfang des Jahres wird der Zusammenhang von innerem und äußerem Frieden unterstrichen. Unterzeichner des „Appells" sind der evangelische Pfarrer Rainer Eppelmann, das ehemalige SED-Mitglied Wolfgang Templin, der kirchliche Mitarbeiter Ralf Hirsch und der Lagerarbeiter Peter Grimm aus Ost-Berlin.

Das Schreiben beschränkt sich ausdrücklich auf die Situation in der „DDR", da nach Meinung der Unterzeichner „nur ein innenpolitisch friedlicher Staat auch nach außen wirklich überzeugend für den Frieden wirken kann". Innerer Friede bedeute für sie, „die Garantie und praktische Durchsetzung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegten Grundrechte zu *vervollkommnen*".

Die Wehrdienstverweigerung solle durch Schaffung eines zivilen Ersatzdienstes legalisiert werden. Dies würde „besonders im UNO-Jahr des Friedens ein deutliches *Zeichen* des Friedenswillens" der „DDR"-Regierung sein, heißt es in dem Schreiben. Eine „Grundvoraussetzung des inneren Friedens" sei die Bereitschaft zum Dialog auch mit Andersdenkenden.

Kritik an Mitterrands TV-Auftritt

DW. Paris

Mit scharfer Kritik hat die französische Opposition auf die Ankündigung einer neuen Fernsehsendung mit Staatspräsident François Mitterrand reagiert, mit der er gestern abend in die Wahlauseinandersetzung eingriff. Sprecher der Opposition nannten die „Wahlhilfe" des Präsidenten „skandalös". Die Sozialisten verteidigten die kurzfristig ins Programm eingeschobene einstündige Interview-Sendung als „normal". Frühere Präsidenten hätten viel stärker am Wahlkampf teilgenommen.

Das Aufsichtsgremium für das französische Fernsehen, die „Haute *Autorité", gestand der Opposition das* Recht zu, in den Nachrichtensendungen auf die Äußerungen Mitterrands reagieren zu können, ohne daß den Parteien diese Antwort auf die ihnen *zustehenden Sendezeiten im Fernse*hen angerechnet würde.

Der Präsident der gaullistischen Fraktion im Senat, Charles Pasqua, erklärte: „Die Entscheidung der ‚Ho*hen Autorität'*, auch wenn sie den der Opposition entstehenden Schaden nicht voll wettmacht, kommt dennoch der Feststellung gleich, daß der Präsident seine Macht mißbrauchte. *Die Franzosen werden daraus ihre* Konsequenzen zu ziehen wissen."

Erste Vernehmung Demjaniuks in Israel

dpa, Jerusalem

Der von den USA ausgelieferte mutmaßliche Kriegsverbrecher John Demjaniuk ist am Sonntag erstmals einem israelischen Richter in Jerusalem vorgeführt worden. „Ich bin die völlig falsche Person. Ich war nie an dem Ort, den alle mir nennen, Treblinka, ich habe nie den Nazis gedient", sagte er in gebrochenem Englisch und mit steinernem Gesicht.

Demjaniuk, der für die Ermordung von 900 000 Juden im Konzentra*tionslager* Treblinka (Polen) verantwortlich sein soll, wird des „Verbrechens gegen die Menschheit und gegen das jüdische Volk" angeklagt. Bei einer Verurteilung droht dem 66jährigen die Todesstrafe. Der gebürtige Ukrainer streitet ab, mit dem „Iwan den Schrecklichen" genannten Kriegsverbrecher identisch zu sein.

Demjaniuk, der in Handschellen vorgeführt wurde, sagte, er habe den Eindruck, daß die Todesstrafe gegen ihn schon „beschlossene Sache" sei. Der Ermittlungsrichter Aharon Shimha betonte, daß die Todesstrafe bei einer Verurteilung laut Gesetz möglich, aber nicht zwingend sei.

Stummer Minister

HH – Was macht unseren Wirtschaftsminister so schweigsam, wenn es um Subventionserhöhungen geht? Und was läßt ihn so jubilieren und tirilieren, wenn er – und sei es unzutreffend wie beim 86er Etat – eine Senkung bekanntgeben kann? Ganz einfach: Bangemann ist der selbsternannte Minister für Subventionsabbau. Erhöhungen gehören gewissermaßen nicht zu seinem Ressort.

Für den Airbus müssen, wie sich mehr und mehr verdichtet, Milliardenbeträge über den Wirtschaftsetat bereitgestellt werden. Doch Bangemann schweigt dazu.

Der sinkende Ölpreis macht höhere Subventionen für die deutsche Steinkohle erforderlich. Denn die Elektrizitätswirtschaft hat nach geltendem Recht für eine bestimmte Kohlemenge Anspruch auf Preisausgleich gegenüber dem Preis für schweres *Heizöl*. Finanziert wird diese Kompensation aus dem Kohlepfennig, den jeder Verbraucher mit seiner Stromrechnung bezahlt.

Jeder Prozentpunkt bringt Einnahmen von etwa 650 Millionen Mark. Die Mehrbelastung in diesem Jahr könnte ohne weiteres zwei Milliarden Mark betragen, also eine Erhöhung (von derzeit 3,3 Prozent) um drei Punkte erforderlich machen. Bis zur Höhe von 4,5 Prozent entscheidet Bangemann allein, darüber hinaus mit Zustimmung des Bundestages. Doch Bangemann zögert. Je länger er wartet, desto stärker muß die Anhebung schließlich ausfallen. Auch dürfte er angesichts der *erforderlichen* Größenordnung kaum an einer Erörterung im Parlament vorbeikommen. Was also sind seine Gründe, die Entscheidung weiter zu vertagen?

Konsum

sg. – Im Zeichen von auffallend optimistischen Konjunkturerwartungen haben am Wochenende die Frankfurter Frühjahrsmesse und die Offenbacher Lederwarenmesse begonnen. Die Zuversicht bei Politikern und Ausstellern gründet sich ganz wesentlich auf den erwarteten Kaufkraftschub, der von den stark gesunkenen Ölpreisen ausgeht. Wie sehr diese Aussicht zutreffen dürfte, spürten die Aussteller an beiden Messeorten, die ja stark auf Verbrauchsgüter ausgerichtet sind, schon am ersten Tag, freilich anders, als sie erwartet haben mögen. Die Messeorganisationen berichten übereinstimmend, daß der Besuch stark vom verkaufsoffenen Samstag beeinträchtigt war. Die potentiellen Messe-Einkäufer waren offensichtlich zunächst in die heimatlichen Innenstädte geströmt, um den aufgestauten Bedarf erst einmal privat zu decken und sich erst später um den geschäftlichen Nachschub zu kümmern. Dies geschah denn wohl auch. Am Sonntag wurde von beiden Messen lebhafter Besuch gemeldet.

FRANKFURTER MESSE / Bonner Mahnung an die Tarifpartner zur Zurückhaltung

Real steigende Kaufkraft führt zu optimistischen Konsum-Prognosen

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Begleitet von optimistischen Prognosen und vielen Hoffnungen hat die Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse am Samstag wieder ihre Pforten geöffnet. Geringe Preissteigerungen und real steigende Einkommen, Steuersenkung und wieder wachsende Beschäftigung, so meinten unisono alle Eröffnungsredner, sollten die Kaufkraft spürbar stärken und damit auch den jahrelang stagnierenden Konsum wieder steigen lassen.

Staatssekretär Martin Grüner, in letzter Minute als Vertreter für den erkrankten Bundeswirtschaftsminister *Martin Bangemann eingesprungen*, warnte indessen vor der Kaufkraftsteigerung durch allzu kräftige Lohnerhöhungen: „Die staatliche Wachstums- und Stabilitätspolitik müßte wirkungslos verpuffen, wenn sie von den Tarifpartnern konterkariert würde."

Immerhin seien die derzeitigen Inflationsraten die niedrigsten der Nachkriegsgeschichte: „Wir rechnen sogar damit, demnächst eine Null vor dem Komma zu haben." Einmalig sei auch die Situation, daß ein deutliches Wirtschaftswachstum von sinkenden Preiserhöhungen begleitet werde. Und ein Prozent niedrigere Zinsen bedeuteten für die gesamte Volkswirtschaft immerhin sieben Milliarden Mark geringere Kosten. Daß ein Prozent weniger Inflation schon einen Kaufkraftgewinn von 10 Milliarden Mark bringe, hatte Aussteller-Vertreter Peter Baumann (Vorsitzender des Industrieverbands Haushalt-, Küchen- und Tafelgeräte) den Zuhörern schon vorher vorgerechnet.

Mit solcher Geldwertstabilität, so Grüner, seien per Saldo höhere Realeinkommenszuwächse für die Arbeitnehmer zu erreichen als durch überhöhte Lohnsteigerungen, die durch *die von ihnen ausgelöste höhere Inflation* wieder aufgezehrt würden. Zudem gehe es auch um die Arbeitsmarktentwicklung: „Die Tarifpartner entscheiden durch ihre Abschlüsse ganz wesentlich, wie viele Arbeitsplätze rentabel sind und ob rentable Arbeitsplätze *hinzukommen* oder nicht."

Dabei verwies Grüner auch auf die bisherigen Erfolge der Beschäftigungspolitik. Derzeit würden deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als verlorengingen. Schon zum Ende des *dritten* Quartals 1985 habe *man* 200 000 Beschäftigte mehr gezählt als ein Jahr zuvor. Daß die von diesem Zuwachs markierte „Trendwende" bisher „zu wenig zur Kenntnis genommen wurde", liege an den geburtenstarken Jahrgängen, die einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen verhinderten.

Im übrigen seien die mehr als zwei Millionen Arbeitslosen „keineswegs ein festgefügter Block", wie es oft erscheine. Allein 1985 seien 3,7 Millionen Personen aus dem Kreis der Arbeitslosen ausgeschieden und in etwa gleichem Umfang neue Arbeitslose bei den Ämtern registriert worden. Dies zeige die erhebliche Dynamik im Arbeitsmarkt und auch die Chancen zur Eingliederung des einzelnen Arbeitslosen, die größer seien, als es der gleichbleibend hohe Bestand erwarten lasse.

Auch in diesem Jahr soll die Beschäftigtenzahl weiter steigen. Denn Grüner sieht gute Chancen für eine Fortsetzung des Wachstumskurses auch sogar über das Jahr 1986 hinaus. Zusätzliche positive Akzente hätten die Ölpreissenkungen der vergangenen Wochen gesetzt. Hielten sich die Ölpreise auf dem augenblicklichen Niveau, dann bestünden gute Chancen, daß das Wirtschaftswachstum des Jahres 1986 die Drei-Prozent-Prognose des Jahreswirtschaftsberichts übetreffen könnte.

Um die positiven Effekte auf Wachstum und Beschäftigung wirksam werden zu lassen, müßte die Ölpreis-Ermäßigung allerdings auch an den Verbraucher weitergegeben werden, so der Fingerzeig an die Mineralölindustrie. Unsinnig wäre es darum auch, „mit Steuern in den Ölmarkt zu intervenieren und die Vorteile eines *zusätzlichen Anstiegs der Realeinkommen* wieder wegzusteuern": „Niemand kann erwarten, daß Wirtschaft und Verbraucher auch künftig mitziehen, wenn ihnen jetzt bei sinkenden Preisen die Einkommensgewinne durch Steuern abgeschöpft werden."

US-AKTIENMÄRKTE

Der „Dow" marschiert nun auf die 1800-Marke zu

H.-A. SIEBERT, **Washington**

An den US-Aktienmärkten zeigt die Hausse noch immer keine Ermüdungserscheinungen. In der vergangenen Woche stellte jedes Barometer, das den spektakulären, nun dreieinhalb Jahre alten Höhenflug mißt, schon wieder neue Rekorde auf. Dabei *verlagert sich das Gewicht* jetzt stärker auf billigere Standardwerte. Die Börse gleicht einer „Schwingtür": Während erste Investoren, vom enormen Kursplateau entnervt, aussteigen, drängen viele nach, um den Bullen, das Symbol für die Hausse, zu reiten.

Die Wall Street gibt dem Dow-Jones-Industrie-Index noch gut 100 Punkte, bevor die eigentlich schon längst überfällige Konsolidierung einsetzt. Sein steiler Aufstieg ist so bemerkenswert, daß er selbst eingefleischten Optimisten den Atem nimmt. Im April 1983 durchstieß der „Dow" die 1200- und im Mai 1985 die *1300-Marke. Danach ging es* Schlag auf Schlag: Am 6. November fiel die 1400-, am 11. Dezember die 1500- und am 6. Februar die 1600-Barriere. Am Donnerstag *schloß* der *„Dow"* dann mit 1713,99 Punkten, dem letzten Hoch.

Im Wochenverlauf gewann die populärste Meßlatte 11,35, sackte aber am Freitag um 4,93 auf 1709,06 Punkte. Der Verlust geht hauptsächlich auf das Konto des größten Computerkonzerns der Welt, IBM, die den „Dow" dominiert und an fünf Börsentagen um neun auf *150 ⅞ Dollar* gefallen ist. Nach umfangreichen Preissenkungen *rechnet* das Unternehmen mit stagnierenden Gewinnen im ersten Quartal. Besorgt äußerte sich IBM auch über die Investitionen, die 1986 *noch* langsamer als im letzten Jahr wachsen sollen, als sie mit 8,7 Prozent noch nicht einmal die Hälfte *von 1984 ausmachten*. General Motors verlor 1,75 Dollar am Freitag.

Weiter nach vorn marschierten dagegen der umfassende Nyse-Index, der über die Woche um 1,33 (Freitag: plus 0,19) auf 130,74 Punkte stieg, und der Standard & Poor's 500, der sich um 2,30 (0,15) auf 226,92 Punkte verbesserte. Die Rekorde purzelten ebenfalls an der American Stock Exchange und über dem Schalter, wo die Indexe mit 257,35 und 359,53 Punkte schlossen. Dies unterstreicht wiederum die Attraktivität zweitklassiger Papiere.

Antriebsmotor bleibt der Preisrutsch am Ölmarkt, der die inflationären *Erwartungen drückt, was sich in* den schneller sinkenden langfristigen Zinsen niederschlägt. So hat sich die Rendite für 30jährige Treasury Bonds in nur einer Woche von 8,70 auf 8,28 und in Jahresfrist um 3,5 Prozent verringert. Das führt zwangsläufig dazu, *daß die Anlage in Aktien lohnender* wird. Zum Stillstand gekommen ist Freitag die Explosion der Notierungen am US-Rentenmarkt. Bei sieben Prozent eingefroren sind drei- und sechsmonatige Treasury Bills. Broker empfehlen Polaroid, Litton und Sears.

Kaffeepreise stiegen weiter

Von KAREN SÖHLER

Die Rohstoffproduzenten, also vor allem die Entwicklungsländer, haben noch immer das Nachsehen. Sie bemerken nichts von dem anhaltenden Aufschwung in den Industrieländern. Aufflackerde Hoffnungen, die Wende zum Besseren werde jetzt einsetzen, verflüchtigten sich Ende Februar wieder. Für mehrere Rohstoffe *notierten* die Börsenmakler historische Tiefs. Der auf Pfund-Preisen basierende Reuter-Index verschlechterte sich im Monatsverlauf dennoch nur um 0,7 Prozent, der nach den amerikanischen Rohstoffnotierungen berechnete Moody's-Index *um 1,6 Prozent*.

Die Ursache *für die* Schwäche ist freilich *nicht* auf allen Märkten die gleiche. Die in der Industrie eingesetzten Rohstoffe kämpfen mit einer Marktsättigung. Denn eine erhöhte Nachfrage, die der allgemeine Konjunkturaufschwung bewirkt, wird vielfach durch Ersatzstoffe (Substitute) oder durch die Wiederverarbei*tung schon genutzter Rohstoffe (Re*cycling) gedeckt. Als Ausnahmen könnten sich höchstens Kupfer und Aluminium entpuppen, meinen Experten. Diese NE-Metalle würden verstärkt in der Industrie eingesetzt, was im Laufe der nächsten Monate zu Preissteigerungen führen könnte.

Noch nicht geklärt ist die Situation am Zinnmarkt. Prognosen fallen hier schwer, *weil das Metall nach wie vor* nicht wieder an der Londoner Börse notiert wird. Noch haben sich Produzenten- und Verbraucherländer sowie die Händler nicht auf eine Lösung der Krise geeinigt. Doch eins ist klar: Da die Tonne Zinn im Augenblick mit *5000 bis 5500 Pfund am Weltmarkt* gehandelt wird, ist kaum anzunehmen, *daß die ersten* Londoner Notierungen nach der Krise über 6000 Pfund liegen werden, wie ursprünglich erhofft.

Ganz anders ist die Situation auf den Gold- und Platinmärkten. Sie wird von gegensätzlichen Einflüssen geprägt. Preistreibend wirkt der *fallende Dollarkurs*, wie Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt haben. Die politische Situation in Südafrika, dem größten Goldexporteur, unterstützt diese Tendenz. Sie bewirkt, daß die Südafrikaner ihre Kapazitäten nicht ausschöpfen können.

Doch beide Faktoren konnten den Goldpreis nicht stabilisieren. Das Ansteigen in der vorletzten Woche hing vor allem mit den Unruhen auf den Philippinen zusammen. Jetzt gewinnen preisdrückende Einwirkungen die Oberhand. Zum einen hemmen die niedrige Inflationsraten in den Industrieländern, die auch für die nähere Zukunft erwartet werden, die Nachfrage. Denn die Preisstabilität macht eine Flucht in die Sachwerte überflüssig. Außerdem bieten der Aktienmarkt und langfristige Finanztitel so vielfältige Spekulationsmöglichkeiten, daß der Griff zum Gold sehr viel Reiz verloren hat. Zusätzlich verstärken die niedrigen Ölpreise den *Abwärtstrend; die Kunden aus dem* Nahen Osten halten sich zurück. Diese Faktoren, meinen bekannte Analytiker in den USA, wögen erheblich schwerer als die preistreibenden.

Anders wird die Entwicklung für Platin eingeschätzt, auch wenn dieser Markt den gleichen Einflüssen ausgesetzt ist wie das Gold. Der Unterschied ist nur, daß der Platinmarkt von zwei *südafrikanischen* und einer Mine in der UdSSR praktisch kontrolliert wird. Das ermöglicht Manipulationen. Preissteigerungen sind daher durchaus wahrscheinlich.

Zwei krasse Gegensätze entstanden im vergangenen Monat bei den Notierungen der Soft-Commodities: Während die Preise für Kakao in unvorhergesehene Tiefen rutschten, kletterten die Kaffeepreise. Die Kakao-Preise werden vor allem von den Verhandlungen in Genf über ein *neues* internationales Abkommen zwischen Produzenten und Verbraucherländern herabgezogen. Zwar wurden die Gespräche jetzt verlängert; aber die Hoffnung auf eine Einigung über den umstrittenen Preismechanismus steigen damit nicht. Die *Furcht, daß auch dieses Kartell* auseinanderbricht, drückt den Markt; zumal der größte Hersteller, die Elfenbeinküste, nun endgültig erklärt hat, sie werde auch dem neuen Abkommen nicht beitreten. Damit büßt das *Kartell* in *jedem Fall* wieder Wirk*samkeit ein*.

Wie wenig sie ausrichten kann, hat auch die Internationale Kaffee Orga*nisation (ICO), in der Produzenten*- und Herstellerländer zusammengefaßt sind, bewiesen. Nach der Angebotsverknappung aufgrund der schlechten Ernte in Brasilien, der den Markt aus den Fugen brachte, mußte das ICO die Preise Mitte Februar freigeben. *Nun sind sie dem Markt* überlassen.

Auch dieses Kartell kämpft generell *mit* der Schwierigkeit, daß einige Kaffeeproduzenten nicht Mitglied der ICO sind und das Abkommen daher umgehen können. Das andere Problem, das im Augenblick viel entscheidender ist, betrifft die Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Das *ICO-Kapital reicht nicht* aus, um den Preisauftrieb zu dämpfen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Februar 1986	Ende Januar 1986	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	£/t	949,50	1008,50	1027,25	949,50
Zink	L	£/t	410,50	451,50	480	402,25
Zinn	L	£/t	-	-	-	-
Blei	L	£/t	251	261,50	272,50	245,50
Aluminium	L	£/t	764,25	788	807,75	757,25
Nickel	L	£/t	2770	2800	3052,50	2733
Gold	L	$/Unze	337,85	354	361,75	326
Silber	L	p/Unze	381,75	431,90	444,10	381,75
Platin	L	£/Unze	263,75	264,10	282,15	234,10
Weizen	C	Cts/bu	334,62	327,25	339,62	317,75
Mais	C	Cts/bu	233,87	243,87	249,37	244,87
Kakao[1]	L	£/t	1545,50	1734,50	1760,50	1539
Kaffee[1]	L	£/t	2572,50	2215	2955	2210
Zucker	L	£/t	146	139,50	148,50	116
Sojaöl	C	Cts/lb	17,58	19,64	21,62	17,56
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	53,95	54,20	55,25	49,55
Schweißwolle	S	Cts/kg	597,50	602,50	618	596,50
Kautschuk	L	p/kg	63,25	59,50	64,50	57
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			964,50	971,30	978,40	947,50
Reuter's (31. 9.31=100) London			1810,90	1840,20	1863,40	1762

[1]Zweite Abladung [2]A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT



„Für die deutschen Chemiefirmen ist angesichts ihres hohen Exportanteils eine Harmonisierung der Umweltvorschriften innerhalb der EG dringend erforderlich. Die Verbraucher werden erfahren, daß Umweltschutz zum Nulltarif nicht möglich ist."

Prof. Dr. Carl Heinrich Krauch, Vorstandsvorsitzender der Hüls AG, Marl.
FOTO: WOLF P. PRANGE

Rekorddefizit im Januar

Sbt. **Washington**

Ein Rekorddefizit in Höhe von 16,5 (Vorjahresmonat: 11,6) Mrd. Dollar weist die US-Handelsbilanz im Januar aus. Die Einfuhr verarbeiteter Produkte stieg von 22,6 auf 23,5 Mrd. Dollar, darunter Personenkraftwagen für 3,7 Mrd. Dollar. Gegenüber Dezember nahm die Gesamtausfuhr um 0,1 Prozent auf 17, der Gesamtimport um 4,1 Prozent auf 33,5 Mrd. Dollar zu. Das Ergebnis hat die Befürworter einer noch billigeren amerikanischen Währung in der Reagan-Administration – wie Handelsminister Baldrige und der Handelsbevollmächtigte Yeutter – wieder mit neuer Munition versorgt.

BELGIEN

Martens will Sparpolitik mit Sondervollmachten fortsetzen

Ha. **Brüssel**

Die belgische Abgeordnetenkammer hat der Regierung Martens Sondervollmachten im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eingeräumt. Sie sollen es ermöglichen, den 1982 eingeschlagenen Kurs der Sanierung der öffentlichen Finanzen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit fortzusetzen.

Für die Vollmachten stimmten 111, dagegen 78 Abgeordnete. Auch in Martens' christlich-liberaler Koalition *hatten etliche Parlamentarier* Bedenken gegen die weitgehende Ausschaltung des Parlaments (es darf die beschlossenen Maßnahmen nur nachträglich bestätigen oder durch Zusätze verändern). Noch steht die Zustimmung der zweiten Kammer (Senat) aus. Sie soll bis Ende März eingeholt werden.

Die Vollmachten werden es, wie schon 1982, der Regierung erlauben, Lohngrenzen festzulegen, wenn die Lohnkosten der Wirtschaft stärker *wachsen als beim Durchschnitt* der wichtigsten Handelspartner. Konkret bedeutet dies, daß die Regierung eine nach der Indexbindung von Löhnen und Gehältern fällige automatische Anhebung der Löhne aussetzen kann. Allerdings soll zunächst versucht werden, die *Lohnmäßigung durch* freiwillige Absprachen zwischen den Sozialpartnern zustande zu bringen.

Schwieriger *ist die Aufgabe, die öf*fentlichen Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Hier sind der Regierung Martens auch in der vergangenen Legislaturperiode deutliche Erfolge versagt geblieben. 1985 betrug das Haushaltsdefizit 10,9 Prozent des Bruttosozialprodukts. Ziel ist es, bis Ende 1988 auf sieben Prozent zu kommen.

WELTBANK

W. Brock als Nachfolger von Clausen im Gespräch

Sbt. **Washington**

Wenn es nach dem Weißen Haus geht, löst William Brock (55) A. W. Clausen im Juli als Präsident der Weltbank ab. Wie ein hoher Beamter der Reagan-Administration erklärte, ist der derzeitige US-Arbeitsminister die erste Wahl. Man wisse nur nicht, ob der ehemalige Vorsitzende der republikanischen Partei bereit sei, seine politischen Ambitionen aufzugeben. Seit langem ist Brock für die Wahlen im November 1988 als Kandidat für die Vizepräsidentschaft im Gespräch.

Bis zum Sommer war Brock mit dem Rang eines Botschafters Handelsbevollmächtigter der USA und damit der wichtigste handelspolitische Steuermann. Er hat erheblich zur Abschottung amerikanischer Märkte gegen Einfuhren wie Autos, Motorräder und Stahl beigetragen, andererseits aber die Japaner zur Öffnung einiger Importschleusen gezwungen. Brock gilt als Meisterdiplomat, dem allerdings eine gehörige Portion Schlitzohrigkeit nachgesagt wird. Während Clausen lange Zeit mit dem Weißen Haus nicht zurechtkam, würde Brock diese Probleme nicht haben.

Für den Fall, daß Brock seine politische Laufbahn nicht beenden will, stehen Exfinanzminister William E. Simon, EG-Botschafter J. William Middendorf, John M. Hennessy von der Credit Suisse First Boston, Richard A. Debs von Morgan Stanley und John R. Petty von der Marine Midland Bank auf Präsident Reagans Kandidatenliste. Die Entscheidung soll bis zum IWF-Finanzministertreffen vom 6. bis 11. April in Washington fallen. Traditionell stellen die USA den Präsidenten der Weltbank, die Europäer den geschäftsführenden Direktor des Währungsfonds.

ÖLPREISE / WESTLB: Die Industrieländer sparen insgesamt rund 45 Mrd. Dollar

Lebenshaltungskosten können sinken

Py. **Düsseldorf**

Auf rund 140 Milliarden US-Dollar veranschlagt die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, die *Einkommensverlagerungen, die sich* 1986 weltweit aus einem Ölpreisrückgang um 30 Prozent ergeben werden. In einer Analyse des neuesten Bank-Lageberichts wird der Geldzufluß von den Ölförderländern zu den Verbraucherländern auf rund 90 Milliarden Dollar geschätzt. Dagegen ergibt sich eine Umschichtung der Kaufkraft von den Ölexport- zu den Ölimportländern von reichlich 50 Milliarden Dollar.

Die Opec-Staaten werden der Untersuchung zufolge Einbußen von 40 Milliarden Dollar hinnehmen müssen, der Ostblock rund fünf Milliarden Dollar. *Dagegen werden die* Industrieländer um rund 45 Milliarden Dollar entlastet.

Wie *schnell und wie stark* diese Einkommensverlagerungen vonstatten gehen und die internationale Wirtschaftslage verändern werden, *läßt* sich nach der Meinung der Analysten nicht präzise vorhersagen. Dafür hätten sowohl die Gewinner als auch die Verlierer zu unterschiedliche Reaktionsalternativen. Per saldo rechnen die Volkswirte der Bank aber mit einem deutlich positiven Wachstumsbeitrag.

Das gelte insbesondere für die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik: „Es ist sogar möglich, daß der Lebenshaltungskostenindex im Frühjahr vorübergehend ein Minuszeichen aufweist." DM-Aufwertung und Ölpreisrückgang wirkten parallel und würden die gesamte Energie-Import-Rechnung 1986 um rund 35 Milliarden DM vermindern. Etwa die Hälfte entlaste die privaten Haushalte unmittelbar, die andere Hälfte komme zunächst der Wirtschaft in Form sinkender Energie- und Rohstoffpreise zugute.

Die Mineralölverarbeitung gerate dadurch wieder in die Gewinnzone, die chemische Industrie erlebe Kostenentlastungen von vier Milliarden DM. Allerdings werde der scharfe Wettbewerb verhindern, daß die Gewinne in gleichem Ausmaß steigen. Negativ betroffen werden die Hersteller von Explorationsgerät und der Anlagenexport in die Ölländer.

Außerdem steige der Subventionsbedarf für den deutschen Steinkohlenbergbau, da die Einstandspreise für Inlandskohle auf die Stahlindustrie generell und für die Stromerzeugung zum Teil auf das Weltmarktniveau heruntersubventioniert werde.

Verbesserte Wachstumsperspektiven haben aufgrund der sinkenden Energiepreise auch Branchen, die keine direkte Entlastung erfahren. Dazu gehören vor allem die Autoindustrie, die Möbelindustrie und die Touristik-Branche.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wachsendes Exportrisiko

Schadenszahlungen des Bundes für politische und wirtschaftliche Schäden, einschließlich Umschuldungen

Millionen DM
*geschätzt

made in Germany

55 | 57 | 245 | 334 | 445 | 691 | 770 | 931 | 1.544 | 2.102 | 1.900*

1975 | 76 | 77 | 78 | 79 | 80 | 81 | 82 | 83 | 84 | 85

imu 86 02 02 Quelle BMF

Mit den Ausfuhrbürgschaften bietet der Bund der Exportwirtschaft Schutz gegen die besonderen Risiken an, die mit der Durchführung von Ausfuhrgeschäften verbunden sind. Die Gewährung von Bundesdeckungen erfolgt nach Abwägung der risikopolitischen Gesichtspunkte unter Berücksichtigung der Wirtschafts- und Transferkraft des betreffenden Landes. Aufgrund der gestiegenen Risiken erhöhte die Bundesregierung die Entgelte für Ausfuhrbürgschaften zum 1. April 1984. QUELLE: IMU

Schiess muß sanieren

Düsseldorf (dpa/VWD) – Der Düsseldorfer Werkzeugmaschinenhersteller Schiess AG muß saniert werden. Wie der Vorstand am Wochenende erklärte, hat das Unternehmen im Geschäftsjahr 1985 einen Betriebsverlust von etwa 25 Mill. DM hinnehmen müssen, der nur zu einem geringen Teil durch interne Maßnahmen abgedeckt werden könne. Einschließlich eines Verlustvortrages von 4,6 Mill. DM aus dem Vorjahr sei ein Gesamtverlust entstanden, der das Eigenkapital der Gesellschaft weitgehend aufzehre. Nach einem vom Aufsichtsrat genehmigten Sanierungskonzept soll eine außerordentliche Hauptversammlung über die Herabsetzung des Grundkapitals von 18 Mill. DM im Verhältnis drei zu eins auf sechs Mill. DM sowie eine anschließende Kapitalerhöhung um vier Mill. auf zehn Mill. DM beschließen.

3500 neue Arbeitsplätze

Köln (dpa/VWD) – Die privaten Banken in der Bundesrepublik haben 1985 mehr als 3500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Nach Angaben des Arbeitgeberverbandes des Privaten Bankgewerbes, Köln, wuchs die Beschäftigtenzahl damit um zwei Prozent auf über 172 000. Nahezu jeder *zehnte Mitarbeiter sei ein Auszubil*dender. Rund die Hälfte der Berufsanfänger sind Frauen.

Chinesisches Handelsbüro

Frankfurt (AP) – Spätestens im Herbst dieses Jahres will das China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT) bei der Industrie- und Handelskammer Frankfurt ein eigenes Büro eröffnen, die einzige Repräsentanz in Westeuropa. Darüber hinaus will sich die chinesische Handelsorganisation ab Frühjahr 1988 mit eigenen Ausstellungen an den Frankfurter Messen beteiligen.

„Ölpreis bleibt niedrig"

Kuwait (dpa/VWD) – *Der Ölpreis* dürfte nach Einschätzung des kuwaitischen Ölminister Scheich Ali Al Chalifa innerhalb der nächsten drei Jahre nicht über 18 Dollar je Barrel (159 Liter) steigen. Der Minister begründete dies gegenüber der kuwaitischen Zeitung „Al-Anbaa" mit dem britischen Widerstand, sich einer Produktionsbeschränkung der Organisation erdölexportierender Länder anzuschließen. Er wies damit indirekt Forderungen der für eine harte Hal*tung eintretenden Opec-Mitglieder* Iran, Libyen und Algerien zurück, am bisherigen Förderlimit von 16 Millionen Faß und dem Richtpreis von 28 Dollar je Faß festzuhalten.

Wechsel bei BankAmerica?

Washington (Sbt.) – Der Aufsichtsrat der BankAmerica Corp., San Francisco, entscheidet heute darüber, ob *Samuel H. Armacost als Vorstands*vorsitzender und Chief Executive Officer durch den ehemaligen Präsidenten der American Express Co., New York, Sanford I. Weill, abgelöst werden soll. Ein ähnlicher Antrag war vergangene Woche abgelehnt worden. *Große Investmenthäuser in den* USA machen die Beschaffung von 1 Mrd. Dollar von einem Wechsel an der Spitze der zweitgrößten Bank in den Vereinigten Staaten abhängig, die auf umfangreichen faulen Krediten sitzt und hohe Abschreibungen *vornehmen mußte*.

Geringe Inflationsrate

*Brüssel (AP) – Die Verbraucher*preise in der Europäischen Gemeinschaft sind nach Angaben des Statistischen Amtes der EG im Januar um 0,2 Prozent gestiegen. Wie das Amt mitteilte, betrug damit die durchschnittliche Inflationsrate zwischen *1. Februar 1985 und 31. Januar* diesen Jahres 4,7 Prozent, die niedrigste seit 1970. Die Zahlen betreffen nicht Spanien und Portugal, da beide Länder erst am 1. Januar der Gemeinschaft begetreten waren.

Importzölle wieder gesenkt

Washington (dpa/VWD) – Die USA werden ihre gegenwärtigen Importzölle auf einige Spezialstahlsorten vom 1. März an wieder rückgängig machen – mehr als ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Das teilte das Büro des US-Handelsbeauftragten in Washington mit. Präsident Ronald *Reagan hatte die Zölle auf Edelstahl*bleche, Bandstahl und Grobbleche im Juli 1983 verfügt. Sie sollten bis Mitte Juli 1987 gültig bleiben. Auf Grund jüngster Vereinbarungen mit der EG, Japan und Südkorea wurde jedoch eine vorzeitige Aufhebung dieser Zölle beschlossen.

Emminger feierte den 75. Geburtstag



PHOTO: TEUTOPRESS

Dr. Otmar Emminger, ehemaliger Bundesbank-Chef und renommierter Währungspolitiker, wurde gestern 75 Jahre. Wie kaum ein anderer hat der frühere Präsident der Deutschen Bundesbank (1977 bis 1979) in drei Jahrzehnten das internationale Währungsgeschehen beeinflußt. Seit 1953 Mitglied des Bundesbank-Direktoriums und von 1970 bis 1977 Vizepräsident dieser unabhängigen Währungsinstitution, galt Emminger als der „heimliche Außenminister" der Bundesrepublik. Bei zahlreichen internationalen Verhandlungen und Konferenzen über Währungsfragen nahm er als deutscher Vertreter und Unterhändler teil. Bundeskanzler Helmut Kohl gratulierte dem gebürtigen Augsburger zu seinem 75. Geburtstag. Emminger habe sich hervorragende Verdienste um die deutsche Währungspolitik und um den Ausbau des internationalen Währungssystems erworben, schrieb der Kanzler. Der frühere Bundesbank-Chef habe dazu beigetragen, daß die deutsche Währung auch im Ausland Vertrauen genieße. (DW.)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Heinrich Hubert Valentin; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Gerd Riebisch; **Bochum:** Abdichtung f. Hoch- u. Tiefbau Stutz GmbH; **Duisburg:** GSBA-Generalübernehmer f. schlüsselfertige Bauausstattung GmbH, Mülheim a. d. Ruhr; **Frankfurt:** Nachl. d. Anna Maria Flora Dörr geb. Hamburger; **Gelsenkirchen:** Becker + Erwig Bauunternehmung GmbH, Gladbeck; **Ibbenbüren:** Gertrud Ricker, Mettingen; **Köln:** Gebr. Seiler GmbH & Co. KG; **Lüdenscheid:** Althoff & Stars Bedachungsges. mbH, Altena.

BRASILIEN / Löhne und Preise werden strikt kontrolliert – Bangen mischt sich in die allgemeine Zustimmung

Regierung greift zu drastischen Sparmaßnahmen

WERNER THOMAS, **São Paulo**

Das Anti-Inflationsprogramm der Sarney-Regierung („Plano Tropical") ist in der brasilianischen Bevölkerung mit Beifall und Bangen aufgenommen worden. „Hoffentlich geht das gut", schrieb die Zeitung „O Estado de São Paulo" und traf die Stimmung. Bei den Gewerkschaften zeichnet sich allerdings schon Widerstand ab. Die 70 000 Bankangestellten in Rio de Janeiro haben aus Protest gegen die drastischen Maßnahmen nach eigenen Angaben einen unbefristeten Streik begonnen. Sie wollen auf versprochene Lohnerhöhungen nicht verzichten. Die Metallarbeitergewerkschaft begnügte sich zunächst mit harter Kritik.

Der „Plano Tropical" enthält drei Schlüsselelemente:

● *Strikte Lohn- und Preiskontrollen.* Die Angleichung der Löhne erfolgt nicht mehr alle sechs Monate, sondern jährlich. Wenn die Inflationsrate jedoch 20 Prozent (Jahresbasis) erreicht, dürfen die Löhne sofort um diesen Prozentsatz steigen.

● Ein Ende des vor zwanzig Jahren eingeführten Indexierungssystems, das die Inflation durch regelmäßige Erhöhungen der Löhne, Mieten und Dienstleistungstarife „institutionalisierte".

● Die Einführung einer neuen Währungseinheit, des Cruzado, nach einer alten portugiesischen Goldmünze benannt. Ein Cruzado ist 1000 Cruzeiros wert. Der Umtauschkurs des Dollars beträgt 13,80 Cruzados. Die bisher im Abstand von einigen Tagen vorgenommenen „Mini-Abwertungen" entfallen.

Das Programm erinnert an den argentinischen „Plan Austral", der im Juni vergangenen Jahres in Kraft getreten war. Die Alfonsin-Regierung ist jedoch noch weiter gegangen: Sie hat die Löhne total einfrieren lassen und einen ausgeglichenen Haushalt versprochen. Obgleich Brasiliens Finanzminister Dilson Funaro ein Ende der Defizite in Aussicht stellte, sind solche Schritte nicht ausdrücklich in dem „Plano Tropical" verankert.

Sowohl in Argentinien als auch in Brasilien waren anti-inflationäre Initiativen unumgänglich. In Argentinien bewegte sich die Inflationsrate um 1000 Prozent. Heute steigen die Lebenshaltungskosten um weniger als 15 Prozent. Brasilien hielt in den letzten zwölf Monaten den Inflationsweltrekord – 255 Prozent. Viele Beobachter warnten, in diesem Jahr würden 500 bis 600 Prozent drohen. Finanzminister Dilson Funaro warnte: „Eine unkontrollierte Inflation hätte uns schließlich eine Rezession, eine gewaltige Arbeitslosigkeit und einen Rückgang des Realeinkommens gebracht."

Der gravierende Unterschied zwischen Argentinien und Brasilien ist jedoch die günstigere Ausgangsposition der Brasilianer. Während Alfonsin eine stagnierende Wirtschaft steuern mußte, befindet sich die brasilianische Konjunktur in einer Boom-Phase. Im vergangenen Jahr verzeichnete Lateinamerikas größte Nation eine der höchsten Wachstumsraten der Welt, fast acht Prozent. In diesem Jahr sollte diese günstige Entwicklung anhalten, obgleich viele Experten eine bescheidenere Bilanz erwarten. Niemand befürchtet, daß die Inflationsbekämpfung eine Rezession auslöst. Da im November Kongreß- und Gouverneurswahlen stattfinden, will die Sarney-Regierung konjunkturelle Rückschläge verhindern.

Diese Wahlen und die gegenwärtig in New York geführten Umschuldungsverhandlungen – die Auslandsschulden betragen rund 100 Milliarden Dollar – haben den Präsidenten zu schnellem Handeln gezwungen.

Die meisten Kommentatoren stimmten überein, daß ein Erfolg des Programms von zwei Faktoren abhängen wird, von dem Verhalten der Gewerkschaften und der Regierung. Wenn die Arbeitnehmervertretungen eine Streikwelle starten und der Staat nicht seine Ausgaben dramatisch drosseln werde, drohten dem „Plano Tropical" Gefahren.

Die Kooperation der Bevölkerung ist dagegen garantiert. Überall wurde bereits der Aufruf des Präsidenten befolgt, jeder Bürger solle die Rolle eines „Preisinspekteurs" spielen. Die Behörden registrierten Tausende von Anzeigen gegen Geschäftsleute. In Rio de Janeiro sind zwei Schnellimbiß-Restaurants gesteinigt und drei Supermärkte geplündert worden, die Preiserhöhungen wagten.

PHILIPS / Umsatz erhöht – Gewinnspanne verringert

Enttäuschungen in den USA

HELMUT HETZEL, **Eindhoven**

Mit einer kräftigen Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 60,05 Mrd. Gulden konnte die Philips-Konzerngruppe 1985 auf den internationalen Märkten weiter expandieren. Getrübt wird dieser Expansionskurs allerdings durch einen Rückgang des Ergebnisses. Der Reingewinn des Unternehmens sank von 1,113 Mrd. Gulden (1984) auf 919 Mill. Gulden (1985). Ursache sei, teilte das Unternehmen in Eindhoven mit, das enttäuschende Ergebnis auf dem amerikanischen Markt, wo erhebliche Verluste angefallen seien. Die in den USA aufgelaufenen Defizite seien durch Gewinnzunahmen in Europa zum Teil kompensiert worden.

Die Umsatzsteigerung sei in vier der sechs Unternehmensbereiche erzielt worden: In den Sparten Beleuchtungen und Unterhaltungselektronik, hier vor allem bei Compact-Disc-Spielern und Hifi-Geräten sei das Umsatzplus sehr stark gewesen. „Bedeutend gestiegen" sei der Umsatz im Bereich professionelle Geräte und Systeme. Hier hauptsächlich bei medizinischen Geräten, Bankterminals, Analyse und Meßgeräten. Im Unternehmensbereich Bauelemente sei der Umsatz dagegen stark gesunken. Auf dem seit langem stagnierenden Hausgerätemarkt habe man bei Haushaltkleingeräten und Mikrowellenherden diese Käufe jedoch steigern können.

Aus regionaler Sicht betrachtet habe vorwiegend der europäische Markt große Zuwächse zu verzeichnen gehabt. In den USA stagnierte der Umsatz dagegen auf dem Vorjahresniveau. Auch habe Polygram einen wichtigen und positiven Beitrag zum Betriebsergebnis geliefert. Für das Geschäftsjahr 1986 rechnet man in Eindhoven allerdings mit einer wesentlichen Verbesserung des Betriebsergebnisses und einer weiteren Steigerung des Umsatzes.

Auf der am 22. April in Eindhoven stattfindenden Hauptversammlung soll eine Dividende in Höhe von 2 Gulden vorgeschlagen werden. Abzüglich der im Dezember bereits zahlbar gestellten Interimsdividende entspreche dies einer Schlußdividende von 1,40 Gulden; außerdem wird der neue Philips-Präsident, C. J. van der Klogt, sein Amt antreten.

MAILÄNDER BÖRSE / Italiener sind aufgeschlossen für neue Anlageformen

Aufholbedarf ist noch längst nicht gedeckt

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Der italienische Aktienmarkt ist in Westeuropa gegenwärtig derjenige, an dem der stärkste Aufholbedarf nach jahrzehntelanger Erstarrung herrscht. Italien hat nach Japan die höchste Sparrate in der Welt, gleichzeitig aber auch noch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Sparern, die sich die neuen Anlageformen am Kapitalmarkt noch nicht erschlossen haben.

Italienische Finanzexperten sind sich deshalb einig darin, daß diese beiden Faktoren zusammen in den nächsten Monaten dazu beitragen werden, einen wachsenden Anteil des Spareraufkommens dem Risikokapital zufließen zu lassen. Entscheidende Bedeutung wird den Experten zufolge dabei den Investmentfonds zukommen, die ihre Mittlerfunktion von Monat zu Monat stärker ausbauen. Von fast null haben die in der zweiten Jahreshälfte 1984 entstandenen italienischen Fonds ihr Vermögen bis Ende 1985 auf 20 000 Milliarden Lire (rund 29,5 Milliarden DM) gebracht und nähern sich jetzt, zwei Monate später, bereits der 30 000-Milliarden-Lire-Marke. Das heißt, daß die Ende Dezember gestellten, in Wahrheit sehr vorsichtigen Prognosen eines weiteren Wachstums von 10 000 Milliarden Lire im Ganzjahr 1986 schon in den ersten zwei Monaten dieses Jahres in Erfüllung gegangen sind. Inzwischen gibt es in Italien bereits 0,8 Millionen Fondssparer, doppelt so viele wie vor sechs Monaten.

Kapitalmarktexperten rechnen damit, daß diese Zahl im Laufe der nächsten Zeit noch weiter erheblich zunehmen wird, je mehr sich die Spargewohnheiten der italienischen Haushalte denen in den anderen westlichen Industrieländern angleichen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß von dem gesamten Sparvolumen der Haushalte Ende 1985 immerhin noch immer 48 Prozent auf Giro- und Sparkonten sowie 36 Prozent auf (steuerfreie) Staatspapiere entfielen. Dagegen machten Aktien nur sieben Prozent, Obligationen sechs Prozent und Fondsanteile gar erst drei Prozent aus. Tendenziell liegen die größten Chancen daher zweifellos im Fondssparen. Von hier aus werden Experten zufolge mit Sicherheit weitere Impulse für den Aktienmarkt ausgehen, da die Fonds bisher erst 38 Prozent ihres Portefeuilles in Risikokapital angelegt haben, gegenüber beispielsweise 49 Prozent in Staatstiteln.

Potentielle starke Wachstumschancen werden dem Aktienmarkt nicht zuletzt infolge des im Gange befindlichen Trends eingeräumt, mit dem die Börse wieder begonnen hat, die Stellung zurückzugewinnen, die sie Anfang der sechziger Jahre einbüßte, als in Italien die große Sozialisierungswelle einsetzte. Die Kursgewinne des vergangenen Jahres und der ersten Monate 1986 müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. Wieviel noch aufzuholen ist, zeigt die Tatsache, daß der „Is Sole-24 Ore"-Börsenindex (Basis 1938 = 1) Ende 1985 erst bei um die 200 lag, die Inflation aber – auf der gleichen Basis – bei 700.

Erwartungen weit übertroffen

cd. **Frankfurt**

Die Erwartungen der Bank in Liechtenstein (Frankfurt) AG sind im ersten Geschäftsjahr, das noch ganz im Zeichen des organisatorischen Aufbaus und der Etablierung neuer Kundenbeziehungen stand, mehr als übertroffen worden. Das auf das nicht bilanzwirksame Investmentbanking spezialisierte Institut – die Bilanzsumme von 121 Mill. DM hat bei dieser Art des Geschäfts kaum Aussagewert – weist bereits einen Jahresüberschuß von 0,59 Mill. DM aus, von dem 0,5 Mill. DM in die offene Rücklage eingestellt werden. Zur Verbreitung der Angebotspalette im Portfolio Management ist noch in diesem Jahr die Gründung einer Investmentgesellschaft geplant, die sich zunächst auf die Verwaltung von Spezialfonds konzentrieren soll. Gestützt auf eine positive Einschätzung der europäischen Börsen, rechnet die Bank, die jetzt knapp 50 Mitarbeiter beschäftigt, mit einer weiteren kontinuierlichen Geschäftsausweitung, für die sie sich mit einer Kapitalverdoppelung auf 20 Mill. DM rüsten will.

RENTENMARKT / Bundesanleihe zu sechs Prozent?

Renditen auf Tiefststand

Am deutschen Rentenmarkt sind die Zinsen auf den tiefsten Stand seit 1978 gesunken. Die Durchschnittsrendite aller öffentlichen Anleihen fiel auf 5,9 Prozent. Maßgebend dafür waren die Aufwertungserwartungen für die DM und eine abnehmende Zinsdifferenz zu den US-Dollar-Bonds. Beides veranlaßte Ausländer zu hohen Käufen deutscher Titel. Trotz geringer Renditen ist der Zinssenkungsspielraum noch nicht völlig ausgeschöpft. Zwar zögern deutsche Anleger noch mit Käufen; doch solange die DM als fest gilt, die Preise stabil bleiben und die US-Zinsen weiter fallen, ist eine Umkehr des sinkenden Zinstrends kaum zu befürchten. Es wird damit gerechnet, daß heute die neue Bundesanleihe als Sechsprozenter kommen wird, der ersten Neuemission zu diesem Satz seit 1978. Sie dürfte keine Plazierungsschwierigkeiten haben. (Py.)

Emissionen	28.2. 86	21.2. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,54	5,63	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,96	6,07	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,62	5,72	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,19	6,20	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,69	5,78	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,30	5,38	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,35	6,47	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,68	5,77	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,55	6,63	6,82	7,20	8,08

TANDON COMPUTER / Zulieferer-Rolle aufgegeben

Noch Chancen für Neulinge

Wb. Frankfurt

Selbst der heißumkämpfte Markt der Personal Computer bietet noch Chancen für Neulinge. Die Tandon Computer GmbH, Frankfurt, erst im Oktober 1985 gegründet, hat schon in den ersten vier Monaten ihres Bestehens (und nur zweieinhalb Monate nach Verkaufsbeginn) rund 15 Mill. DM mit ihren IBM-ähnlichen PC-Produkten umgesetzt. Das noch vorsichtig angesetzte Ziel für 1986 liegt bei 40 Mill. DM.

Freilich: Tandon ist bei Händlern und EDV-Leuten keine unbekannte Größe. Schon seit 1975 ist die amerikanische Muttergesellschaft Tandon *Computer Corporation, Chatsworth/* Delaware, als Zulieferer der meisten Computer-Hersteller im Geschäft. Nach der Gründung zunächst nur Hersteller von Schreib-/Leseköpfen für Magnetplattenspeicher, baute das Unternehmen seine Palette allmählich aus. Heute stuft es sich selbst als weltgrößter Produzent kompletter Mikrocomputer-Laufwerke ein.

Die immer größere Enge im Mikrocomputer-Markt und die Preiskämpfe seiner Abnehmer brachten auch Tandon in die Klemme. Der Preisdruck wurde an den Zulieferer weitergereicht, und angesichts voller Computer-Läger wurden auch Aufträge storniert. Die Folge: Im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) ging der Umsatz um ein Drittel auf 269 (401) Mill. Dollar zurück, und einmalige drastische Lager-Wertberichtigungen trieben den Verlust auf 135 Mill. Dollar. Selbst dieser Brocken wurde ohne neue Bankdarlehen bewältigt.

In dieser Situation und angesichts des eigenen Know-hows beschloß Tandon, sich teilweise aus der Zulieferer-Rolle zu lösen. Eigene Personal Computer, leistungsidentisch mit den gängigen IBM-Modellen, waren rasch entwickelt, und das erste Quartal der 3000-Mitarbeiter-Gruppe schloß bereits wieder mit einem Gewinn. Nun wird zügig eine europäische Vertriebsorganisation aufgebaut.

KOCHS ADLER / Gute Absatzmöglichkeiten in Italien

Zweistelliger Umsatzzuwachs

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die positive Entwicklung bei den Herstellern von Industrienähmaschinen, die bereits 1984 deutlich wurde, hat auch 1985 angehalten. Wie die Kochs Adler AG, Bielefeld, in einem Aktionärsbrief mitteilt, hat die Verbesserung des Konsum- und Investitionsklimas zu einem stärkeren Bestelleingang und auch bereits zu einem erfreulichen Umsatzzuwachs geführt. Kochs Adler konnte voll an dieser Entwicklung partizipieren: Der Umsatz der Muttergesellschaft stieg 1985 um 11,2 Prozent auf 114,8 (103,2) Mill. DM, der konsolidierte Gruppenumsatz unter Einbezug der Tochtergesellschaften sogar um 13,5 Prozent auf 147,6 (130) Mill. DM.

Die gestiegene Investitionsbereitschaft bestimmte auch die Entwicklung auf dem Inlandsmarkt. Hier wurde ein Umsatzplus von 15 Prozent erzielt. Diese erfreulichen Ergebnisse lassen jedoch noch nicht den Schluß zu, daß die deutsche Bekleidungsindustrie ins Ausland verlagerte Produktionen zurückführt. Positiv mit einem Umsatzplus von 16 Prozent war auch die Tendenz auf den westeuropäischen Märkten, wobei vor allem in Italien besonders hohe Zuwachsraten erzielt wurden und hier besonders mit der lederverarbeitenden und der Schuhindustrie. Das Volumen im Ostgeschäft verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr, hier gab es deutliche Impulse durch Ausdehnung der Fertigungskapazitäten im Konsumgüterbereich wie der Bekleidungsindustrie. Dagegen war der Überseebereich leicht rückläufig, da das Liefervolumen in die USA, dem nach wie vor größten Auslandsmarkt, *abnahm*. Insgesamt beträgt der Exportanteil bei Kochs Adler 82 Prozent.

Die Kostenseite wurde durch Maßnahmen zur Kapazitätsausweitung belastet, zu denen auch die Erhöhung der Mitarbeiterzahl auf 1200 (1106) zählt. Trotz der damit verursachten Ertragsminderungen wird mit einer Dividendenausschüttung in Vorjahreshöhe (16 Prozent) gerechnet. In das neue Jahr ging Kochs Adler mit erhöhtem Auftragsbestand, die Umsätze in den beiden ersten Monaten 1986 überstiegen die des Vorjahres, so daß insgesamt dem weiteren Verlauf mit Zuversicht entgegengesehen wird.

SKF-GRUPPE / Nachfragerückgang bei Stahl forderte Tribut – Investitionen ausgeweitet

US-Geschäft schmälerte den Erfolg

DANKWARD SEITZ, München

Der schwedische Konzern Svenska Kugellagerfabriken (SKF), Göteborg, rechnet für 1986 mit einer Umsatzsteigerung von zehn Prozent auf annähernd 22 Mrd. skr. Unterstellt wird dabei, daß sich das europäische Wirtschaftswachstum zumindest im *ersten Halbjahr fortsetzt und in den* USA eine Produktionssteigerung erreicht werden kann. Der Jahresgewinn allerdings wird nach Angaben des Unternehmens aufgrund notwendiger Umstrukturierungen bei den amerikanischen Gesellschaften und des insgesamt ungewissen Stahlgeschäfts kaum höher ausfallen als im vergangenen Jahr.

Bereits im Geschäftsjahr 1985 mußte SKF dem aufgrund des hohen Dollarkurses schwierigen US-Geschäft und dem Nachfragerückgang nach Stahl bei gleichzeitig unverändertem Preisdruck Tribut zollen. Zwar stiegen die weltweiten Umsätze der Gruppe noch um 10,7 Prozent auf rund 19,8 Mrd. skr, der Gewinn vor Steuern nahm dagegen nur leicht um 3,6 Prozent auf etwa 1,38 Mrd. skr zu. Der Jahresüberschuß nahm sogar um 10,2 Prozent auf 898 Mill. skr ab. Die Muttergesellschaft SKF AB setzte 2,19 Mrd. skr (plus 13,5 Prozent) um und erzielte einen Gewinn vor Steuern von 373 Mill. skr (plus 39,7 Prozent). Ausgeschüttet werden sollen für 1985 je A- und B-Aktie 10 (7) skr sowie unverändert 10 skr je C-Aktie.

Besonders im Wälzlagerbereich, der nach wie vor größten Division der Gruppe, bekam SKF die Verwerfungen am US-Markt zu spüren. Den Angaben zufolge büßte man hier 15 Prozent Umsatz und etwa 250 Mill. skr an Erträgen ein. Dank des sonst weltweit guten Geschäftsverlaufs stieg der Umsatz mit Wälzlagern insgesamt noch um 10,5 Prozent auf 13,98 Mrd. skr. Der Gewinn vor Steuern in dieser Sparte wird auf knapp 1,1 (1,0) Mrd. skr beziffert.

Auch im Stahlbereich konnte noch eine Umsatzsteigerung von 11,4 Prozent auf fast 3,3 Mrd. skr verzeichnet werden. Der harte Wettbewerb und der Anlauf eines Plasmatechnik-Werkes in *Landskrona führten zu einer* Ertragsminderung von 148 Mill. skr und damit zu einem Verlust von 65 Mill. skr.

Eine alles in allem positive Entwicklung konnte dagegen bei Schneidwerkzeugen festgestellt werden: Der Umsatz erhöhte sich von 15,6 Prozent auf 850 Mill. skr, der Gewinn konnte um 32 Prozent auf 237 Mill. skr gesteigert werden. Auch bei sonstigen Produkten bot sich ein erfreulicher Anblick: *Umsatzplus von* 18,6 Prozent auf 3,1 Mrd. skr und Gewinnausweitung um 41,3 Prozent auf 106 Mill. skr. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Gruppe 44 265 Mitarbeiter; damit verstärkte sich die Belegschaft um 396 Mitarbeiter. Investiert wurden – hauptsächlich zur Verbesserung von Produktivität und *Qualität – 788 (727)* Mill. skr.

Wochenschlußkurse

New York

	28.2.	21.2.
Adv. Micro Dev.	31,125	32,625
Aetna Life	61,5	61,25
Alcan Aluminium	32,875	32,375
Alcoa	44,5	45,75
Allied Signal	51,25	50,125
AMR Corp.	53	52,125
Amax	13,25	13,5
Am. Cyanamid	66	65,125
Am. Express	65,625	64,5
Am. Motors	3,125	2,875
Am. Tel. & Telegr.	22,625	22,375
Amoco Corp.	57,75	59,5
Asarco	20,75	20,625
Atlantic Richfield	52,25	52,5
Avon Products	30,75	30,5
Bally	19,625	18,625
Bk. of America	17,625	14,375
Bethlehem Steel	19,875	19,625
Black & Decker	22,5	23,75
Boeing	53,375	50,125
Brunswick	26,625	27,375
Burroughs	67,875	70,75
Caterpillar	50,75	48,75
CBS	138,5	125,625
Celanese	192,5	199
Chase Manhattan	43,5	37,875
Chrysler	56,875	58,625
Citicorp	54,5	50
Clorox	50	47,375
Coca-Cola	96,25	91,375
Colgate	35	34,625
Commodore	8,875	7,625
Comwlth. Edison	35	33,75
Comm. Satellite	37,25	39,5
Control Data	23,5	24,5
CPC Int.	57,125	55,5
Curtiss Wright	47,875	47,25
Deere	30	31
Delta Airlines	41,125	45,625
Digital Equipm.	168	162,75
Dow Chemical	48,625	51,25
Du Pont	71,875	72
Eastern Gas-Fuel	25	24,375
Eastman Kodak	56	52,375
Eaton	52,375	52,75
Firestone	25,875	30,375
Fluor	18,375	17
Ford	71,75	71,75
Foster Wheeler	14	13,625
Fruehauf	33,375	31
GAF Corp.	67,25	66,375
General Dynamics	76,625	75
General Electric	77,5	78
General Instr.	20,75	20,75
General Motors	77,875	80,5
Gen. T. & E.	50,625	49,5
Global Nat. Res.	3,25	3,125
Goodrich	43,625	41,875
Goodyear Tire	35,875	35,75
Grace	48,75	53,875
Halliburton	22,625	23,5
Heinz	35,5	33,5
Hewlett Packard	43,875	44
Homestake	23,25	23,875
Honeywell	76,25	80,5
IBM	151	159,875
Int. Tel. & Tel.	44,625	42,125
Int. Paper	57,375	57,5
Int. North. Inc.	39,125	41,75
Jim Walter	51,125	51,125
Litton Industries	84,25	81,5
Lockheed Corp.	55,875	52,5
Loew's Corp.	44,375	43,25
Lone Star	32,75	30,625
Louisiana Land	26,75	26,5
LTV Corp.	7,75	6,875
Mc Dermott	14,625	14,75
Mc Donnel Doug.	78,25	79,875
Merck & Co.	150,625	152,5
Merrill Lynch	40,75	40
Mesa Petroleum	3,125	3
MGM (Film)	25,75	25
Minnesota M.	98,75	98,875
Mobil Oil	29	28,75
Monsanto	59,5	59,25
Morgan J.P.	71,625	66,375
Nat. Semiconductor	13,875	14,25
Navistar Int. Corp.	8,625	–
NCR	44,625	46,5
Newmont	48,5	48,125
PanAm World	8,5	8,5
Pantry Pride	11,875	12
Pfizer	55,375	52,125
Philbro	50,875	49
Philip Morris	104,25	101,25
Phillips Petroleum	10,75	10,25
Pittston	13,125	13,375
Polaroid	66,125	61,5
Prime Computer	24,5	27,625
Procter & Gamble	69	68
RCA	62	61,875
Reynolds Ind.	38	35,75
Rockwell Int.	40	37,625
Rorer Group	33,875	33,25
Schlumberger	30,125	29,75
Sears, Roebuck	44,5	43,625
Singer	46,375	49,5
Sperry Corp.	52	53,875
Stand. Oil Calif.	36,75	35,875
Storage Techn.	3,75	3,375
Tandy	42,875	41,75
Teledyne	356,5	334,75
Telex Corp.	67,5	67,5
Tesoro	9,5	8,25
Texaco	30	29
Texas Instrum.	127,5	125
Tosco	2,875	2,625
Trans World Corp.	41,375	41,875
Transamerica	38,25	38,25
Travellers	53,25	54,625
UAL	58,875	59,75
Uccel Corp.	17,5	18,625
Union Carbide	96,125	–
Union Oil of Calif.	22,5	22,75
US Gypsum	62,75	58
US Steel	23,75	22,25
United Technologies	53,25	53,875
Walt Disney	139,5	127,375
Warner Comm.	38,5	37,375
Westinghouse El.	49	49,125
Weyerhaeuser	36,625	35,75
Whittaker	24,75	21,25
Woolworth	68,75	67,375
Xerox	70,625	69,5
Zenith Radio	23,625	22,25
Dow Jones Index	1709,06	1697,71
Stand. & Poors	226,92	224,62

Toronto

	28.2.	21.2.
Abitibi-Price	24	23
Alcan Alu.	44,625	45,25
Bk. of Montreal	28	29,5
Bk. of Nova Scotia	12,375	13
Bell Cda. Enterprises	38,375	38,625
Bluesky Oil	2,41	2,2
Bow Valley Ind.	11,75	10,625
Brenda Mines	8	8
Brunswick M & Sm.	13	13,25
Cdn. Imperial Bk.	18,625	19,625
Cdn. Pacific Ltd.	17,625	17,5
Cominco	11,75	11
Coseka Res.	1,62	1,65
Denison Mines	10,125	10,25
Dome Petroleum	2,35	1,99
Dofasco	28,25	27,625
Falconbridge Ltd.	22,5	21,625
Great Lakes Forest	21,5	20,75
Gulf Canada	15,125	15
Gulfstream Res.	0,7	0,69
Hiram Walker Res.	28,25	28
Hudson Bay Mng. Sp.	7,125	7,125
Husky Oil	8,125	7,125
Imperial Oil -A-	45	42,875
Inco	21	19,75
Inter City Gas Ltd.	14,875	14,625
Interprov. Pipeline	38,25	39
Kerr Addison	–	16,5
Lac Minerals	36,5	37,5
Massey Ferguson	2,85	2,83
Moore Corp.	33,5	31,625
Noranda Mines	16,75	15,5
Norcen Energy Res.	13,125	13,125
Northgate Expl.	4,35	4,5
Northern Telecom.	39,5	39
Nova An Alberta 'A'	6,25	6,125
Nu West Group	0,37	0,35
Oakwood Petrol	–	–
Placer Development	22,5	22,5
Provigo Inc.	18,25	18,5
Ranger Oil	4,05	3,85
Revenue Properties	1,95	2
Rio Algom	25,25	25,5
Royal Bk. of Can.	28,25	28,375
Seagram	76,625	73,25
Shell Canada	21,375	19,875
Sherritt Gordon	7	6,75
Stelco -A-	25,75	26
TransCda. PipeLines	17,5	18
Westcoast Transm.	14,375	14
Index: TSE 300	2855,80	2809,70

Tokio

	1.3.	22.2.
Alps	1690	1780
Bank of Tokyo	762	698
Banyu Pharma	822	859
Bridgestone Tire	548	540
Canon	989	1000
Daikin Kogyo	661	655
Daiwa House	962	896
Daiwa Sec.	958	890
Eisai	1510	1390
Fuji Bank	1550	1540
Fuji Photo	1780	1900
Fuji Radio	2650	–
Hitachi	723	762
Honda	1020	1040
Ikegai Iron	420	387
Isetan	700	700
Ito Yokado	–	–
Japan Air	13000	12640
Japan Met.	–	–
Japan Syn. Rubber	425	433
Kajima	572	575
Kansai Elec.P.	2210	2070
Kao Soap	1180	1120
Kawasaki H	–	161
Kawasaki S	147	144
Kirin Brewery	921	883
Komatsu	465	443
Kubota Iron	343	342
Kyocera	4160	4540
Makita El.	900	950
Marui	1850	1770
Matsushita El. Ind.	1210	1220
Matsushita El. Wks.	948	890
Mitsubishi CP	548	520
Mitsubishi El.	354	339
Mitsubishi Estate	1140	1130
Mitsubishi Heavy I.	394	372
Mitsui Co. Ltd	445	426
Mitsukoshi	675	668
Mitsumi El	950	1000
Nichicon	–	–
Nihon Cement	395	365
Nikko Sec.	765	711
Nippon El.	1180	1220
Nippon Kokan	137	131
Nippon Oil	885	828
Nippon St.	169	164
Nippon Yusen	323	307
Nissan Motor	546	549
Nomura Sec.	1300	1190
Olympus	995	1010
Penta-Ocean	–	–
Pioneer	1750	1800
Renown	795	794
Ricoh	908	954
Sankyo	1200	1150
Seiyu Stores	–	–
Sekisui Pref.	–	–
Sharp	870	875
Shiseido	1600	1400
Sony	3490	3670
Sumitomo Bank	1720	1660
Taisei Corp.	372	353
Taisho Marine	–	953
Takeda Chem.	1140	1020
Teijin	484	465
Tokyo Elec.	–	–
Tokyo Gas	360	329
Tokio Marine	945	891
Tokyo El. Power	5120	2890
Toray Ind.	528	519
Toshiba Elec.	358	370
Toto	–	935
Toyo Kogyo	–	–
Toyota Motor	1170	1220
Yamaichi	762	740
Yamanouchi	3070	3020
Yamaha	680	674
Yamazaki	–	965
Index	–	1072,17

AUSLÄNDISCHE VERSICHERER / Schweizer an 1. Stelle

Marktanteile stetig erhöht

KARL-HEINZ STEFAN, Berlin

Die Zahl der Niederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich gegenüber 1951 mehr als verfünffacht – auf 112 Unternehmen (1984). Dies erklärte Axel Biagosch, Vorsitzender des GDV-Ausschusses für internationale Organisationen beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), auf dem diesjährigen Pressekolloquium des Verbandes in Berlin.

Diese Entwicklung *vollzog* sich indessen nicht kontinuierlich. Zwei Zulassungswellen seitens der Aufsichtsbehörde machte der Vortragende deutlich: Eine erste, schwächere, lag, bei einer Zunahme von 30 (1955) auf 44 (1960) Unternehmen, in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Die zweite Welle hängt mit der Transformierung der ersten EG-Niederlassungsrichtlinie mit Wirkung vom 1. Januar 1976 zusammen. Mit dieser Niederlassungsrichtlinie wurden für die Zulassung ausländischer Versicherungsunternehmen EG-einheitliche und erleichterte Bedingungen geschaffen. Sie hat aber auch die früher aufsichtsfreie *Transportversicherung der Aufsicht* unterworfen.

Hierdurch kam es in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu einer Verdoppelung der ausländischen Versicherungsunternehmen. An der Spitze der Herkunftsländer rangiert mit 14 (1984) gegenüber elf Unternehmen (1951) traditionsgemäß die Schweiz.

Während der ersten Zulassungswelle (Ende der 50er Jahre) kamen vor allem britische Unternehmen auf den deutschen Markt. Ihre Zahl blieb bis zum Inkrafttreten der ersten Koordinierungsrichtlinie vom 1. Januar 1976 konstant. Danach ergab sich eine deutliche Zunahme der Zahl der Niederlassungen aus Großbritannien, gefolgt von Frankreich, Italien, Belgien und den Niederlanden.

In der Berichtszeit (von 1951 bis 1984) stieg die Prämieneinnahme der Niederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland um den fünfzigfachen Betrag auf 3,7 Mrd. DM. Gleichzeitig wuchs der Marktanteil aber nur geringfügig von 2,7 auf 3,8 Prozent.

An dem Zuwachs waren vor allem die Geschäftserfolge der Lebensversicherer beteiligt. Eine weitere Auf*schlüsselung des Prämienaufkommens* nach Versicherungszweigen sei jedoch schwierig, betonte Biagosch. Die Transportversicherer erreichten mit knapp 20 Prozent (1984) vermutlich den größten Marktanteil ausländischer Versicherungsunternehmen. Die niedrigsten Marktanteile liegen, nach Angaben des Vortragenden, im Bereich des Massengeschäfts (Kfz-, Hausrat-, Wohngebäude- und Unfallversicherung).

NAMEN

Horst Helge Klemm übernahm als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen **Claus Segeth** zum 1. März als Geschäftsführer die Leitung der Knoll-Tochtergesellschaft Chemische Werke Minden GmbH.

Dietrich Schroeder (44), zuletzt Liquidator der Miethaus und Wohn*heim GmbH i. L., Stuttgart, wurde* per 1. Juli 1986 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Leonberger Bausparkasse AG bestellt.

Die Vereinigung der Europäischen Benutzer des Manufacturing Automation Protocol (MAP), European Map Users Group (EMUK) hat **C. D. Hoptroff** von Jaguar Cars zum Vorsitzenden und **A. K. Bastiaans** von Shell *zum stellvertretenden Vorsitzenden* gewählt.



ERGEBNISSE

Düsseldorf – M'gladbach	2:0	(0:0)
Nürnberg – München	0:1	(0:0)
Mannheim – Bremen	1:1	(1:0)
Bochum – Leverkusen	1:1	(0:0)
Frankfurt – Dortmund	2:1	(1:1)
Saarbrücken – Hannover	2:1	(1:1)
Köln – Stuttgart	2:1	(2:0)
Hamburg – Schalke	ausgefallen	
Uerdingen – K'lautern	ausgefallen	

DIE SPIELE

Saarbrücken – Hannover 2:1 (1:1)

Saarbrücken: Hallmann – Boysen – Kruszynski, W. Müller, Schnier – Mohr, Blättel, Jusufi – Hönnscheidt, D. Müller, Demange (57. Makan). – **Hannover:** Raps – Ronge – Surmann, Geschlecht, Kuhlmey – Möller, Giesel, Fleer (71. Belarbi), Baier (88. Eidinger) – Gue, Gerber. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Gue (5.), 1:1 Blättel (27.), 2:1 Jusufi (56.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Hönnscheidt (2), Baier (4), Möller.

Bochum – Leverkusen 1:1 (0:0)

Bochum: Kleff – Kempe – Oswald, Kree – Lameck, Kühn, Woelk, Tenhagen (46. Leifeld), Wegmann (75. Schreier) – Ficher, Kuntz. – **Leverkusen:** Vollborn – Gelsdorf – Hinterberger, Reinhardt – Zechel, Schreier, Drews (67. Hantzidis), Götz (70. Zanter), Hielscher – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 1:0 Kuntz (52., Foulelfmeter), 1:1 Schreier (88.). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Woelk (4/2), Kree, Zechel (4).

Köln – Stuttgart 2:1 (2:0)

Köln: Illgner – van de Korput – Prestin, Steiner – Lehnhoff, Hönerbach, Geilenkirchen, Pisanti, Geils – Littbarski, Allofs. – **Stuttgart:** Jäger – Gomminginger – Schäfer, K.-H. Förster – Zietsch, Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson, Nushöhr (56. Hartmann) – Klinsmann, Pasic (61. Reichert). – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Geilenkirchen (21.), 2:0 Geilenkirchen (39.), 2:1 Sigurvinsson (81.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Littbarski (4/2), Geils (4/2), Schäfer (4/2).

Frankfurt – Dortmund 2:1 (1:1)

Frnakfurt: Gundelach – Theiss – Körbel, Kraaz – Müller, Caspary, Kitzmann, Falkenmayer – Svensson (43. Sarroca), Krämer (73. Bühler), Friz. – **Dortmund:** Immel – Huber – Storck, Hupe, Zorc – Loose, Raducanu, Dreßel, Bittcher – Wegmann, Schüler. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Körbel (5.), 1:1 Zorc (22., Foulelfmeter), 2:1 Sarroca (61.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Caspary (3), Zorc (3), Dreßel, Bittcher.

Mannheim – Bremen 1:1 (1:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Tsionanis – Kohler, Schön, Klotz (71. Rombach), Quaisser, Dickgießer – Bührer (78. Scholz), Walter. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Votava, Kutzop, Okudera (46. Ordenewitz) – Wolter, Schaaf, Sidka, Hermann – Neubarth, Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Walter (26.), 1:1 Burgsmüller (69.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Quaisser (4), Dickgießer (4), Burgsmüller (3).

Nürnberg – München 0:1 (0:0)

Nürnberg: Heider – Reuter – Giske, Güttler (69. Stenzel) – T. Brunner, Geyer, Lieberwirth, Philipkowski, Grahammer – Andersen, Eckstein (69. Dorfner). – **München:** Aumann – Augenthaler – Nachtweih, Eder (67. Flick) – Matthäus, Lerby, Rummenigge, Willmer, Pflügler – Wohlfarth, Hoeneß. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tor:** 0:1 Rummenigge (62.). – **Zuschauer:** 56 300 (ausverkauft). – *Gelbe Karten: Nachtweih (4), Eder (2),* Willmer (2).

Düsseldorf – M'gladbach 2:0 (0:0)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Keim, Bunte – Bockenfeld, Zewe, Dusend, Weikl, Grabotin – Holmquist (88. Thomas), Demandt. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Krips (81. Pinkall), Drehsen, Hochstätter (73. Winkhold), Lienen, Frontzeck – Criens, Mill. – **Schiedsrichter:** Schütte (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Bockenfeld (77.), 2:0 Holmquist (87.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karte:** Dusend (3).

VORSCHAU

Dienstag, 4. 3., 20 Uhr:
Bochum – Mannheim (1:4)
Freitag, 7. 3., 20 Uhr:
Dortmund – K'lautern (0:2)
Samstag, 8. 3., 15.30:
München – Düsseldorf (0:4)
Stuttgart – Nürnberg (1:0)
Schalke – Köln (2:4)
Hannover – Hamburg (0:3)
Leverkusen – Frankfurt (0:1)
Bremen – Bochum (3:2)
M'gladbach – Mannheim (1:3)
Saarbrücken – Uerdingen (1:2)
In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Durch „Fall Schumacher" eine Vertrauenskrise in der Nationalmannschaft

● Wird der „Fall Schumacher" zu einer Belastungsprobe für die gesamte Nationalmannschaft? Verlangt der Torwart nach seiner Sperre *jetzt eine Art* Vertrauensbeweis von Franz Beckenbauer? Die ersten Spekulationen sind schon zu hören: Schumacher überlege, ob er überhaupt in Mexiko spielen soll.

● Franz Beckenbauer bleibt bei seiner Beurteilung des Platzverweises für Schumacher: „Schwachsinn und lächerlich." *Er sagt, seine Telefon-Aussage sei* vor dem Sportgericht des DFB falsch wiedergegeben worden. Spielt hier einer mit gezinkten Karten? Der Teamchef: „Ich werde den Lügner finden."

● Eine WELT-Umfrage unter deutschen Nationalspielern ergibt ein verhältnismäßig klares Bild. Das Fazit der Kom*mentare: Wenn Beckenbauer der Auf*fassung sei, Schumacher sei zu Unrecht des Feldes verwiesen worden, müsse er den Torwart auch gegen Brasilien (12. März) spielen lassen.

● Aus dem Dreikampf an der Tabellenspitze der Fußball-Bundesliga scheint doch wieder nur ein Duell zu werden, das aus den letzten Jahren bereits bekannt ist: Bayern München gegen Werder Bremen. Titelverteidiger München holte einen Punkt auf. Aber Mönchengladbach fiel zurück.

Franz Beckenbauer vor dem DFB-Sportgericht falsch zitiert? – „Ich werde den Lügner finden"

ULFERT SCHRÖDER, Köln

Plötzlich bläht sich der „Fall Schumacher" zur Belastungsprobe für die ganze Nationalelf auf. Die Autorität des Teamchefs, das Vertrauen der Spieler in Franz Beckenbauer, stehen auf dem Prüfstand. Die Stars, die meisten von ihnen, empfinden wie der Nationaltorwart aus Köln: „Jetzt kann der Chef beweisen, ob er hinter uns steht. Wie weit er bereit ist, mit uns zu gehen."

Schumacher hat seine Gedanken nicht formuliert. Nicht öffentlich. Höchstens unter vier Augen, in einem der Gespräche mit Franz Beckenbauer. Aber diese Gedanken des Torwarts, der sich ungerecht behandelt, in die Enge getrieben, verhöhnt fühlt, sind sehr leicht nachzuempfinden.

„Ich habe dich unterstützt. Bedingungslos. In allen Situationen. Und wenn ich dir wirklich wichtig bin, dann unterstütze du mich jetzt. Laß mich nicht im Stich." So könnte Toni Schumacher zu Franz Beckenbauer gesagt haben.

Diese Gefühle jedenfalls meinte Schumacher, als er seinen Manager Rüdiger Schmitz sagen ließ: „Wir denken darüber nach, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, wenn Harald seine Laufbahn in der Nationalelf fortsetzt, wenn er in Mexiko bei der Weltmeisterschaft spielt."

Pikierte Reaktion

Natürlich reagierte Beckenbauer ziemlich pikiert. Verzichtserklärungen dieser Art, selbst wenn sie nur vorsichtig angedeutet waren, gingen Bundestrainern zu allen Zeiten unter die Haut. Sepp Herberger hatte sich deswegen mit Fritz Walter auseinanderzusetzen. Helmut Schön mit Günter Netzer und Uwe Seeler. Jupp Derwall mit Paul Breitner, Bernd Schuster und einem halben Dutzend anderer. Franz Beckenbauer auch mit Bernd Schuster.

Deshalb erklärte der Teamchef kühl: „Wenn der Toni darüber nachdenken muß ... bitte. *Die* Zeit werden wir ihm geben. Aber wenn schon, dann soll er mir das selber sagen. Und nicht durch seinen Manager. Ich habe ihm geraten, kühlen Kopf zu behalten. Ich hoffe, Toni tut das."

Womöglich haben Beckenbauer und Schumacher gestern noch einmal telefonisch Kontakt miteinander gesucht. Schumacher fuhr nach dem Training mit seiner Mutter in die Eifel. Freitag hatte er schon per Telefon mit Beckenbauer geredet, und sein Eindruck war, sie hätten „ein sehr gutes Gespräch" geführt.

Ganz gewiß fühlt und versteht Beckenbauer, was da in seiner Mannschaft vor sich geht. Seine Autorität bezieht der Teamchef aus seiner fachlichen Kompetenz, aus seiner Vergangenheit als Spieler. Er ist für die Stars von heute der große Kollege, dessen Wort Gewicht hat und gilt. Er ist nicht mehr der Chef, dem sie gehorchen, nur weil er der Chef ist. Deshalb erwarten sie von ihm dasselbe distanzierte Verhältnis zur Macht, in diesem Fall zur Funktionärsobrigkeit des DFB, das sie selber pflegen. Sie sehen ihn nicht als Teil dieses Apparates. Sie sehen ihn auf ihrer Seite. Und Beckenbauer verhält sich entsprechend. Er schießt mit großem Kaliber auf das Sportgericht des *DFB*.

„Wie dort meine telefonische Aussage wiedergegeben wurde", erklärte Beckenbauer, „das stimmt von vorne bis hinten nicht. Das ist alles gelogen. Ich weiß nicht, ob das mit Absicht geschehen ist oder durch Fahrlässigkeit. Ich werde der Sache auf den Grund gehen, und wenn es ihn gibt, werde ich den Lügner finden."

Nach dem Spiel der Kölner in München, nach Schumachers Platzverweis (zweimal die gelbe Karte), habe *er Stellung bezogen, sagt Beckenbauer* jetzt. „Ich habe die gelbe Karte nach dem ersten Foul als lächerlich und den Platzverweis als Schwachsinn bezeichnet. Ich habe gesagt, nicht Schumacher, sondern Schiedsrichter Föckler gehörte vom Platz. Und dazu stehe ich. Auch zu den Formulierungen: Schwachsinn und lächerlich."

Beckenbauer hatte während der Gerichtsverhandlung seine telefonische Aussage gegenüber dem *DFB-Justitiar Götz Eilers gemacht.* Sie war nicht, wie in solchen Fällen üblich, für jeden hörbar in den Verhandlungssaal eingespielt worden. Eilers, Kölns Anwalt Bernd Schäfer und die Mitglieder des Gerichts befanden sich in der sogenannten Bibliothek des DFB-Hauses, als das Gespräch geführt wurde.

Kölner schlecht vorbereitet

Beckenbauers Eindruck während des Telefonats: „Die Kölner waren sehr schlecht vorbereitet. Der Anwalt stellte mir theoretische Fragen, die mit der Praxis nicht das geringste zu tun hatten." Und als Beckenbauer am Tag danach in den Zeitungen las, wie seine Aussage wiedergegeben, wie sie *verwertet worden war, blieb* Beckenbauer nur die Überzeugung: „Einer spielt da falsch." Das empfand auch Schumacher, aber er mochte Franz Beckenbauer nicht in den Kreis der Verdächtigen einbeziehen. „Wenn er das wirklich so gesagt hätte, wie das Gericht es weitergab", so Schumacher, „ich hätte den Glauben an Franz verloren."

Dieser Glaube ist ihm nun, nach Beckenbauers Erklärungen, erhalten geblieben. Aber Schumacher geht weiter. Er wünscht sich vom Teamchef, was er selber zu geben bereit ist: völlige Solidarität. „Ich habe nichts Falsches getan. Jeder, der Ahnung von der Sache hat, weiß das. Also ist es leicht, mir zu helfen." Toni Schumacher erwartet von seinem Teamchef Beckenbauer, daß er ihn am 12. März in Frankfurt beim Länderspiel gegen Brasilien ins Tor stellt. Auch gegen den Willen der Funktionäre. Franz spielt vorerst noch auf Zeit: „Am Donnerstag ist die Berufungsverhandlung. Warten wir ab."

Den Mund fest zugekniffen, die rechte Hand zum trotzigen Gruß an die Zuschauer erhoben: Der Einzug des gesperrten Nationaltorwarts Harald Schumacher ins Kölner Stadion. FOTO: LUBEPRINT

München holt einen Punkt auf

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	25	17	5	3	71:36	39:11	47:12	23:1	24:24	16:10
2. München	25	16	4	5	54:25	36:14	39:10	22:2	15:15	14:12
3. M'gladbach	24	13	7	4	53:33	33:15	34:13	21:5	19:20	12:10
4. Leverkusen	24	10	8	6	47:34	28:20	30:14	19:5	17:20	9:15
5. Hamburg	23	11	4	8	35:23	26:20	22:6	16:6	13:17	10:14
6. Stuttgart	24	9	6	9	42:37	24:24	24:10	13:9	18:27	11:15
7. Mannheim	22	8	7	7	31:26	23:21	24:11	18:8	7:15	5:13
8. Uerdingen	22	9	5	8	33:49	23:21	18:18	14:6	15:31	9:15
9. Frankfurt	24	6	11	7	27:35	23:25	17:11	17:9	10:24	6:16
10. Bochum	22	10	2	10	42:36	22:22	29:16	16:6	13:20	6:16
11. Köln	23	6	8	9	34:42	20:26	22:15	14:8	12:27	6:18
12. Dortmund	24	7	6	11	36:47	20:28	27:17	15:9	9:30	5:19
13. Schalke	22	7	5	10	34:35	19:25	22:11	14:8	12:24	5:17
14. K'lautern	23	6	7	10	29:34	19:27	18:10	15:9	11:24	4:18
15. Nürnberg	25	7	5	13	34:40	19:31	21:21	11:15	13:19	8:16
16. Saarbrücken	24	5	8	11	31:45	18:30	22:16	16:8	9:29	2:22
17. Düsseldorf	25	7	4	14	37:57	18:32	24:17	16:10	13:40	2:22
18. Hannover	23	5	4	14	35:71	14:32	16:21	9:11	19:50	5:21

„Wenn der Teamchef glaubt, daß die Sperre falsch ist, soll Toni spielen"

DW. Bonn

Was bisher als geheiligte Kuh im Deutschen Fußball-Bund galt, ist seit dem Amtsantritt von Franz Beckenbauer *als* Teamchef *zumindest in die* Diskussion geraten: die These der Funktionäre, daß ein in der Bundesliga gesperrter Spieler auch nicht in der Nationalelf aufgestellt werden darf. Was nirgendwo sonst in der Fußball-Welt so zum Dogma erhoben wird, mochte auch Beckenbauer nicht gelten lassen. Die erste Nagelprobe mit den Funktionären brachte das Malta-Spiel am 27. März 1985. Kurz zuvor war der Hamburger Libero Ditmar Jakobs vom Platz gestellt *und gesperrt worden. In einer DFB-*Mitteilung vor dem Spiel hieß es damals: „Jakobs kommt wegen seiner Bundesliga-Sperre diesmal nicht in Betracht." Beckenbauer dagegen legte Wert auf die Feststellung, er habe den Hamburger nur deshalb nicht nominiert, weil Malta nur mit einer Spitze spiele. Beckenbauer: „Wenn ich Jakobs brauche, spielt er." Jakobs spielte nicht.

Vor der Mexiko-Reise im Juni '85 wurde Michael Frontzeck wegen Tätlichkeit in der Bundesliga gesperrt. Beckenbauer nahm den Gladbacher dennoch mit. *DFB*-Präsident Neuberger damals: „Ich habe dem Franz gesagt, daß er ihn mitnehmen kann, aber nur unter der Bedingung, daß er nicht eingesetzt wird." Als sich Klaus Allofs und Rudi Völler verletzten, wollte Beckenbauer Frontzeck schon gegen England auf die Reservebank setzen – und scheiterte. Erst als „Montezumas Rache" fast die gesamte Mannschaft lahmlegte und nur noch 13 gesunde Spieler zur Verfügung standen, durfte er den Verteidiger gegen *Mexiko nominieren.* Frontzeck spielte von der 66. Minute an, und Neuberger würde nicht müde, immer wieder zu betonen, daß dies hier eine große Ausnahme von der Regel sei.

Jetzt sagt Beckenbauer: „Toni Schmacher wird zum Kader gehören, aber er kann ebensowenig spielen wie Jakobs vor einem Jahr." Eine Ansicht, die seine Spieler so nicht teilen. Der Trend ist eindeutig, auch wenn keiner jetzt einen Anspruch unmißverständlich formulieren mag: Beckenbauer sollte Schumacher spielen lassen. Die WELT fragte die Fußball-Profis: „Soll Schumacher spielen und erwarten Sie von Beckenbauer, daß er sich gegen den DFB-Beschluß stellt?" Die Antworten:

● **Guido Buchwald** (VfB Stuttgart): „Diese Regel ist doch schon im Fall Frontzeck im letzten Jahr bei der Mexiko-Reise durchbrochen worden. Deshalb sollte Schumacher auch spielen, zumal ja das Sportgericht eine klare Linie erst noch finden muß. Sicher ist es nicht lebenswichtig, ob Schumacher nun spielt oder nicht, aber es geht ums Prinzip. Wenn ich der Betroffene wäre und Franz Bekkenbauer würde mich aufstellen, würde mir das enorm viel bedeuten."

● **Felix Magath** (Hamburger SV): „Das war kein Platzverweis, und schon so manche Entscheidung des Sportgerichts war in der Vergangen*heit seltsam. Doch ob Schumacher* dennoch spielen soll, ist nicht meine Sache. Dehsalb sage ich dazu nichts."

● **Thomas Berthold** (Eintracht Frankfurt): „Wenn ein Platzverweis gleich Platzverweis ist, dann wäre es nur konsequent, wenn Schumacher nicht spielen würde. Ich würde ihn aber spielen lassen, denn da war ein Platzverweis nicht gerechtfertigt. Das läßt genug Raum für eine Ausnahme von dieser Regel. Ich würde es begrüßen, wenn Franz Beckenbauer sich vor Toni stellen würde. Das läßt sich bei dieser Sachlage doch vertreten. Was anderes wäre es, wenn Schumacher jetzt wirklich einen Gegenspieler vorsätzlich umgehauen hätte."

● **Klaus Allofs** (1. FC Köln): „Ich *sehe da schon die gewissen Zwänge* für Franz Beckenbauer. Ich bin sicher, wenn er alleine entscheiden könnte, würde der Toni gegen Brasilien auf jeden Fall spielen. Aber da reden ja noch viele mit. Und aus der Erfahrung heraus ist wohl nicht zu erwarten, daß Toni dabei ist. Im Rahmen seiner *Möglichkeiten abe*r *sollte* Franz Beckenbauer schon alles tun, um Toni einsetzen zu können. Und wenn er wirklich der Ansicht ist, daß der Platzverweis lächerlich war, dann sollte er auch so weit gehen und sagen: ‚Ich setze ihn ein.'"

● **Ditmar Jakobs** (Hamburger SV): „Ich will mich da eigentlich ganz raushalten, für diese Entscheidung sind andere Leute zuständig. Damit soll sich der DFB-Vorstand beschäfti*gen. Für mich persönlich war dieser* Platzverweis lächerlich. Und wenn Franz Beckenbauer sagt, der Toni spielt, dann spielt er auch."

● **Karl Allgöwer** (VfB Stuttgart): „Ich bin grundsätzlich der Ansicht, daß eine Sperre in der Bundesliga auch nur dort wirksam sein sollte. Warum soll einer dann zwar im Europacup spielen dürfen, nicht aber in der Nationalelf? Andererseits aber besteht nun einmal diese Regelung, und da bin ich schon der Ansicht, daß man dann für das Brasilien-Spiel und Toni Schumacher keine Ausnahme *machen* sollte. Da spielt es denn auch keine Rolle, ob man nun den Platzverweis und die Sperre für berechtigt oder nicht berechtigt hält."

● **Michael Frontzeck** (Borussia Mönchengladbach): „Mir ist es ja vor einem Jahr in Mexiko genauso ergangen. Da hat ja Franz Beckenbauer um meinen Einsatz gekämpft. Das hat mir damals mächtig imponiert, da *stellte sich der Chef* vor mich und sorgte dafür, daß ich eingesetzt werden konnte – wenngleich auch nur für den Notfall. Ob jetzt auch der Toni spielt, ist sicher nicht allein Sache von Beckenbauer und Köppel. Aber wenn Franz Beckenbauer der Mei*nung ist*, daß dieser Platzverweis nicht korrekt war, dann sollte er ihn auch einsetzen."

„Ich hoffe, daß Bremen nervös wird"

DW./dpa, Nürnberg

Ein Sieg von Bayern München in Nürnberg, ein Punktverlust von Werder Bremen *in Mannheim* – noch ist die deutsche Fußball-Meisterschaft nicht entschieden. Manfred Burgsmüller, in Mannheim wieder Schütze des einzigen Bremer Treffers, sagt: „Es gibt keinen Grund, unruhig zu werden." Doch genau darauf setzt Bayern Münchens Trainer Udo Lattek in einem Kurzinterview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Frage: Mit dem Sieg in Nürnberg und dem Punktverlust von Bremen ist der FC Bayern dem Tabellenführer einen Punkt nähergekommen. Wie beurteilen Sie die Lage im Duell um die Meisterschaft?

Lattek: Unser Sieg in Nürnberg war enorm wichtig. Die Chancen auf eine erfolgreiche Titelverteidigung sind dadurch etwas besser geworden. Eine Niederlage hätten wir uns nicht leisten können, denn dann wäre es sehr eng für uns geworden.

Frage: Ist der Punktverlust der Bremer in Mannheim ein Zeichen von Verunsicherung bei Werder?

Lattek: Ich hoffe, daß Werder jetzt nervös wird, wo wir dem Spitzenreiter nähergerückt sind. Die entscheidenden Spiele kommen jetzt im März, und da rechne ich noch mit dem einen oder anderen Ausrutscher der Bremer.

Frage: Wann wird Ihrer Ansicht nach die Entscheidung im Kampf um den Titel fallen?

Lattek: Wir werden Werder weiterhin einen heißen Kampf liefern, aber die entscheidende Begegnung wird wohl am vorletzten Spieltag sein, wenn wir in Bremen antreten müssen.

Frage: Bayern München ist immer noch beim Kampf um den Titel, im deutschen Pokal und im Europacup engagiert. Ist die zusätzliche Belastung nicht ein Nachteil?

Lattek: Nein. Bei den derzeitigen Verhältnissen ist uns jedes Spiel auf dem geheizten Rasen im Olympiastadion lieber als ein Training auf hartgefrorenem Schneeboden. Das Spiel gegen Anderlecht am Mittwoch ist die beste Gelegenheit, unsere spielerische Klasse wiederzufinden.

Statistik

Das Spiel im ausverkauften Nürnberger Stadion sahen 56 300 Zuschauer, das zwischen Mannheim und Bremen noch 16 000. Insgesamt aber gab es nur 121 300 Besucher bei den sieben Spielen. Das entspricht erneut einem Durchschnitt von unter 20 000 Zuschauern pro Spiel (18 900).

Michael Rummenigge erzielte den 700. Treffer der Saison an einem Spieltag, der ausgesprochen torarm war: nur 16 Tore. Damit bleibt die Bilanz deutlich hinter der des Vorjahres zurück. In der letzten Saison fielen im Schnitt 3,57 Tore pro Spiel, *diesmal sind es nur 3,33. In der Tor*schützenliste führen Neubarth (Bremen) und Kuntz (Bochum) gemeinsam mit 18 Treffern.

Werder Bremen baute seine Erfolgsserie auf neun Spiele ohne Niederlage (16:2 Punkte) aus. Düsseldorf beendete mit seinem 2:0-Sieg die gute Serie der Mönchengladbacher, die zuvor acht Spiele hintereinander nicht verloren. Köln feierte dagegen nach sieben sieglosen Begegnungen wieder den ersten doppelten Erfolg.

Kein Platzverweis, aber gleich fünf Spieler sind für den nächsten Samstag nach ihrer vierten gelben Karte automatisch gesperrt: Nachtweih (München), Quaisser, Dickgießer (beide Mannheim), Baier (Hannover) und Zechel (Leverkusen).

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Stuttgart – Bielefeld	0:1	(0:1)
Aschaffenb. – BW Berlin	2:3	(0:3)
Hertha BSC – Kassel	0:2	(0:1)
Darmstadt – Wattensch.	2:1	(0:1)
Oberhausen – Homburg	2:2	(0:0)
Duisburg – Karlsruhe	ausgefallen	
Freiburg – TB Berlin	ausgefallen	
Aachen – Braunschweig	ausgefallen	
Solingen – Köln	ausgefallen	
Osnabrück – *Bayreuth*	ausgefallen	

DIE TABELLE

1.Homburg	26	25	6	5	61:29	36:16
2.Bielefeld	26	14	6	6	44:27	34:18
3.Köln	24	14	4	6	44:31	32:16
4.BW Berlin	26	10	10	6	49:33	30:22
5.Aachen	24	10	9	5	38:22	29:19
6.Darmstadt	25	11	7	7	45:33	29:21
7.Karlsruhe	25	11	7	7	42:32	29:21
8.Kassel	25	13	3	9	38:34	29:21
9.Stuttgart	26	11	7	8	45:38	29:23
10.Wattenscheid	26	11	6	9	40:43	28:24
11.Braunschweig	24	8	8	8	45:40	24:24
12.Solingen	25	8	7	10	34:47	23:27
13.Oberhausen	26	7	9	10	38:44	23:29
14.Aschaffenb.	27	10	3	14	41:48	23:31
15.Osnabrück	24	6	10	8	30:35	22:26
16.Hertha BSC	27	4	12	11	32:47	20:34
17.Bayreuth	24	7	4	13	26:50	18:30
18.TB Berlin	25	6	6	13	36:52	18:32
19.Freiburg	23	5	6	12	29:43	16:30
20.Duisburg	24	3	4	17	19:48	10:38

DIE VORSCHAU

Dienstag, 4. 3., 20 Uhr: Duisburg – BW Berlin. – **Freitag, 7. 3., 19.30 Uhr:** Bielefeld – Oberhausen; **20 Uhr:** Karlsruhe – Osnabrück. – **Samstag, 8. 3., 15 Uhr:** Bayreuth – Aschaffenburg, Homburg – Braunschweig, Kassel – Solingen; **15.30 Uhr:** TB Berlin – Hertha BSC, Köln – Stuttgart. – **Sonntag, 9. 3., 15 Uhr:** Darmstadt – Aachen, BW Berlin – Freiburg; **18 Uhr:** Wattenscheid – Duisburg.

Verschossener Elfmeter – Gladbacher gaben sich wieder einmal selbst auf

BERND WEBER, Gladbach

Irgendwie ist es ein Kreuz mit den Mönchengladbachern. Immer gerade dann, wenn sie sich auf dem Höhenflug wähnen, folgt der jähe Absturz. Und jedesmal sind dabei Umstände *mit im Spiel, denen zumindest ein* Hauch von sportlicher Tragik anhaftet – wie jetzt beispielsweise wieder beim 0:2 gegen Fortuna Düsseldorf. Womit nicht gesagt sein soll, daß irgendwer unter den 14 000 Zuschauern im Rheinstadion, inklusive der Verlierer selbst, die Berechtigung des Sieges der Gastgeber angezweifelt hätte.

Nein, der ging unter dem Strich absolut in Ordnung. Aber Freund und Feind waren sich darüber einig, daß letztlich wohl nur eine einzige Szene *für den Ausgang des rheinischen* Derbys entscheidend war: Wilfried Hannes scheiterte in der 36. Minute mit einem Elfmeter am großartig reagierenden Torwart Jörg Schmadtke. Der Düsseldorfer Dusend hatte zuvor den Ball mit der Hand von der Linie zurückgeschlagen und ein sicheres Tor *verhindert. Für Hannes war es der* siebte Strafstoß-Fehlschuß in seiner Laufbahn, 29 hat er bisher verwandelt. Er gab später zu: „Ich denke schon, daß wir gewonnen hätten, wenn ich getroffen hätte." Und Düsseldorfs Bester, Außenverteidiger *Manfred Bockenfeld, gab ihm* recht: „Von einem Rückstand hätten wir uns mit Sicherheit nicht mehr erholt, zumal die Borussen bis dahin deutlich besser waren."

Doch danach fragt schon heute nie*mand mehr. Faktum ist, daß die Glad*bacher nach acht Spielen ohne Niederlage mit der imponierenden Ausbeute von 14:2 Punkten auf den Bauch gefallen sind und daß für sie nach den Pleiten im nationalen Pokalwettbewerb (gegen Schalke) und im UEFA-Cup (gegen Real Madrid) jetzt auch der Meisterschaftszug wohl endgültig abgefahren ist. Die Borussia bleibt, was sie in den letzten Jahren regelmäßig war: ein sicherer UEFA-Cup-Platz-Anwärter. Mehr ist auch diesmal nicht drin, obwohl Manager Grashoff zu Saisonbeginn mit besonderer Eindringlichkeit gefordert hatte, ein Titel müsse her. Ein Ausspruch, der in der Mannschaft zum Teil auf heftige Kritik gestoßen war. Einige Spieler fühlten sich zu sehr unter Erfolgsdruck gesetzt.

Doch Trainer Jupp Heynckes ver*teidigt den Manager geradezu* vehement. „Ich habe", so sagte er gestern zur WELT, „für solche Übersensibilität kein Verständnis. Höhere Anforderungen schaffen bessere Motivationen. Die Mannschaft hat sich, das ist auch mein Eindruck, schon allzu sehr darauf eingerichtet, daß das Errei*chen eines vorderen Tabellenplatzes* das Optimum sei. So gesehen, bin ich sehr enttäuscht über die Niederlage in Düsseldorf. Man darf mal verlieren, ganz ohne Frage. Es ist aber ein Unding, daß sich die Spieler gegen die Fortunen überhaupt nicht richtig gewehrt und daß sie sich nach dem verschossenen Elfmeter regelrecht hängengelassen haben."

Frage an den Trainer: Mag es denn sein, daß eine allgemeine Verunsicherung deswegen eingetreten ist, weil sich Grashoff *mit* den Vertragsverhandlungen so viel Zeit läßt, weil bis auf Uwe Rahn noch kein Stammspieler ein neues Vertragsangebot vorliegen hat?

Heynckes: „Bei uns finden die Vertragsgespräche seit Jahren in den Monaten März und April statt. Das ist die *Politik des Herrn Grashoff*, sowohl er und die Spieler sind bisher gut damit gefahren. Und deshalb wüßte ich nicht, warum dieser Punkt auf einmal verunsichern könnte. Eines jedoch sollte allen Spielern schon jetzt klar sein, und damit werden sie leben *müssen. Die Zuschauerzahlen sind* auch bei der Borussia rückläufig. Das heißt im Klartext, alle müssen sich darauf einrichten, daß sie ihre Ansprüche zu reduzieren haben. Der Kuchen, der an die Spieler verteilt wird, wird kleiner sein."

Aber das wiederum, *so glaubt* Heynckes, bedeute nicht, daß die Mannschaft auseinanderfalle. Denn: „Die wirtschaftliche Solidität dieses Vereins ist sicherlich ungleich größer als die der meisten Konkurrenten. Wir sind und wir bleiben ein Klub, der nicht nur eine Vergangenheit, sondern der auch eine Zukunft hat."

Ob das auch für Fortuna Düssel*dorf gilt?* „Wir dürfen jetzt nur nicht abheben", forderte Kapitän Gerd Zewe nach dem Sieg, „denn noch immer stehen wir auf einem Abstiegsplatz." *Aber natürlich sind* die Perspektiven wieder besser geworden. Verteidiger Bockenfeld weiß warum: „Daß der Vorstand in den letzten kritischen Wochen an Trainer Dieter Brei festgehalten und dem öffentlichen Druck, ihn abzuschieben, nicht nachgegeben *hat*, war entscheidend für die Trendwende."

HANDBALL / Eine Zwischenbilanz der Weltmeisterschaft – WELT-Interview mit Heiner Brand

Südkorea ist die große Überraschung

Die Handball-Weltmeisterschaft auf einen Blick. Das ist der Abschluß der Vorrunde in Ergebnissen und Tabellen:

Gruppe A

Spiel	Ergebnis
„DDR" – Kuba	28:24
Jugoslawien – UdSSR	26:22
Jugoslawien – Kuba	32:28
„DDR" – UdSSR	23:18
Jugoslawien – „DDR"	22:20
UdSSR – Kuba	33:23

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Jugoslawien	3	3	0	0	80:70	6:0
2. „DDR"	3	2	0	1	71:64	4:2
3. UdSSR	3	1	0	2	73:72	2:4
4. Kuba	3	0	0	3	75:93	0:6

Gruppe B

Spiel	Ergebnis
Deutschland – Polen	21:20
Schweiz – Spanien	15:15
Schweiz – Polen	18:17
Deutschland – Spanien	18:14
Deutschland – Schweiz	18:17
Spanien – Polen	20:20

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Deutschland	3	3	0	0	57:51	6:0
2. Schweiz	3	1	1	1	50:50	3:3
3. Spanien	3	0	2	1	49:53	2:4
4. Polen	3	0	1	2	57:59	1:5

Gruppe C

Spiel	Ergebnis
Island – Südkorea	21:30
Rumänien – CSSR	23:18
Island – CSSR	19:18
Rumänien – Südkorea	22:21
Rumänien – Island	23:25
CSSR – Südkorea	22:25

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Südkorea	3	2	0	1	76:65	4:2
2. Rumänien	3	2	0	1	68:64	4:2
3. Island	3	2	0	1	65:71	4:2
4. CSSR	3	0	0	3	58:67	0:6

Gruppe D

Spiel	Ergebnis
Dänemark – Ungarn	21:25
Schweden – Algerien	24:16
Dänemark – Algerien	27:14
Schweden – Ungarn	22:23
Dänemark – Schweden	21:24
Ungarn – Algerien	23:19

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Ungarn	3	3	0	0	71:62	6:0
2. Schweden	3	2	0	1	70:60	4:2
3. Dänemark	3	1	0	2	69:67	2:4
4. Algerien	3	0	0	3	53:74	0:6

Die ersten drei einer jeden Gruppe haben die Hauptrunde erreicht. Dabei spielen die Mannschaften aus der Gruppe A und der Gruppe B sowie der Gruppe C und der Gruppe D zusammen. Die Punkte und Tore aus der Vorrunde werden mitgenommen. Zum Beispiel: Deutschland spielt nicht mehr gegen die Schweiz und gegen Spanien, es hat die beiden Siege bereits auf seinem Konto stehen.

Hauptrunde, Gruppe A/B

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Jugoslawien	2	2	0	0	48:42	4:0
2. Deutschland	2	2	0	0	36:41	4:0
3. „DDR"	2	1	0	1	43:40	2:2
4. Schweiz	2	0	1	1	32:33	1:3
5. Spanien	2	0	1	1	29:33	1:3
6. UdSSR	2	0	0	2	42:48	0:4

Morgen: Bundesrepublik Deutschland – „DDR" (19.00 Uhr in Olten), *Jugoslawien – Schweiz (20.45 Uhr in Olten)*, UdSSR – Spanien (20.45 Uhr in Luzern). – **Donnerstag:** Jugoslawien – Deutschland (in Luzern), Spanien – „DDR" (in Bern), UdSSR – *Schweiz (St. Gallen, alle 20.45 Uhr)*.

Hauptrunde, Gruppe C/D

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1. Ungarn	2	2	0	0	48:40	4:0
2. Südkorea	2	1	0	1	50:43	2:2
3. Schweden	2	1	0	1	46:44	2:2
4. Rumänien	2	1	0	1	45:46	2:2
5. Island	2	1	0	1	46:52	2:2
6. Dänemark	2	0	0	2	42:49	0:4

Morgen: Südkorea – Schweden (20.45 in Winterthur), Island – Dänemark (19.00 Uhr in Luzern), Rumänien – Ungarn (20.45 Uhr in Genf). – **Donnerstag:** Island – Schweden (19.00 Uhr in Bern), Südkorea – Ungarn (19.00 Uhr in St. Gallen), Rumänien – Dänemark (20.45 Uhr in Aarau).

Die beiden Gruppensieger bestreiten am Samstag (8. März) um 16.30 Uhr das Finale in Zürich. Am Freitag (7. März) werden die Plätze drei bis zwölf ausgespielt. Dabei haben sich die ersten sechs automatisch für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul qualifiziert.

Reift jetzt in der Schweiz eine neue deutsche Klassemannschaft heran?

ULRICH DOST, Zürich

Er galt zu seiner Zeit als der beste Abwehrspieler der Welt. Sein buschiger, breiter Schnauzer war und ist sein äußeres Erkennungsmerkmal. Kaum ein anderer deutscher Handballspieler kann so viel Erfolge aufweisen wie Heiner Brand vom VfL Gummersbach: Weltmeister 1978 in Dänemark und mehrmals Europapokalsieger. Und kaum jemand kennt sich so gut seit Jahren im internationalen Handball aus wie Heiner Brand, der jetzt Assistent von Bundestrainer Simon Schobel ist. Die WELT sprach mit ihm bei der Handball-Weltmeisterschaft in Zürich.

WELT: Bislang hat die deutsche *Mannschaft wider Erwarten* bei der WM recht gut abgeschnitten. Wächst hier eine neue Weltklassemannschaft heran, vergleichbar mit der Mannschaft, die 1978 Weltmeister und 1980 durch den Olympiaboykott in Moskau um eine Medaille gebracht wurde?

Brand: Bisher haben wir tatsächlich optimal abgeschnitten. Ob hier eine große Mannschaft heranwächst, das soll und muß sich erst 1988 bei den Olympischen Spielen in Seoul herausstellen. Ich habe die Entwicklung bis zum WM-Titel hautnah miterlebt und bin auch jetzt wieder nahe dabei. Obwohl die deutsche Mannschaft heute noch lange nicht voll ausgereift ist, sehe ich dennoch einige Parallelen zu 1978.

WELT: Das überrascht. In der Weltmeistermannschaft standen mit Jo Deckarm, Manfred Hofmann, Kurt Klühspies, Horst Spengler, Arno Ehret und nicht zuletzt Ihnen selbst ausgesprochene Persönlichkeiten, und das traf nicht nur auf das Auftreten in der Halle zu. Wo sehen Sie diese Persönlichkeiten heute?

Brand: Es war ja nicht so, daß wir plötzlich so sicher im Auftreten waren. Das war eine längere Entwicklung. 1978 wurden wir als die älteren Spieler in diese Rolle hineingedrängt. Doch ich glaube, daß der deutsche Handball wieder Spieler besitzt, die diese Rolle übernehmen können.

WELT: Da müssen Sie schon Namen nennen.

Brand: Martin Schwalb zum Beispiel ist so ein Spieler. Oder der Gummersbacher Rüdiger Neitzel, der leider wegen einer Verletzung hier nicht dabei ist. Wie überhaupt Spieler, die im Rückraum spielen, dafür zuerst in Frage kommen. Aber auch Jochen Fraatz und Uli Roth traue ich noch viel zu.

WELT: Was bisher auffiel, war, daß die deutsche Mannschaft noch keine spielerischen Akzente setzen kann. Man vermißt die sicheren und eingespielten Kombinationen, wie man sie noch von 1978 in Erinnerung hat.

Brand: Das stimmt. Spielerisch haben wir hier noch nicht überzeugt. Doch 1978 war es auch nicht so toll. Sicherlich wußten wir, welche Wege der einzelne geht, weil wir lange zusammen spielten. Doch unsere Stärke war die Schlitzohrigkeit eines Kurt Klühspies oder die Sprung- und Wurfkraft von Jo Deckarm. Und selbstverständlich ein erstklassiger Torwart sowie unsere kompromißlose Deckungsarbeit.

WELT: Hat denn der damalige Bundestrainer Vlado Stenzel nicht so viel Wert auf den Angriff gelegt?

Brand: Als er 1974 kam, lag der deutsche Handball am Boden. Er hat nichts anderes mit uns trainiert als Abwehrverhalten. Im Angriff haben wir nur die letzten zehn Minuten gespielt, wenn wir ohnehin kaputt waren.

WELT: Ist ein Trainer wie Vlado Stenzel, ein Selbstdarsteller und harter Trainer, für die heutige deutsche Mannschaft nicht mehr vorstellbar als Bundestrainer?

Brand: Wie gesagt, Stenzel kam damals zu einem sehr günstigen Zeitpunkt. Er hätte sagen und verlangen können, was er wollte, wir hätten alles getan. Was er mit uns gemacht hat, das geht heute aber nicht mehr. *Das könnten wir uns nie erlauben.*

WELT: Ein Beispiel?

Brand: Heute ist es unvorstellbar, daß wir die Spieler so in der Öffentlichkeit herunterputzen, wie es Stenzel mit uns *zeitweise getan hat.* Er hat unseren Titel zu Geld gemacht, wir waren doch nur die dummen Jungen. Erst später, als er gemerkt hat, daß wir uns auch in der Öffentlichkeit *wehren können*, hat er sich angepaßt.

WELT: Welcher Führungsstil wird denn heute in der Nationalmannschaft bevorzugt?

Brand: Heute sind die Spieler viel *selbstbewußter, wenn sie zur Nationalmannschaft* kommen, weil sie austrainierter und in besserer konditioneller Verfassung sind. Deshalb wollen sie mitreden und bringen selber Vorschläge ein. Simon Schobel redet viel mit ihnen und hört sich alles an. Sie sind genau so leistungsbereit, wie wir es waren. Das Prinzip von Schobel ist es, daß die Spieler zufrieden sind. Wenn heute einer eine Autogrammstunde bekommt, dann läßt er ihn auch gehen. Das war bei Vlado Stenzel anders.

WELT: Sind bei der WM neue Entwicklungen zu erwarten, neue Techniken oder Taktiken, oder etwa neue Wurfvariationen?

Brand: Nein, viel Neues gibt es hier nicht zu sehen. Sieht man einmal von den Südkoreanern ab, deren Schnelligkeit überrascht. Von der Taktik her gehen die meisten von der 5:1-Dekkung auf die 6:0-Deckung über, weil so das Anspielen am Kreis schwieriger ist. Ansonsten bleibt der Kampf...

SPORT-NACHRICHTEN

Viel Mühe für Weller

Köln (sid) – Der ehemalige Europameister René Weller kam bei einer *internationalen Berufsbox-Veranstaltung* in Köln zu einem mühevollen Punktsieg über Moussa Sangara aus Mali.

Polen zu stark

Stuttgart (sid) – Die Staffel des Deutschen Amateurbox-Verbandes unterlag in Stuttgart Polen mit 8:12 Punkten. Die deutschen Sieger waren Markus Bott, Wolfgang Kamm, Reiner Gies und Norbert Nieroba.

Sieg ohne Schuster

Barcelona (sid) – Der FC Barcelona gewann sein Fußball-Meisterschaftsspiel gegen Real Valladolid klar mit 4:0. Der ehemalige deutsche Nationalspieler Bernd Schuster fehlte immer noch wegen einer Verletzung.

Slothaak Zweiter

Antwerpen (sid) – Franke Sloothaak (Mühlen) belegte beim Weltcup-Reitturnier in Antwerpen mit seinem Pferd Farmer den zweiten Platz. Es siegte der Niederländer Albert Voorn mit Optiebeurs Rasputin, der im dritten Stechen vier Hundertstelsekunden schneller war. Im Gesamtweltcup führt weiterhin der Engländer John Whitaker mit 57 Punkten vor dem Franzosen Pierre Durand (54). Bester Deutscher ist Paul Schockemöhle (31 Punkte) als Elfter.

Niederlage im Finale

Paris (sid) – Die Florett-Fechterinnen des FC Tauberbischofsheim scheiterten erst im Finale des Europacups der Landesmeister. In Turin verlor das Team gegen ZSKA Moskau mit 4:9.

Schwimmen: Weltrekord

Leningrad (sid) – Der Weltrekord von Sylvia Gerasch („DDR") über 200 m Brust war die überragende Leistung beim 24. Schwimm-Vergleichskampf UdSSR – „DDR" in Leningrad (50-m-Bahn). Sylvia Gerasch, über 100 m Europameisterin, verbesserte in 2:28,20 Minuten die alte Bestmarke ihrer Landsmännin Silke Hörner (2:28,33) um 13 Hundertstelsekunden.

Pokalfinale am 3. Mai

Berlin (dpa) – Das nächste Finale um den Pokal des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) findet endgültig am 3. Mai im Berliner Olympiastadion statt. In den letzten Tagen war diskutiert worden, das DFB-Pokalfinale möglicherweise in den Herbst 1986 zu verschieben, um auf diese Weise einen Termin für Bundesliga-Nachholspiele freizubekommen.

Trainer entlassen

Oythe (sid) – Der Damen-Bundesligaklub VfL Oythe hat seinen Volleyball-Trainer Hans Staden fristlos entlassen. Staden, Ehemann der Rekordnationalspielerin Marina Staden, war zu Beginn der Saison verpflichtet worden. Im Pokal verlor Oythe bei Zweitliga-Spitzenreiter VC Schwerte (0:3).

Tödlich verunglückt

Lemgo (sid) – Der 23 Jahre alte Handballspieler Jens Büscher vom Bundesligaklub TBV Lemgo ist bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Büscher kam mit seinem Wagen bei einem Überholmanöver *auf Glatteis ins Schleudern und prallte* frontal gegen einen Baum.

Jordan stoppte Navratilova

Oakland (sid) – Die Amerikanerin Kathy Jordan (26) besiegte im Halbfinale des mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennisturniers von Oakland (US-Bundesstaat Kalifornien) die hohe Favoritin Martina Navratilova 5:7, 6:3, 7:6. Für die 29jährige Weltranglisten-Erste war es die erste Niederlage in diesem Jahr, für Kathy Jordan der erste Sieg im zwölften Zusammentreffen mit der Wimbledonsiegerin.

RINGEN

Martin Knosp: Rücktritt nach dem 10. Titel?

sid/dpa, Appenweier

Deutschlands bester Freistilringer ringt künftig nur noch für seinen Verein ASV Urloffen. Nichts verdeutlicht besser die Szene im Lager der Freistilringer als die einsame Spitzenstellung von Martin Knosp (26), der in Appenweier seine zehnte deutsche Meisterschaft in Serie seit 1977 (Klasse bis 74 kg) gewann, obwohl er international zurückgetreten ist und nun auch auf nationaler Ebene an den Abschied denkt.

Es waren die Meisterschaften des Umbruchs, diese 45. Deutschen Titelkämpfe im freien Stil. Heugabel, Tutsch (trotz eines schwachen Finales), Martin Knosp und Lukowski beherrschten ihre Klassen eindeutig. Turbulent ging es im Leichtgewicht zu, wo Ahmet Cakizi, 1984 schon einmal Meister und Europameisterschafts-Vierter, den Gesamtkader des Deutschen Ringerbundes durcheinanderwirbelte. Der 1983 eingebürgerte Türke Cakizi verlor zwar gegen Georg Schwabenland (Wiesental) mit 3:6, bezwang aber den Titelverteidiger Erwin Knosp 7:2 und vor allem den völlig überschätzten Martin Herbster auf Schultern. Da Cakizi aus disziplinarischen Gründen nicht dem Kader der deutschen Nationalmannschaft angehört, stehen der Verband und seine Trainer praktisch vor unlösbaren Problemen. Von der ringerischen Begabung her wurde Cakizi nur von Knosp übertroffen.

Qualitätseinstufungen nach internationalem Standard sind nach den 45. Meisterschaften kaum möglich. „Viele neue Perspektiven" will Bundestrainer Detlef Schmengler erkannt haben, weshalb er die Meisterschaften auch „sehr zufrieden" verließ. Mit der Meinung, er habe 35 hervorragende Kämpfe gesehen, dürfte der Bundestrainer allerdings ziemlich alleine dastehen.

LEICHTATHLETIK / Sergej Bubka immer höher

Große Sprünge, große Worte

sid/dpa/UPI, New York

Klappern gehört nun mal zum Handwerk: „Ich habe diesen Weltrekord zu Ehren des 27. Parteitages in Moskau aufgestellt, und auch zu Ehren meiner Mutter, die heute Geburtstag feiert." Das diktierte der sowjetische Stabhochspringer Sergej Bubka im New Yorker Madison Square Garden den Reportern in die Notizblöcke, nachdem er kurz zuvor mit 5,95 Meter eine neue *Hallen-Weltbestleistung* aufgestellt hatte.

Die alte Marke befand sich seit einer Woche mit 5,94 m auch schon im Besitz des sowjetischen Sechs-Meter-Springers, der diesmal vor seinem Bruder Wassilij (5,75 m) gewann. Der Texaner Billy Olson – noch vor drei Wochen in der amerikanischen Presse zum großen Konkurrenten Sergej Bubkas aufgebaut – hatte vor 15 000 Zuschauern diesmal nicht den Hauch einer Chance. Er scheiterte schon an der Anfangshöhe von 5,60 Metern dreimal. Olson, inzwischen 27 Jahre alt, meinte: „Ich bin zu alt für eine neunwöchige Saison mit zwei Einsätzen pro Wochenende."

Die Bilanz der amerikanisch-sowjetischen Stabhochsprung-Duelle kann sich dennoch sehen lassen: Neun Rekordverbessserungen um insgesamt zehn Zentimeter kamen zustande, je vier davon durch Bubka und Olson sowie eine durch Joe Dial (USA). Bubka bekam übrigens, unter dem Tisch, für seine Rekordverbesserungen jeweils 3000 Dollar sowie einen Fernseher und einen Videorecorder.

„So ist das nun mal mit den alten Frauen", beschied die 29jährige Rostockerin Marita Koch die amerikanischen Journalisten, nachdem sie die 200 Yards in der neuen Weltbestzeit von 22,89 *Sekunden zurückgelegt* hatte. Während Marita Koch, die eigentlich längst zurücktreten wollte, auch in New York gewann, wie sie wollte, verlor ihre Staffelkameradin *Marlies Göhr über 60 Yards* überraschend gegen die farbige Kalifornierin Jeanette Bolden.

Einen Doppelerfolg für die „DDR" gab es beim Marathonlauf in Nagoya (Japan). Katrin Doerre (24) gewann in 2:29,8 Stunden. Zweite wurde Gabriele Martins (2:32:38).

TISCHTENNIS / Nemes in allen Endspielen

Mit Geheimcode „Gyere"

sid/dpa, Stadtallendorf

Wer hierzulande über Tischtennis spricht, meint damit in erster Linie Olga Nemes. Die 17jährige, die vor 28 Monaten aus Rumänien flüchtete und nun in Saarbrücken lebt, jagt in ihrer neuen Heimat von Sieg zu Sieg.

Bei den deutschen Meisterschaften in Stadtallendorf drang sie in alle jene drei Finals vor, die für sie erreichbar waren: Im Mixed, im Damen-Doppel und im Damen-Einzel. Im Mixed siegte sie gemeinsam mit Josef Böhm 24:22 und 21:12 über die Frankfurter Anke Schreiber und Jörg Roßkopf. *Im Damen-Doppel gewann sie mit* der Stuttgarterin Judith Stumper über Susanne Wenzel/Anke Schreiber (Saarbrücken/Frankfurt) mit 21:8, 16:21 und 21:14. Kurios: Früher spielten Olga Nemes und Judith Stumper (20), damals noch unter ihrem Mädchennamen Borbely, zusammen für Rumänien und waren 1982 bei den Jugend-Europameisterschaften Gewinner der Silbermedaille. *Im Einzelfinale* besiegte sie schließlich ihre Saarbrücker Vereinskollegin Susanne Wenzel in drei Sätzen mit 21:12, 21:9, 21:16.

Zwei Finals – zwei Siege. Wie das geht? Olga Nemes Geheimcode dafür heißt „Gyere". Das ist nicht rumänisch, sondern ungarisch und heißt *auf deutsch: „Komm, auf geht's"*.

Bei den in vier Wochen in Prag beginnenden Europameisterschaften steht Olga Nemes im Damen-Einzel als Nummer eins in der Setzliste. *Ob sie aber überhaupt spielen kann*, steht noch nicht fest. Die deshalb in Stadtallendorf anberaumte Präsidiumssitzung des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) wurde kurzerhand abgesetzt, *weil es noch keine* neuen Erkenntnisse in dieser Angelegenheit gibt.

Das heißt: Olga Nemes besitzt zwar die deutsche Staatsangehörigkeit und damit einen deutschen Paß, weil sie aber noch minderjährig ist, gilt sie auch obendrein weiterhin als rumänische Staatsangehörige. „Ohne Sicherheitsgarantie seitens der politischen Behörden in Prag werden wir Olga also nicht mitnehmen", sagt der deutsche Cheftrainer Charles Roesch.

GOLF / 90 Amateure spielten in Langers Klub

Pokal und Scheck für Thül

GERD A. BOLZE, Fort Pierce

Eine zehntägige Florida-Reise zum Golfen bei Deutschlands bestem Golfspieler, bei Bernhard Langer im Monte Carlo Golf-Club von Fort Pierce – das war 90 deutschen Amateur-Golfern aus 48 Klubs immerhin den Mindesteinsatz von 5000 Mark wert. Ihre 30 Golf-Lehrer hingegen waren von der Monte Carlo Cooperation und der Lufthansa eingeladen worden. Sie konnten obendrein noch 40 000 Mark Preisgelder in einem viertägigen 72-Löcher-Wettspiel gewinnen, das mit drei Pro/Am-Wertungen begann (ein Profi mit drei Amateuren als Team).

Der deutsche Golflehrer-Meister Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) gewann diese erste „Bernhard-Langer-*Monte-Carlo-Florida-Trophy.*" Der 22jährige erhielt für seine 287 Schläge nach guten Runden von 72+70+75+70 bei Par 72 einen Scheck von über 8000 Mark als Siegesprämie. Erst im spannenden *Endkampf* unterlagen Torsten Gideon (Much) mit 72+70+74+73=289 Schlägen und Johannes Bauerdick aus Bielefeld, der 72+70+73+76=291 Schläge brauchte.

Den nach dem dritten Tag überraschend klar führenden 17jährigen Neu-Profi Oliver Eckstein (Hannover) plagte eine noch nicht auskurierte *Mandelentzündung. Da fehlte im ent*scheidenden Moment die Konzentration und auch die Kraft. So fiel er mit 71+77+69+85=297 Schlägen auf den vierten Platz zurück.

Bester Amateur-Golfer war der erst 15jährige Golflehrer-Sohn Thomas Gögele aus Augsburg (Vorgabe 5), der den „Bernhard-Langer-Monte-Carlo-Pokal" mit brutto 30 Stableford-Punkten (78 Schläge) gewann. Zweite wurden Broder Redlefsen (10/Glücksburg) und Heiner Mier (6/Hamburg), die es auf 29 Punkte brachten. Vorgabe-Sieger wurde Jost Schmidt (18/Osnabrück), allerdings erst nach einem Stechen, vor Bernhard Langers Bruder Erwin (25/Augsburg), beide netto 43 Punkte. Die nächsten Plätze belegten Brigitte Tantzen (22/Hannover) und Jürgen Knauss (22/St. Eurach) mit jeweils 41 Punkten.

SKI ALPIN

Nur Marina Kiehl sorgte noch für ein Trostpflaster

sid, **Furano/Geilo**

Marina Kiehl sorgte für das Trostpflaster. Die 21jährige Münchnerin wurde zwar nur Sechste beim Super-Riesenslalom in Furano (Japan), doch vor dem letzten Saisonrennen am 16. März in Amerika hat sie ebenso wie Markus Wasmeier bei den Herren den Weltcup in dieser *Disziplin so gut* wie bereits gewonnen.

Im vierten Super-G des Winters stand jedoch erstmals keine deutsche Läuferin auf dem Siegerpodest, das diesmal die Kanadierin Liisa Savijarvi als Überraschungssiegerin erklomm. Michaela Gerg (Lenggries), Karin Dedler (Kempten) und Heidi Wiesler (Staufen) landeten auf den Rängen 11 bis 13.

Die 22jährige Kanadierin jubelte: „Ich kann es gar nicht fassen", weil sie ebenso wie die Österreicherin Sieglinde Wagner, die Amerikanerin Pam Flechter und Diana Haight (Kanada) auf den nächsten Plätzen mit hoher Startnummer nach vorn gefahren war. Traudl Hächer: „Das ist das schöne am Super-G, da hat man auch mit hoher Nummer noch seine Chance."

„Ich habe schon wieder im Flachstück *zu viel Zeit verloren*", *meinte* hingegen Marina Kiehl. Die Münchnerin spielte damit auf die Schwäche der deutschen Damen an, fast keinerlei Gleiter-Fähigkeiten zu besitzen. Zufrieden mit den beiden Rennen von Furano (Abfahrt und Super-G) konnte eigentlich nur Heidi Wiesler sein: „In der Abfahrt hatte ich mir schon so etwas wie den neunten Platz ausgerechnet. Daß es im Super-G nochmals Punkte gab, baut mich auf für die nächsten Rennen in Amerika", meinte die 26jährige Schwarzwälderin, die zum 13köpfigen Damen-Team des DSV zählt, das ab 8. März in den USA und Kanada noch neun Rennen bestreitet. Bei den Herren stehen vom 8. bis 23. März noch sieben Rennen auf dem Programm.

Im 11. Saison-Slalom von Geilo (Norwegen) gab es zum fünften Mal keine Punkte für die deutschen Fahrer. *Der 21jährige Österreicher* Günther Mader, zuvor Vierter in Lillehammer, feierte den ersten Weltcup-Sieg seiner Laufbahn; Zweiter wurde der Liechtensteiner Paul Frommelt vor dem schon seit letztem Dienstag als Gewinner des Slalom-Weltcups feststehenden Jugoslawen Rok Petrovic.

Ingemar Stenmark fuhr ebenso wie Weltmeister Jonas Nilsson nach der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme mit einem Trauerflor: „Ich lebe zwar in Monaco, aber ich bin Schwede und ich fühle wie die ganze Welt, daß diese Sache furchtbar ist", sagte Stenmark.

VIERERBOB / „DDR" bei der Weltmeisterschaft in Königssee geschlagen

Sieger Schärer will seinen Abschied mit Frank Sinatra und Lendl feiern

sid/dpa, **Königssee**

Vor elf Jahren war es auch schon mal so. Damals im italienischen Cervinia gingen die „DDR"-Bobfahrer bei einer Weltmeisterschaft auch leer aus – und der Sieger hieß Erich Schärer aus der Schweiz. Wie sich die Bilder gleichen: Gestern am Königssee wiederholte sich, was sich seinerzeit in Italien zugetragen hatte. Weltmeister im Vierer-Bob wurde der Schlitten „Schweiz II" mit dem mittlerweile 39jährigen Erich Schärer an den Steuerseilen. Den zweiten Platz belegte der Österreicher Peter Kienast, Bronze ging an Schärers Landsmann Ralph Pichler.

Die „DDR"-Bobfahrer aber, die siebenmal im Vierer-Bob und fünfmal im Zweier-Bob bei Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen die Nase vorn hatten, waren am Königssee die Geschlagenen. Und das war eine ebensolche Überraschung wie die guten Placierungen der Bobs aus der *Bundesrepublik* Deutschland. Offenbar ließen sich die Fahrer von den ständigen Querelen zwischen zuständigen und ehemaligen Trainern sowie den Funktionären doch nicht beeinflussen. Auf Platz fünf landete der 23jährige Michael Sperr aus Rießersee, auf Rang sechs sein Ohlstädter Kollege Anton Fischer.

„WM-Abschied von Erich Schärer", *hatten die Fans des Schweizers* auf ein Plakat geschrieben und es zwischen den Werbeschriften in der Zielkurve placiert. Auf den Schultern trugen sie ihn nach dem Sieg von dannen. Kein Wunder: 39 Jahre alt ist der Zürcher Kaufmann jetzt – und im Bobsport längst eine Legende. 1968 hatte er, übrigens auch am Königssee, mit dem Bobsport begonnen, und mittlerweile gibt es kaum etwas, was er nicht gewonnen hat.

Viermal wurde Schärer Weltmeister im Zweier-Bob, und so feiert er *heute in Muotta-Muragl oberhalb von* Pontresina im Engadin seinen Abschied vom Hochleistungssport. Der Tennisspieler Ivan Lendl wird ebenso erwartet wie Frank Sinatra, Amerikas Sänger und Schauspieler Nummer eins. Der Deutsche Bob- und Schlittenverband (DBSV) indes macht sich Hoffnung, den wohlhabenden Schweizer für die Position des Bundestrainers zu interessieren. Wahrscheinlich ist ein Mann wie Erich Schärer aber dafür eine Nummer zu groß ...

Die besten Karten für dieses Amt hat demnach Rodel-Bundestrainer Sepp Lenz, der schon bei der Bob-Weltmeisterschaft am Wochenende mit Rat und Tat zur Seite stand. Fragt sich nur, ob die inzwischen überaus erfolgreichen Rodler ihren erfolgreichen Trainer auch zu den Bobfahrern abwandern lassen.

Aber schließlich muß im Hinblick auf die Olympischen *Winterspiele* 1988 in Calgary hierzulande etwas geschehen. Und das scheint nach dem fünften Platz des 23jährigen Michael Sperr, der als hochveranlagter Bob-Pilot gilt, nun dringend notwendig zu sein. Sportstudent Sperr, der in diesem Winter sein Vordiplom ablegte und deshalb fünfundzwanzig Prozent weniger Trainingsfahrten als seine deutschen Konkurrenten absolvierte, gewann gleichzeitig den Debütanten-Pokal der WM-Neulinge.

Zufriedene Gesichter gab es deshalb bei den Verantwortlichen des deutschen Verbandes, die nun auf bessere Zeiten hoffen. Die Olympiasieger und Weltmeister Wolfgang Zimmerer und Stefan Gaisreiter scheinen jedenfalls in Michael Sperr, dem Junioren-Europameister von 1983 – der vor zwei Jahren nach einem schweren Unfall in Cervinia 17 *Tage lang im Koma lag* –, *einen Nachfolger* gefunden zu haben.

Fragend steht Boris Becker vor sich selbst

Die Vorbereitungen des deutschen Tennisteams auf das Davis-Cup-Match am Wochenende (7. bis 9. März) in Mexico City können beginnen. 24 Stunden nach der Viertelfinal-Niederlage (6:7, 2:6) gegen *den Schweden Joakim Nyström* schied Boris Becker beim Grand-Prix-Turnier in La Quinta (Kalifornien) auch im Doppel aus. Mit seinem jugoslawischen Partner Slobodan Zivojinovic war er im Halbfinale gegen den Franzosen Yannick Noah und den Amerikaner Sherwood Stewart beim 2:6, 1:6 ohne jede Chance.

Da geriet Becker ins Grübeln. Mit 17 Jahren Wimbledonsieger, mit Ehrenzeichen behangen, steht er plötzlich fragend vor dem eigenen Ich, unsicher und gehemmt, vielleicht schon manchmal verklemmt. Ihn verhätschelt und streichelt der Erfolg nicht mehr. Er steht ganz einfach vor der Wirklichkeit, und die geht *ihm ans Leder, sie kennt keine Gna*de und keine Schonfrist.

Mit dem wunderbaren Sieg in Wimbledon wurde er freigegeben, fürs Geldmachen, aber auch fürs Niedermachen. Er war nicht mehr der Junge aus Leimen, er gehört seit Juli 1985 der Allgemeinheit. Jetzt werden seine Schritte nicht nur beobachtet, sondern auch gezählt. Man griff nach ihm, und er floh. Zuerst steuergünstig nach Monte Carlo, dann des Spielens wegen nach Amerika.

Dort, so meinte er, fühle er sich wohl, in den USA könne er mal irgendwo herumstehen, ohne daß jemand komme und um ein Autogramm bettele.

Doch gerade in den USA baut sich in jüngster Zeit eine Front gegen ihn auf. Die Schiedsrichter verwarnen ihn, weil sein Coach Günther Bosch ihm vielleicht mal zugenickt hat. In den USA wird er fast schon schikaniert. Boris Becker, man liebt ihn nicht. Er hat die Tennisgeschichte umgeschrieben, neue Maßstäbe gesetzt, daran verdauen die Altvorderen immer noch.

Und das fühlt ein sensibler Kerl wie Boris Becker, das verunsichert ihn auch. Er möchte eigentlich für alle da sein, doch wer sind alle? Man fühlt, im Augenblick lebt er in einem gewissen Vakuum. Seinen Schlägen fehlt jene Kühnheit, jener Dampf, ihm selbst die Frechheit, noch am Boden liegend auszukeilen und zu siegen. Boris Becker schwankt zwischen dem, was er ist, was er kann und was er will. Und so fehlt ihm auch jene Leichtigkeit früherer Tage, der Flachs, die jugendliche Unbekümmertheit.

Günther Bosch sagt: „Boris weiß plötzlich oft die elementarsten Dinge nicht mehr, soll er beispielsweise an der Grundlinie bleiben oder nach vorne gehen." Das ist eigentlich Instinkt, ihn kann man nicht erlernen, er ist angeboren. Ist Boris Becker schon jetzt am Ende? Bosch: „Um Gottes willen, nein, aber Boris muß diese Phase auch vom Gehirn her durchleben, wie ein Ivan Lendl oder Björn Borg oder auch ein John McEnroe. Nur, Boris will alles auf einmal, es ist schwer, ihn darauf festzunageln, daß andere große Spieler viel länger brauchten, um das zu erreichen, was er bereits erreicht hat."

Boris Becker dachte, die Weltrangliste zu stürmen, doch er wurde gestoppt. Er konnte in La Quinta nur verlieren. Aber nicht nur, „weil ich noch nie in einem Match körperlich so fertig war wie gegen Nyström".

DIETER LUDWIG

Sport in Zahlen . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 32. Spieltag: Birmingham – Queens Park 2:0, Everton – Aston 2:0, Manchester City – Oxford 0:3, Newcastle – Arsenal 1:0, Southampton – Manchester United 1:0, Luton – Sheffield 1:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 71:35 Tore/65 Punkte, 2. Manchester United 52:24/59, 3. Liverpool 57:33/54. – **„DDR"-Oberliga**, 15. Spieltag: Frankfurt – Karl-Marx-Stadt 1:1, Dresden – Magdeburg 1:1, Erfurt – Riesa 1:1, Brandenburg – Union Berlin 0:1, Lok Leipzig – Rostock 3:0, Dynamo Berlin – Aue 1:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 22:8, 2. Dresden 20:10, 3. Lok Leipzig 17:13.

BASKETBALL

DBB-Pokal, Halbfinale, Herren: SSV Hagen – Leverkusen 61:68. – **Damen**: Köln – München 75:56, Düsseldorf – Barmen 94:73.

EISHOCKEY

Bundesliga, Play-off-Runde, Halbfinale, 3. Spiel: Köln – Iserlohn 7:2, Düsseldorf – Rosenheim 10:5.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, 13. Spieltag: Lützellinden – Auerbach 25:19, Engelskirchen – Nürnberg 29:17, Leverkusen – Jarplund-Weding 15:9, Frankfurt – Oldenburg 16:23, Guts Muths Berlin – List 13:12.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, 2. Hauptrunde, Herren: Etzbach – Leverkusen 1:3. – **Bundesliga**, Herren: Paderborn – Dachau 1:3, Celle – Friedrichshafen 3:1. – **Damen**: Lohhof – Münster 1:3, Stuttgart – Vilsbiburg 2:3, Augsburg – Oythe 3:0, Berlin – Feuerbach 2:3.

WASSERBALL

Bundesliga, 3. Spieltag: Hamm – Duisburg 98 9:10, Hannover-Linden – Düsseldorf 8:13, Köln – Spandau 2:14, ASC Duisburg – Braunschweig 10:8.

TENNIS

Herren-Turnier in La Quinta, Viertelfinale: Nyström (Schweden) – Bekker (Deutschland) 7:6, 6:2, Tulasne (Frankreich) – Wilander (Schweden) 6:4, 6:3, Noah (Frankreich) – Pernfors (Schweden) 7:5, 7:5, Connors – Pate (beide USA) 7:5, 6:4. – Halbfinale: Nyström – Connors 6:4, 6:2, Noah – Tulasne 6:7, 6:2, 7:5. – Doppel, Viertelfinale: Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugoslawien) – Graham/Testerman (USA) 4:6, 6:3, 6:4. – Halbfinale: Noah/Stewart (Frankreich/USA) – Becker/Zivojinovic 6:2, 6:1. – **Damen-Turnier** in Oakland, Halbfinale: Jordan – Navratilova (beide USA) 5:7, 6:3, 7:6, Evert-Lloyd (USA) – Sukova (CSSR) 7:5, 6:4.

LEICHTATHLETIK

Deutsche Cross-Meisterschaften in Lauterbach, Männer, Langstrecke (10 300 m): 1. Grommisch (Essen) 31:10,6 Min., 2. Scheytt (Eglosheim) 31:25,0, 3. Orthmann (Wehbach) 31:31,5. – Mittelstrecke (3700 m): 1. Welzel (Menden) 11:15,2, 2. Kuziola (Frankfurt) 11:17,6, 3. Noack (Waldkraiburg) 11:22,5. – Frauen, Langstrecke (6300 m): 1. Teske (Darmstadt) 21:25,8, 2. Riermeier (Waldkraiburg) 21:40,3, 3. Mai (Dortmund) 21:47,8. – Mittelstrekke (2300 m): 1. Franzis (Sonsbeck) 7:36,8.

SCHIESSEN

9. **EM der Luftdruckwaffen** in Helsinki, Luftgewehr, Herren: 1. Weber 591 Ringe, 2. Amat (beide Frankreich) 590, 3. Süß (Deutschland) 587. – Mannschaft: 1. Frankreich 1767 Ringe (Weltrekord), 2. Norwegen 1755, 3. UdSSR 1755, ... 6. Deutschland 1742. – Damen: 1. Karlsson (Schweden) 394, 2. Suslowa (UdSSR) 390, 3. Suter (Schweiz) 390, ... 11. Müller 386, ... 13. Giese 384. – Mannschaft: 1. UdSSR 1162, 2. Schweden 1161, ... 5. Deutschland 1146.

RINGEN

Deutsche Freistil-Meisterschaften in Appenweier, Papier: 1. Heugabel (Goldbach). – Bantam: 1. Niebler (Reilingen). – Leicht: 1. Cakici (Goldbach). – Mittel: 1. Otto (Aldenhoven). – Schwer (bis 100): 1. Cichon (Aalen). – Fliegen: 1. Tutsch (Aalen). – Feder: 1. Helmdach (Witten). – Welter: 1. Knosp (Urloffen). – Halbschwer: 1. Lukowski (Witten). – Superschwer: 1. Bremmer (Anger) 4 Siege.

SKI NORDISCH

Salpausselka-Spiele in Lahti/Finnland, Nordische Kombination (Weltcup): 1. Weinbuch (Deutschland) 414,00 Punkte, 2. Andersen (Norwegen) 412,990, 3. Sulzenbach (Österreich) 409,425, 4. Ylipulli (Finnland) 406,895, 5. Müller 401,980, 6. Wucher (beide Deutschland) 401,135. – Stand im Weltcup: 1. Weinbuch 110, 2. Müller 86, 3. Andersen 64. – Weltcup-Springen, 70-m-Schanze: 1. Nykänen 225,7, 2. Puikonen (beide Finnland) 215,0, 3. Vettori (Österreich) 212,6, ... 9. Rohwein 197,4, ... 30. Schilli 171,0, ... 39. Steiert 163,3, ... 43. Ihle 155,6, ... 55. Klauser 73,7, ... 77. Bauer (alle Deutschland) 61,9. – Stand im Weltcup: 1. Nykänen 210, 2. Vettori 194, 3. Felder 130. – **15-km-Langlauf**, Herren, Weltcup: 1. Mogren 41:18,92, 2. Svan (beide Schweden) 41:23,41, 3. Vanzetta (Italien) 41:52,29, 4. Behle (Deutschland) 42:04,24. – Stand im Weltcup: 1. Svan 140, 2. Mogren 89, 3. Smirnow (UdSSR) 68, ... 9. Behle 25.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Damen in Furano/Japan: 1. Walliser 1:19,92, 2. Oertli (beide Schweiz) 1:20,11, 3. Graham 1:20,32, 4. Savijarvi (beide Kanada) 1:20,37, 5. Gutensohn (Österreich) 1:20,46, 6. Figini (Schweiz) 1:20,74, ... 18. Kiehl 1:22,34, ... 23. Dedler (beide Deutschland) 1:23,01. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Walliser 231 Punkte, 2. Hess 210, 3. Schneider 170, 4. Figini 169, 5. Oertli 160, 6. Gutensohn und Kiehl je 129, 8. Gerg 127. – 4. **Super-G** der Damen in Furano: 1. Savijarvi 1:20,43, 2. Winkler (Österreich) 1:21,04, 3. Fletcher (USA) 1:21,09, 4. Haight (Kanada) 1/21,35, 5. Charvatova (CSSR) 1:21,40, 6. Kiehl 1:21,69, ... 11. Gerg 1:22,12, 12. Dedler 1:22,16, 13. Wiesler 1:22,19, ... 17. Hächer 1:22,43, ... 19. Mösenlechner 1:22,54. – Stand im Weltcup: 1. Walliser 231, 2. Hess 217, 3. Figini 177, ... 6. Kiehl 134, 7. Gerg 132. – Stand im Super-G: 1. Kiehl 50, 2. Marzola 47, 3. Savijarvi 41, 4. Hächer 40.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: 1. Be-Lolshan (G. Bocskai), 2. Tassia, 3. Wonce More, Toto: 19/11, 13, 14, ZW: 64, DW: 328, 2. R.: 1. Fernandina (B. Selle), 2. Oswell, 3. Monte Grande, Toto: 32/12, 12, 14, ZW: 116, DW: 440, 3. R.: 1. Shelta (St. Eccles), 2. Silver Queen, 3. Talent, Toto: 212/54, 20, 34, ZW: 1012, DW: 6900, 4. R.: 1. Ostruf (J. Ochocki), 2. Naibo, 3. Friedenspracht, Toto: 40/20, 50, 16, ZW: 1880, DW: 4244, 5. R.: 1. Tramper (R. Malinowski), 2. Beach Boy, 3. Bergadler, Toto: 48/12, 11, 10, ZW: 192, DW: 304, 6. R.: 1. Port Raschid (A. Tylicki), 2. Kaskadeur, 3. War o'Kahn, Toto: 152/46, 42, 38, ZW: 1952, DW: 26 560, 7. R.: 1. Taros (J. Orihuel), 2. Patrick, 3. Torero, Toto: 20/11, 12, 13, ZW: 56, DW: 168.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 11, 13, 24, 26, 41, 42, Zusatzzahl: 34. – **Spiel 77**: 5 1 9 0 7 1 9. – **Toto, Elferwette**: 2, 0, 0, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 2, 1. (Ohne Gewähr).

SKI NORDISCH

Begeisterung um Weinbuch und Jochen Behle

sid/dpa, **Lahti**

Jochen Behle und Hermann Weinbuch begeisterten bei den Salpausselkäö-Skispielen in Lahti die finnischen Zuschauer. Im 15-Kilometer-Langlauf belegte der 25jährige Willinger Jochen Behle überraschend den vierten Platz. Mit 45,3 Sekunden Rückstand kam er hinter den beiden Schweden Torgny Mogren und Gunde Svan sowie dem Italiener Giorgio Vanzetta ins Ziel. Behle war eine Startnummer vor Svan in die Spur gegangen, der bei 6,5 Kilometer an ihm vorbeizog, in dessen Windschatten Behle jedoch zum zweiten Mal in diesem Winter Vierter werden konnte. „Ich gehöre eben doch noch nicht *zum alten Eisen*", meinte Behle, der sich auf den neunten Rang der Weltcup-Wertung (25 Punkte) vorschieben konnte.

Hermann Weinbuch, der Doppel-Weltmeister aus Berchtesgaden, lief indes bei der zum Weltcup zählenden nordischen Kombination die Konkurrenz in Grund und Boden. Der 25jährige hatte nach dem Springen überraschend nur auf Platz 13 gelegen, spurtete aber über 15 Kilometer mit der absolut besten Zeit an allen Gegnern vorbei und kam mit 150 Metern Vorsprung vor dem norwegischen Weltcup-Sieger des letzten Winters, Geir Andersen, ins Ziel. Bundestrainer Döpp: „Das war Weinbuchs größter Sieg."

Weinbuch baute durch diesen Erfolg seine Führung in der Weltcup-Gesamtwertung mit 110 Zählern auf 24 Punkte vor seinem Teamgefährten Thomas Müller aus Oberstdorf (86) aus. Müller wurde in Lahti Fünfter. Weinbuch dürfte in den letzten beiden Saison-Rennen der Gesamtsieg *im Weltcup kaum mehr zu nehmen* sein.

Einen finnischen Sieg gab es beim Spezialspringen von der 70-Meter-Schanze: Es siegte Weltmeister und Olympiasieger Matti Nykänen, der bei idealen Bedingungen vor 10 000 Zuschauern 86,5 und 89 Meter weit flog und dafür 225,7 Punkte erhielt. Peter *Rohwein aus Isny erkämpfte* sich mit einer Note von 197,4 (81,5 und 81 Meter) den neunten Platz.

So erfreulich diese Placierung war, so enttäuscht war Bundestrainer Ewald Roscher über das Abschneiden seiner Stars Thomas Klauser (Reit im Winkl) und Andreas Bauer (Oberstdorf), die auf der kleinen Schanze in Lahti einfach nicht zurechtkamen. Beide patzten im ersten Durchgang mit 70 und 64,5 m und erreichten nicht das Finale der fünfzig Besten. Das schafften Rolf Schilli (Schonach), Wolfgang Steiert (Hinterzarten) und Thomas Ihle (Oberstdorf), die die Plätze 30, 39 und 43 belegten.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714.

Pankraz, das Fest und die Filmpreisträger

Die Fernsehzuschauer waren schockiert. Das sollte ein Fest sein, ein Künstlerfest gar? Es war nicht einmal der Lumpenball aus der Bettleroper. Jede Abiturfeier in einem Provinzgymnasium, jede abendliche Lampion-Gaudi eines x-beliebigen Laubenpiepervereins entfaltet mehr Witz und Charme als das, was da in stundenlanger Übertragung als „Abschlußfeier der Berliner Filmfestspiele“ über den Bildschirm leierte. So etwas Verwahrlostes, Uninteressiertes und Zuschauerfeindliches hatte man bisher noch nie zu sehen bekommen im deutschen Fernsehen, und das will bekanntlich einiges heißen.

Dabei ging es gar nicht in erster Linie um die krassen Fehlentscheidungen, die da vom Podium herunter verkündet wurden. Es ging um die Form, in der das geschah, um das Ambiente, um das Flair der Veranstaltung. Gerade beim Film sind ja die Erwartungen, was Form, Ambiente und Flair betrifft, einigermaßen hochgespannt. Man erinnert sich der glanzvollen Abschlußfeiern früherer Berlinalen, man erinnert sich der Oscar-Verleihungen in Hollywood mit ihren rauschenden Star-Vorfahrten, mit den spritzigen Schau-Einlagen, den gutgelaunten Laudatoren, den wohleinstudierten, tränenreichen Dankesreden der Ausgezeichneten, dem festlich gekleideten Publikum.

Nichts davon, aber auch rein gar nichts, in Berlin 1986. Es gab keine Star-Vorfahrt, keine Schau, keinen souveränen *arbiter elegantiarium*. Statt eine Laudatio auf den Hauptgewinner zu halten, demonstrierte die Jury-Präsidentin Abneigung und Gleichgültigkeit. Der „Festspiel-Leiter“ scheuchte seine Preisträger wie Küken übers Podium, und diese schnappten sich ihren Preis, als fürchteten sie, daß er ihnen gleich wieder weggenommen werde, als hätten sie ein schlechtes Gewissen wegen dieses Preises (und sie hatten wohl auch tatsächlich ein schlechtes Gewissen).

Der Kameraschwenk ins Publikum enthüllte eine Meute muffiger Rollkragenpullover, die offenbar nur darauf warteten, endlich ans kalte Büffet herangelassen zu werden. Kein einziges festliches Abendkleid, kein Smoking, nicht die kleinste äußerliche Extravaganz. Man sah das Ambiente eines Luftschutzbunkers bei der Übung des Ernstfalls, oder besser: das Ambiente einer kirgisischen Postsparkasse bei der Rentenauszahlung für Weltkriegsveteranen.

Und das war dann wohl auch das Deprimierendste an diesem Berliner „Filmfest“: Seine Ungepflegtheit und Niveaulosigkeit entsprangen nicht etwa kulturrevolutionärer Absicht, es ging nicht darum, den Bürger durch die bewußte Ausstellung von Verwahrlosung zu schokken und zu vergraulen, sondern was hier von den Öffentlich-Rechtlichen beflissen abfotografiert wurde, war „ganz normaler“ kultureller deutscher Alltag. Niemand wollte mehr provozieren, die Vertreter der „alten bürgerlichen“ (Film-)Kultur, die man hätte provozieren können, waren ja längst weggebissen. Man war volkommen unter sich und konnte sich so geben, wie man wirklich war.

Wie oft hat Pankraz in den späten sechziger, frühen siebziger Jahren gehört, die vielen damals „umfunktionierten“ (sprich: gestörten oder verhinderten) Feiern und Feste würden „nach dem Sieg“ sehr viel schöner, bunter und fröhlicher wiederauferstehen, ja man würde dann erst richtig Feste feiern können! Nun, heute läßt sich die Probe aufs Exempel machen, denn die Umfunktionierer von einst sitzen überall in den Festspielleitungen und gebieten über umfangreiche Kulturetats. Und was geschieht? Die „Feste“, die von ihnen organisiert werden, siedeln im Niveau äonentief unter denen, die von ihnen attackiert oder verhindert wurden.

Es wird im Grunde überhaupt nicht mehr gefeiert, es wird auch *nicht mehr im eigentlichen Sinne* ausgezeichnet, und niemand freut sich mehr zusammen mit den Ausgezeichneten. Vielmehr geht es nur noch um das nackte, geschäftsmäßige Zuteilen von Renten und Zuschüssen, von „Staatsknete“ in jedweder Form. Die Anzahl der Kultur-, der Literatur-, Kunst- und Filmpreise hat in den letzten Jahren explosionsartig zugenommen, so daß man in Deutschland mittlerweile schon ein sehr guter, wirklich unbequemer Künstler sein muß, um *keinen* Preis zu erhalten. Aber die Inflation der Preise ging parallel zur Deflation des Preisens. Man führt die vielen Preise ab wie einen Tribut an irgendwelche maulenden Barbaren und hält dabei den Dekor so klein wie möglich.

Gleichzeitig schreckt man in aller Ahnungslosigkeit nicht davor zurück, über die wenigen noch intakten Preisverleihungs-Feste mit dünnstem Witz herzuziehen. Die amerikanischen Oscar-Feiern werden überheblich als „typischer Hollywood-Rummel“ und als „Schau“ abgetan (als gehörte das Schau-Element nicht notwendig zu jeder Art von Feier dazu!). Und die Berliner *„Hörzu“-Soireen aus* Anlaß der „Goldenen Kamera“, deren Qualität man ja jetzt, nach Besichtigung des Berlinale-Desasters, endlich einmal richtig würdigen könnte, überläßt man mit herabgezogenem Mundwinkel den Fernsehfunktionären und der „Unterhaltung“.

Auf Dauer ist ein solches Verhalten natürlich verhängnisvoll für die Kultur. Die Unfähigkeit zu feiern wirkt sich auf eine bestimmte soziale Gruppe mindestens ebenso negativ aus wie die viel beredete Unfähigkeit zu trauern. Im Fest, in der Feier sahen schon die alten Griechen den wichtigsten Kitt sowohl für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch für die Verbindung des Menschen mit dem Göttlichen. Am Fest wirkten die besten *Künstler mit, und sein Gelingen* bekräftigte deren mythische Statur und handwerkliche Außerordentlichkeit.

Mag sein, daß es modernen Künstlern und vor allem modernen Filmemachern weder um mythische Statur noch um handwerkliches Können geht. Sie dürfen sich dann freilich nicht wundern, wenn sie auch ihr ureigenstes „Anliegen“ immer seltener über die Rampe bringen.

Pankraz

Frankfurt eröffnet seine neue Kultur-„Schirn“ mit einer Ausstellung über „Die Maler und das Theater“

Farbenfroher Auftritt für Edvard Munch

Jetzt ist sie also in Aktion, die „Schirn“, das neue Frankfurter Kulturhaus zwischen Römer und Dom. Und da das Haus und das Theater am Turm organisatorisch verbunden sind, wollte der Leiter Christoph Vitali die erste Kunstausstellung eben dieser Verbindung widmen, und so zeigt er „die Maler und das Theater im 20. Jahrhundert“.

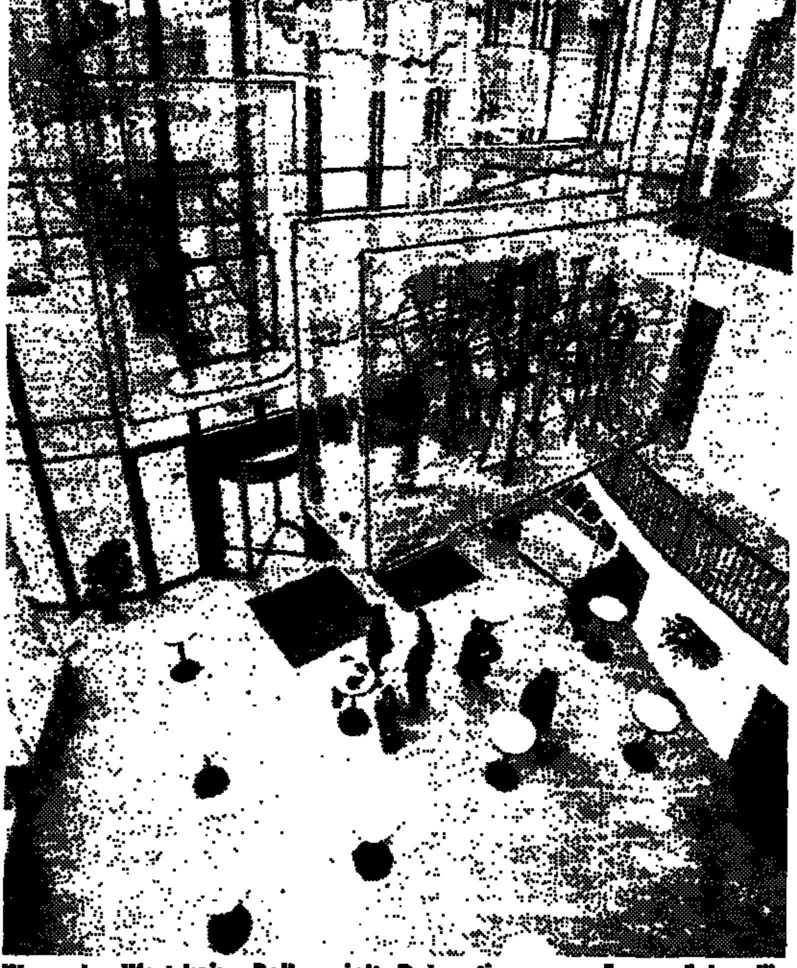
Gleichzeitig, das ist eine sehr gute Idee, zeigt am jenseitigen Museumsufer das Städel in einer Ausstellung mit dem Titel „*Raumkonzepte*“ konstruktivistische Tendenzen in Bühnen- und Bildkunst zwischen 1910 und 1930. Da liegt das Schwergewicht auf dem Vergleich der Bühnenbildnerei mit den freien Arbeiten der Künstler, während die Schirn-Ausstellung darauf vertraut, daß die Bühnenarbeiten selbst autonome Kunstwerke sind.

Beide Ausstellungen demonstrieren den Drang aller *Künste seit dem* Fin de siècle, neue Wege zur Wirkung der Kunst auf den Menschen zu finden, sei es durch symbolische Charakterisierung der Bühnenfiguren, sei es durch stilistisch oder je nach Sujet auch politisch revolutionäre Einrichtung des Bühnenbildes, immer im Wandel der je neuesten bildnerischen Stilrichtungen.

Am freiesten ist der Bildende *Künstler auf dem Theater*, wenn das Wort keine Rolle spielt, also im Ballett. Das wird in der Schirn wunderbar sichtbar am Umkreis der Merce-Cunningham-Mitarbeiter (Rauschenberg, Warhol, Johns, Dine); geradezu phantastisch sind Rauschenbergs pointillistische Bühne und Trikots in „Summerspace“.

Extremformen waren zur Zeit der von Julio Le Parc erfundenen Kine*visualität* in den siebziger Jahren Licht- und Formspiele, die von der Bühne lediglich Gebrauch machten, um ihre spezielle Kunstrichtung vorzuführen. Vielleicht wird derartiges, das nur dem Namen nach Theater ist, in den begleitenden Filmvorführungen der Schirn zu sehen sein.

Überhaupt nicht ausstellen kann man das fundamentale Problem des Wortes. Lenkt die autonome künstlerische Bühnengestaltung vom Wort ab? Unterstützt sie das Wort? Überdeckt sie schwachen Text? War die Wirkung der ausstattungslosen antiken Bühne, des elisabethanischen *Theaters oder auch Heinrich Kochs* leere Bühne nach 1945 ein Nichtkönnen oder ein Nichtwollen? Und wenn



Wenn das Wort keine Rolle spielt: Dekorationen von Jasper Johns für Merce Cunningham, installiert in der Frankfurter Schirn FOTO: UDO WEITZ

Nichtwollen, warum? Da mußten also der Schauspieler und das Wort des Dramatikers ganz allein „Farbe“ bekennen.

Wieso ist die künstlerische Ausstattung ein neuer Weg zur Wirkung? Die Welt hat sich weder unter der Wucht der Sprache, „Spiegel und abgekürzte Chronik des Zeitalters“, noch unter der bildkünstlerisch überfluteten Bühne geändert. Und warum sollte „das Kostüm den Charakter einer erdachten *Person charakterisieren*“ (Natalja Gontscharowa)? Macbeth also finster kostümieren? Naive Idee. Die sinistersten KZ-Mörder sahen oft wie harmlose Spießer aus. Kostümiert Macbeth, wie ihr wollt, das hat gar keine Bedeutung. Das Zitat paßt einzig und allein auf das Ballett.

Die „Raumkonzepte“ im Städel sind konsequent durchgeführt. Es beginnt mit Gordon Craig, der 1912 in Moskau das Bühnenbild zu Stanislawskis Hamlet-Inszenierung machte. Er verlangte das Regie-Kunstwerk: Bewegung, Wort, Linie, Farbe *als gleichrangige zueinandergeordnete* Elemente. (Tairows „Entfesseltes Theater“ der zwanziger Jahre bringt übrigens dieses Prinzip zu einem Höhepunkt; statt Spiel auf ebener Bühne vor gemalter Kulisse, stehen nun begehbare Gerüste mitten auf der Bühne und erlauben dem Schauspieler *rhythmischen Körperausdruck* im Raum).

Für ein gründliches Eindringen in die konstruktivistischen Ideen ist allerdings das Studium des Katalogs unentbehrlich. Doch ein wissenschaftlich anspruchsloser Besucher *kann auch einfach die Kunstwerke* und hübschen Bühnenmodellchen bewundern. Neben den 160 Theaterexponaten findet man 80 freie Kunstwerke.

Die zeitliche Gliederung: russische Konstruktivisten (Popowa, Exter, Lissitzky, Stenberg u.a.), De Stijl (Mondrian, v. Doesburg u.a.), Bauhaus (Moholy-Nagy, Kandinsky, Schlemmer, Weininger), *deutsche* Konstruktivisten (Edvard Munch, Erich Buchholz, George Grosz, Willi *Baumeister usw.), politisches* Theater (hauptsächlich Traugott Müller für Piscator-Inszenierungen). Übrigens steht der Szenenentwurf des oben genannten Ljubow Popowa für eine Meyerhold-Regie als großes nachgebautes Gerüst im Innenhaus der Schirn.

Womit wir wieder bei der Schirn-Ausstellung angelangt sind. Und da befinden wir uns vor einem gigantischen Bilderbogen mit einem gigantischen Katalog von fast 700 Seiten in der Hand. Tausend Objekte, davon ein *Drittel* aus *Rußland*, unverhältnismäßig viel aus lauter Freude über die sowjetische Bereitwilligkeit.

„Prolog“ heißt es am Eingang, das sind Plakate und Theaterzettel von Toulouse-Lautrec, Sèrusier und Vuillard. Und damit „betritt der Maler die Bühne“. Unerwartet farbenfroh die Szenenbilder von Edvard Munch.

Es folgt eine Picasso-Flut, in der mir das beste, ein Bühnenvorhang zum „*Train bleu*“, entgangen *ist; ich* habe es hinterher im Katalog entdeckt. Also unübersichtlich angeordnet? Nein, die *Zweifel* an der Praktikabilität des langen schmalen Saales sind durch raffinierte fächerförmige Stellwände ausgeräumt. Den Abschluß des Saales bildet ein gewaltiger Prospekt von Mirò. *Dann Derain*, de Chirico, Matisse, Gris, die italienischen Futuristen (bei der Vorbesichtigung noch nicht eingetroffen), *Male*witsch usw. usf.

Tadeusz Kantors Originaldekoration (in einer Schulbank sitzende Puppe) aus seinem Stück „Die tote Klasse“ fällt ganz aus dem Thema heraus, denn hier ist nicht nur Autor und Maler eins, hier ist die „Dekoration“ *selbst ein Element* des Textes.

Zum Schluß, die beiden sehr schönen Ausstellungen ändern nichts daran, daß der Berichterstatter, der die Kunst und das Theater für Barrikaden gegen die Melancholie des Daseins hält, auf Seiten des Euripides und des Shakespeare bleibt. (Schirn *bis 19. Mai, Katalog 48 Mark*; Städel bis 25. Mai, Katalog 45 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Thomas Bernhards neues Stück „Einfach kompliziert“ am Berliner Schiller-Theater uraufgeführt

Wenn der Mime Minetti auf Mäusejagd geht

Thomas Bernhard, der Einsiedler auf seinem einsamen Bauernhof in Oberösterreich, spinnt seine Theaterstücke ab wie eine scheinbar mißmutige Spinne. Jede neue Hervorbringung seiner erstaunlichen Produktion ist die Variation eines großen, schier endlosen Lamentos. Ihn ekelt, scheinbar, die ganze Welt. Die Protagonisten, die er auf die Bühne schickt, sind alle dem Wahnsinn nahe. Sie sind Gescheiterte. Sie sind zumeist von der Kunst und dem landläufigen Kunstbetrieb vergiftete Gestalten.

Die Kunstfiguren, die er sozusagen in Serie poetisch hervorbringt, sind durch den Umgang mit der Kunst (oder das, was sie dafür absurderweise halten) zutiefst korrumpiert. Kunst, das will Bernhard in immer neuen Variationen erweisen, macht den Menschen engstirnig. Sie macht ihn töricht. Kunst macht nicht frei. Kunst macht schier irre. Kunst sei *lebensfeindlich*.

Das zu belegen, geht er selber aber mit geradezu belustigender Kunstfertigkeit zu Werke. Seine Bühnengebilde sind aufregend. Sie erwecken nur scheinbar Mitleid mit seinen eigenen, immer verkorksten Kunstfiguren. Dieser Dramatiker nutznießt von der Volkserfahrung, daß „sauer“ zugleich immer auch „lustig machen“ könne. Nach diesem Rezept kocht der Autor alle seine szenischen Erfindungen ab. *Es ist immer die gleiche. Aber alle* sind deutlich in diesem Doppelgriff hochbegabt.

In dem Sinne ist seine jüngste Hervorbringung, die sich diesmal „Einfach kompliziert“ nennt, thematisch wahrlich keine Überraschung. Ein kleines Stück. Es währt, pausenlos *gespielt, weniger als anderthalb* Stunden. Ein großes, kleines Solo für Bernhards Lieblingsschauspieler, Bernhard Minetti, wie schon so oft und so meisterlich.

Ein alter Mime, nie eigentlich zum Durchbruch gekommen, vegetiert wieder in Weltverlassenheit, ständig in der Erinnerung lebend und hadernd, in seiner verwohnten Mietstube. Ein Bett. Zwei Stühle. Ein Tisch. Ein Eisschrank. Ein uraltes Tonbandgerät steht auf der Erde wie eine Reminiszenz an Becketts „Letztes Band“.

Der Mann greint dem Tode seiner Frau nach. Er liest Schopenhauer und zitiert ihn, ohne ihn je recht verstanden zu haben. Er hat sich in seinem tiefen Mißmut gegen jede Außenwelt verbarrikadiert. Auf die Straße geht er nicht mehr. Er blickt höchstens vom Fenster, voller Menschenverach*tung und Galle, auf sie herab.*

Nur zweimal die Woche läßt er sich von einem *stummen* Mädchenkinde besuchen. Das bringt ihm einen halben Liter Milch, obgleich er Milch verachtet und haßt. Ist das Mädchen fort, gießt er sie gleich ins Klo. Er holt die Insignien seines verkorksten Kunstlebens zuweilen aus der Lade, setzt sich die Krone auf, die er (diesmal) „in Duisburg“ als Shakespeares Richard III. von den dortigen Stadtvätern als Ehrung und Geschenk vor Jahren erhielt. Sonst ist er, mumpfelnd, auf Mäusejagd, ein renitentes Kunstwrack.

Zu den bedeutenden Produktionen unter Bernhards (sozusagen immer belustigend-schiefmäuligen) Hervorbringungen gehört diese neue Variation seines großen Lamentos sicher nicht. *Es ist* nur eine Art nachgeschobener Skizze, ein kleines Bühnenfutter für den so oft bewährten Bernhard-Interpreten, eben Bernhard Minetti. Dem ist es auch ausdrücklich gewidmet.

Minetti nimmt sich der bitteren Sache denn auch mit bekannter Meisterschaft an. Zuerst ist er, diesmal unter der *Regie* von Klaus André, noch etwas wie gehemmt. Er scheint nur beschwerlich in den Lauf der langen, doppelt gewürzten Solotiraden zu kommen. Sein Tempo ist zu langsam, um gleich auch die latente Komik aus der Bitternis seiner oft blödsinnig abwegigen Sprechkaskaden zu schlagen. Dann aber kommt, zumal wenn er das kleine stumme Mädchen mit einer geradezu rührenden Väter*lichkeit* empfängt und *sie* mit seinen negativistischen Ratschlägen vorsorgt – dann kommt Minetti grandios wieder in seine volle Form. Er wird am Ende begeistert gefeiert. Zu Recht.

Wie heißt es doch? – „Alter Witz – gut erzählt – wirkt wie neu.“ Auch ein *minderer Bernhard sitzt noch voller* böser Sottisen und garstiger Komik.

FRIEDRICH LUFT

Die nächsten Aufführungen finden am 8., 11., 18. und 24. März statt; Karteninformationen Tel. 030-31951

Rendezvous des teuren Schönen: Die Westdeutsche Kunstmesse in Düsseldorf

Aufforderung zum Konsumverzicht

Kunstsammeln ist zuerst Konsumverzicht“ beschied Günther Abels bei der Eröffnungspressekonferenz zur 17. Westdeutschen Kunstmesse in Düsseldorf. Wer jedoch die Halle 13 des Messegeländes betritt, neigt eher dazu, das Gegenteil anzunehmen. Denn gleich am Eingang sieht er sich dem Hochadel des deutschen Antiquitätenhandels, Neubaus aus Würzburg und Bernheimer aus München, gegenüber. Wer da mithalten will bei Louis XV.-Möbeln oder italienischen Fauteuils aus dem 18. Jahrhundert mit originalen Bezügen in Point-Stickerei, muß schon weit mehr als den Gegenwert für einen *feinen Mercedes* hinlegen. Wer dagegen nur auf den Betrag verzichten mag, den ein VW kostet, muß so diese und manche anderen Stände meiden. Denn wenn auch die „Kunst“ im Titel *der Veranstaltung* voransteht, die „Messe“ ist das Agens.

Die Preise sind zwar stabil geblieben, haben sich von dem pendelnden Dollarkurs nicht beeinflussen lassen, aber niedrig sind sie deswegen nicht, jedenfalls wenn es sich um besondere Stücke handelt. Und daran mangelt es bei dieser Messe nicht. Das beschränkt sich nicht nur auf die „klassischen“ Gebiete wie Möbel, Teppiche, Porzellan, Glas, Silber, sondern *strahlt auch ins Exotische aus.* So kostet das teuerste Stück bei der Galerie Ethnographica Henseler, München, die Gedenkfigur für einen Verstorbenen aus Neuirland, Ozeanien, 36 000 Mark. Entsprechende Figuren aus Afrika beginnen im Kleinformat bei 400 Mark und steigen bis 20 000, während die Masken *von* der Elfenbeinküste, die durch ihre abstrahierende Reduktion faszinieren, sich zwischen 5000 und 8000 Mark bewegen.

Auch für Japanisches, jedenfalls wenn es von ungewöhnlicher Qualität ist, muß man sich mit fünfstelligen Beträgen abfinden. Die Kölner Galerie Eike Moog bietet beispielsweise eine der seltenen Landschaften von Bosai (1752-1826), dem japanischen Konfuzianer, der sich sonst auf *Kalligraphien beschränkte*, für 17 000 Mark an. Und für den berühmten Farbholzschnitt von Hiroshige mit der „Großen Brücke im Regen“ in einem vorzüglichen Abzug erwartet die Ukiyo-e Galerie Egenolf in Düsseldorf sogar 22 000 Mark. Allerdings bietet sie für bescheidenere Ansprüche Farbholzschnitte aus der Tokaido-Serie desselben Künstlers bereits für 480 Mark an.

Das Praktische mit dem Schönen *verbinden so unterschiedliche Aus*steller wie Ulf Breede, Kiel, der sich auf alten Schmuck spezialisiert hat, und das Alterna Kontor für antike Öfen in Berlin. Bei Breede kann man Renaissanceschmuck aus dem Historismus z.B. von Vaster für 30 000 Mark oder original aus der Renaissance für 130 000 Mark erwerben. Solcher Schmuck, der nicht mit Brillanten oder offensichtlich teuren Metallen prunkt, wird nicht nur als Sammlungsstück erworben, er wird auch getragen. Entsprechend ist es in 90 Prozent der Fälle bei den Öfen. Wer einen alten Gußeisernen (für 5000 bis 20 000 Mark) oder einen historischen Kachelofen erwirbt, der einfachste ist für 20 000 Mark zu haben, der teuerste, ein um 1700 gebauter Rokoko-Fayence-Ofen, für 130 000 Mark, kann ihn in Betrieb nehmen, wenn er ihn für noch einmal 5000 bis 10 000 Mark hat aufbauen lassen.

Aber natürlich muß man auf dieser Messe nicht unbedingt Konsumverzicht praktizieren. Man kann sich auch ohne Kaufabsicht an der Fülle des Schönen, das hier zusammengetragen wurde, erfreuen. (Bis 9. März, täglich 11 bis 20 Uhr.)

PETER DITTMAR



„Malangan“-Gedenkfigur aus Ozeanien auf der Westdeutschen Kunstmesse FOTO: ETHNOGRAPHICA

Julian Breams Tournee

Ritter mit Laute und Gitarre

Die Aura der Weltautorität umgibt ihn wie ein lockerer, sportlicher Mantel; er hat nichts von der olympischen Unerreichbarkeit Segovias. Julian Bream aus Battersea, London, schüchtert in seiner künstlerischen Größe nicht ein; er ist ein schmunzelnder *Maestro*, auch wenn er seine Stücke kommentarlos vorführt, stets doch verbindlich, mit Freude an Menschen und an *Kommunikationen*.

Der 52jährige Blumenzüchter, Gourmet und Impulslieferant für Gitarrenbauer, dem schon Britten, Walton, Henze, Berkley und Arnold Werke *in die Finger* schrieben und der bereits als 14jähriger in Cheltenham debütierte, ist heute unbestritten der Proteus der klassischen Gitarre (und, erst recht, der Laute). Deshalb kann man ihn gut und gerne etwa alle zwei Jahre auf Deutschland-Tour „ertragen“, ohne seiner je überdrüssig zu werden: *Julian Breams Startplatz war* jetzt Hamburgs Musikhalle, wo sein unvergleichlicher Ton, seine wahrhaft „swingende“ Phrasierung in jeden Winkel des Hauses drangen.

Bream wertet noch jedes alte Schlachtroß – wie Albeniz' „Torre Bermeja“ – glänzend auf, braucht sich um die Konkurrenz der heranrückenden jüngeren Gitarristenelite kein Kopfweh zu machen, denn mögen manche Jüngeren technisch überlegen, gar vortragssicherer sein: Die Persönlichkeit, die seiner Interpretation immer wieder den Ritterschlag verleiht, bleibt *einzigartig*.



Proteus der klassischen Gitarre: Julian Bream FOTO: CHRISTA KUJATH

Und: Bream war nicht gekommen, um als Gitarrist für Gitarristen zu *spielen, sondern* für ein Publikum, das seinerseits gekommen war, um den Musiker Bream zu hören. Und dieses *Publikum reagierte begeistert* und ließ den großen Engländer erst nach drei Zugaben von der Bühne, darunter Bachs h-Moll-Sarabande.

Mit Bach auch begann der Abend, gleich mit zwei Suiten, erst der e-Moll BWV 996 mit der vertrauten Bourree, in der Bream doch noch ein wenig auf der Suche nach seiner Identität wirkte, dann mit der g-Moll BWV 995: Die war *abgerundet ließ den Meister als* unübertrefflichen „Dampfmacher“ hören. Nach der Pause zwei relativ unpopuläre Sors, darunter die schwermütige Fantasia Elegiaca op.59, *von Bream* aufgewertet in strahlendem Ton. Dann die vertraute spanische Atmosphäre mit Manuel Ponces Sonatina von 1932 und, wie gesagt, Isaac Albeniz.

ALEXANDER SCHMITZ

Tourneedaten: 4. 3. Gießen, 6.3. Frankfurt, 8. 3. München, 10.3. Wien

JOURNAL

Die Auswahl für das Berliner Theatertreffen

AP, Berlin

Für das Theatertreffen Berlin *1986 vom 2. bis 20. Mai hat eine* siebenköpfige Jury sieben Stücke ausgewählt und vorgeschlagen, die Theatertruppen nach Berlin einzuladen. Es sind dies Pierre Marivaux' „Triumph der Liebe“ der Schaubühne am Lehniner Platz, Heinrich von Kleists „Amphitryon“ von den *Bühnen der Stadt Bonn, Thomas* Bernhards „Der Theatermacher“ vom Schauspielhaus Bochum, Reinhild *Hoffmanns* „Föhn“ vom Theater Bremen, Sophokles/Hölderlins „Ödipus“ vom Thalia Theater Hamburg, Herbert Achternbuschs „Gust“ vom Bayerischen Staatsschauspiel München und David Mamets „Hanglage Meerblick“ vom Staatstheater Stuttgart.

Ein Kokoschka-Denkmal in Wien enthüllt

dpa, Wien

Ein Denkmal für den Maler Oskar *Kokoschka ist am 100. Geburtstag* des Künstlers vor der Wiener Hochschule für angewandte Kunst enthüllt worden. Auf einer Säule steht der metallene Kopf Kokoschkas, wie ihn in den sechziger Jahren der Bildhauer Alfred Hrdlicka geschaffen hat. Das Porträt war von dem Wiener Architekten Franz Heinrich Sobotka gekauft und zur Aufstellung vor der einstigen Kunstgewerbeschule bestimmt worden, an der Kokoschka studierte.

Max Frisch erhält US-Literaturpreis

AP, Norman/Oklahoma

Der Schweizer Dramatiker und Romanautor Max Frisch hat den mit 25 000 Dollar dotierten Internationalen Neustadt-Preis für Literatur erhalten. Frisch wurde aus einer Reihe von zehn vorgeschlagenen Schriftstellern ausgewählt. Den *Preis hat der Herausgeber der Inter*nationalen Literaturzeitschrift der Universität von Oklahoma, Iwan Iwask, gestiftet.

400 Schriftsteller zum Hamburger Pen-Kongreß

dpa, Hamburg

Insgesamt 400 Autoren werden zum 49. Internationalen PEN-Kongreß *in Hamburg* vom 22. bis 29. Juni erwartet. Zu den bekanntesten unter den 250 ausländischen Autoren gehören Alberto Moravia (Italien), Susan Sontag (USA) und Margaret Atwood (Kanada). Die „DDR“ wird von Christa Wolf vertreten. Hauptredner des Eröffnungsple*nums am 22. Juni ist Günter Grass.* Drei Tage lang werden sich Mitglieder in vier öffentlichen Sitzungen mit dem Thema „Zeitgeschichte im Spiegel zeitgenössischer Literatur“ beschäftigen.

Preis für „Milena“ von M. Buber-Neumann

AFP, Paris

Für ihr Werk „Milena“ ist die deutsche Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann in Paris mit dem Preis des besten *ausländischen* Buches 1984/85 ausgezeichnet worden. Ihr wurde die Auszeichnung in der Kategorie „Essay“ zuerkannt. Der Preis ging zugleich an den Mexikaner Fernando del Paso für seinen Roman „Palinure de Mexico“.

THEATER-KALENDER

4. **Hamburg**, Thalia Theater; Wedekind: *Der Marquis von Keith* (R: Langhoff)
5. **Stuttgart**, Theater der Altstadt; Rosendorfer: Oh, Tyrol oder Der Letzte auf der Säule (U) (R: Heydenreich)
8. **Wien**, Akademietheater; Williams: *Die Glasmenagerie* (R: Klingenberg)
   Wilhelmshaven, Landesbühne; Skármeta: Brennende Geduld (R: Skármeta)
9. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Kratz: Blut (DE) (R: Drexel)
   München, *Kammerspiele*; Bekkett: Glückliche Tage (R: Tabori)
12. **Leverkusen**, Werkbühne Bayer; Rosendorfer: Dem Manne kann geholfen werden (U) (R: Scholkmann)
14. **München**, Kammerspiele; Shakespeare: Troilus und Cressida (R: Dorn)
15. **Erlangen**, Theater; Shepard: Liebestoll (DE) (R: Zametzer)
    München, Residenztheater; Kroetz: Der Nusser (U) (nach Toller) (R: Kroetz)
16. **Essen**, Bühnen; Euripides: Iphigenie in Aulis u. Die Troerinnen (R: Heyme)
    Osnabrück, Städt. Bühnen; Strahl: *Das Blaue vom Himmel* (U) (R: Moniac)
20. **Berlin**, Freie Volksbühne; Hopkins: Diese Geschichte von Ihnen (R: Löscher)
22. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Brecht: Mutter Courage (R: Eschberg)
23. **Frankfurt**, Städt. Bühnen; Miller: Hexenjagd (R: Hilsdorf)
26. **Berlin**, Schiller-Theater; Bekkett: *Bruchstücke (R: Arnold)*
27. **Augsburg**, Städt. Bühnen; Rosendorfer: Zeit zu reden, Zeit zu schweigen (U) (R: Wilhelm)
    Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Molière: Der Bürger als Edelmann (R: Savary)
    Köln, Schauspiel; O'Casey: Das Freudenfeuer für den Bischof (R: Winkelgrund)
28. **Hamburg**, Thalia Theater; Molière: Der Menschenfeind (R: Gosch)
29. ***Göttingen***, Deutsches Theater; Claudel: Der seidene Schuh (R: Fleckenstein)

Pannen bei Smog-Alarm in Niedersachsen

rev. Hannover

Nach groben Pannen im Zusammenhang mit dem ersten Smog-Alarm in Niedersachsen haben gestern mehrere Politiker strenge Untersuchungen und Konsequenzen gefordert. Sowohl Arthur Meschkat als Sprecher von CDU-Innenminister Egbert Möcklinghoff wie auch der SPD-Umweltexperte im Landtag, Uwe Bartels, bedauerten, daß in dem smogbedrohten Gebiet am Harzrand nicht einmal die Polizei unterrichtet war. Die am 1. Februar dieses Jahres für Niedersachsen in Kraft getretene Smogverordnung hat nach den Worten Bartels ihre erste Bewährungsprobe nicht bestanden.

Beim Überschreiten der Grenzwerte für Schwefeldioxid und für gefährliche Staubkonzentration war am Freitag für sieben Stunden die Alarmstufe zwei ausgelöst worden. Während nach einer ersten Übersicht die Information an die größtenteils bleiverarbeitenden Betriebe im Raum Oker/Harlingerode am Harz klappte und die Betriebe ihre Produktion herunterfahren konnten, gab es bei der Unterrichtung der Bevölkerung eine Panne. Die etwa 3500 Bewohner von Harlingerode lasen erst nach Aufhebung des Alarms am nächsten Tag Warnungen in der Zeitung. Die zuständige Polizei in Bad Harzburg erfuhr gar erst durch Anrufe von Journalisten davon. Die Stadtverwaltung war zu dem Zeitpunkt nicht mehr besetzt. Dabei sollte die Bevölkerung schon am Freitag nachmittag aufgefordert werden, Fenster zu schließen, nicht mit Farbstoffen umzugehen und bei eventuellen Beschwerden Ärzte aufzusuchen.

Ausgelöst worden war die Smogsituation durch Abgase aus angrenzenden „DDR"-Braunkohlebetrieben, herübergetrieben vom starken Ostwind. Dies veranlaßte den zuständigen Minister Wilfried Hasselmann, nochmals Verhandlungen mit Ost-Berlin zu fordern. Nach Gesprächen mit „DDR"-Umweltminister Reichelt – so Hasselmanns Pressesprecher Helmut Zander gestern – würden „DDR"-Experten jetzt zur Diskussion an der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld eingeladen. Die „DDR" müsse zum Einsatz verbesserter Technologie in der Schadstoffverringerung gedrängt werden. Diese Ankündigung wurde gestern prinzipiell auch von SPD-Politiker Bartels mit dem Hinweis gestützt, Niedersachsen als engster Nachbar der „DDR" habe eine Vorreiterrolle.

„Igedo" in Düsseldorf – Ein Blick hinter die Kulissen der größten Modemesse der Welt





Hektik und Nervosität vor der Show – bange Minuten für Designer und Models. Im Vorraum zum Laufsteg legt Reimer Claussen letzte Hand an FOTOS: HANS HÖFT

Die Angst des Modemachers vor der Premiere

G. HERLYN, Düsseldorf

Die wenigen Zuschauer klatschen höhnisch. Verlassen mit Pfiffen die Modenschau. Nur Vater und Mutter, aus Heide/Holstein angereist, bleiben. Und Bruder Jürgen. Das ist der Alptraum des Berliner Designers Reimer Claussen – er hat ihn dutzendmal geträumt. Jetzt auf der Düsseldorfer *„Igedo" für Herbst/Winter 86/87* ist wieder Premiere für ihn. Es ist seine fünfte Kollektion. Der 35jährige sei der Senkrechtstarter, der neue Star am Modehimmel, jubelt die Presse. Lob, das ihn noch nervöser macht.

„Gehen Sie bloß weg, mir ist fast schlecht vor Angst", faucht er den WELT-Fotografen an. Claussen hat schon 40 Minuten vor der Schau Hektik gepackt. Als einzigen. Jane, dunkelhäutiges Topmodell, liegt in der engen Garderobe auf dem Boden, liest seelenruhig James Baldwins „The fire next time"; Laura Lenee, Französin aus New York, holt sich ihr Abendbrot: zwei Käsewürfel, zwei Scheiben Salami, ein Glas Orangensaft. Andere werden von Friseuren und Visagisten zurechtgemacht.

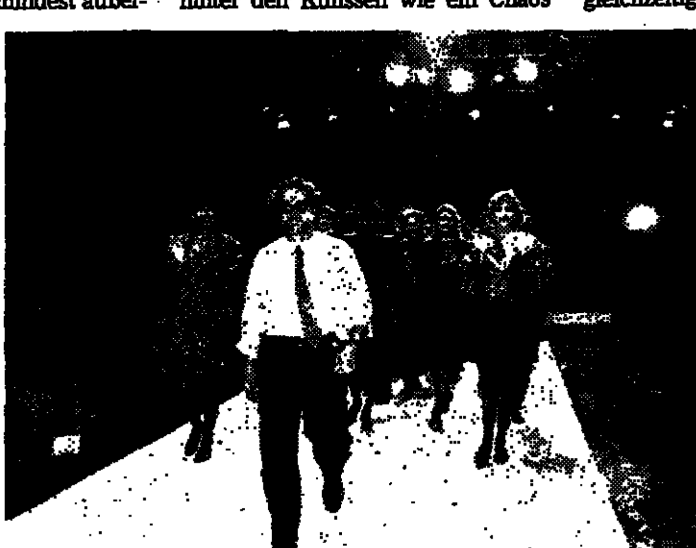
25 Minuten vor dem Start. Claussen durchmißt mit viel zu großen Schritten den kleinen Raum hinter der Bühne, in dem für jedes der 20 Mannequins ein Ständer bereit steht. „Jil, Größe 40", steht da auf kleinem rosa Kärtchen, oder „Patricia, 38". Dazu Kleider, Röcke, Blusen, Schals, Sonnenbrillen, Hüte, Schuhe noch in Kartons. Polaroidbilder an der Wand demonstrieren die gesamte Kollektion.

Claussen nestelt hier und dort herum, hat plötzlich eine Idee, verwirft sie wieder, blafft seinen „Schatten" Bini an, die noch – zumindest äußerlich – ganz ruhig ist. Bini heißt Sabine Schwartz. Sie ist seine Assistentin und *Mädchen* für alles. Eine von denen, die Sekunden vorher wissen, was er will.

Um 17.58 Uhr sind die 20 Aus- und Anziehhilfen, Stundenlohn 60 Mark, noch immer nicht da. „Eine Frechheit", schnaubt *Claussen, „da kann* ich ja nichts mehr erklären." Drei Minuten später erscheinen die Damen. „Mein Gott, sind Sie vom Himmel gefallen?" fährt Claussen die erste an, ruft: „Bitte alle Blusen in die Röcke stecken." Eine notwendige Regieanweisung, denn andere Modedesigner lassen noch die Blusen flattern. Klassiker Claussen will es dagegen strenger, akkurater.

Babylonisches Sprachengewirr. Englisch, Französisch, Deutsch – und Musik. Regieassistent Heinz liest neue Namen vor. Show Start. Was hinter den Kulissen wie ein Chaos aussieht, ist, sobald die Mannequins aus den weißen Kulissen hervortreten, draußen geordnet, choreographisch abgestimmt, läuft wie am Schnürchen. *Hinten wird schon das* „zweite Bild" vorbereitet.

Heinz, Kopfhörer über die Regiemütze gestülpt, gibt über Mikrofon Anweisung für die Beleuchtung, ruft gleichzeitig die nächsten Modelle auf.



Geschafft. Claussen läßt sich inmitten seiner Mannequins feiern

Beifall übertönt Glenn Millers „In the mood". Modell Patricia kommt zurück, ruft „Super! Super!" Claussen läßt plötzlich die Schultern hängen, ist ganz gelöst. Geschafft. Fährt mit der Linken in den Lockenkopf, wagt ein erstes Lächeln.

Miriam, die Friseuse, sprüht noch „final wet" auf die pechschwarzen Haare von Jane. Die rothaarige Cindy prüft sich zu lange im Spiegel. Heinz meckert: „Hey, the show is outside." Für den Laien klappt hinter den Bühnen nichts, Tohuwabohu allenthalben, das sich erst unter Claussens Regie knapp hinter dem Vorhang zu einem einheitlichen Bild fügt. Siebtes Bild: „Cognac – grün" steht auf dem Zettel des Designers. Obwohl er den Laufsteg nur auf einem kleinen Monitor verfolgen kann, weiß er schon, daß er gewonnen hat: bei hohem Einsatz, denn eine solche Show ist teuer, bis zu 100 000 Mark.

Dann hält ihn nichts mehr. Das Finalbild ist noch nicht ganz beendet, da schlüpft er hinaus, läßt sich – ein wenig verlegen – feiern. Musik aus, Show aus, Applaus vorbei. Und in sieben Minuten sind die Models in der Garderobe wieder in ihrer Alltagskleidung.

Gabriele Henkel, die Düsseldorfer *Industriellengattin*, bekannt für extravaganten und guten Geschmack, zelebriert ihren Auftritt: „Hat man Ihnen schon gratuliert, Reimer?" Manfred Kronen, Chef der „Igedo", kommt. Auch er ist begeistert. Modejournalistinnen füllen die Garderobe. Ein großer Erfolg. Doch aufatmen können Reimer Claussen und seine Truppe erst, wenn die Orderbücher gefüllt sind.

In wenigen Wochen beginnt alles wieder von vorn. Stoff einkaufen, entwerfen, nähen und wieder Alpträume bis zur nächsten Schau.

Angekündigtes Tauwetter läßt auf sich warten

DW. Bonn

Ausgeblieben ist das für das Wochenende angekündigte Tauwetter. Es soll nach Angaben der Meteorologen Mitte der Woche kommen. Bis dahin bleibt es kalt mit Nachtfrösten bis minus 15 Grad und Tagestemperaturen von knapp unter dem Gefrierpunkt. Mit einer Durchschnittstemperatur von minus zehn Grad wurde der Februar 1986 vom Februar 1956 übertroffen, der im Schnitt zwölf Minusgrade brachte; auch 1929 war es etwas kälter. Das stellten die Meteorologen der Wetterstation Kahler Asten fest. Das Temperaturmittel liegt gewöhnlich bei minus 2,6 Grad. Dafür schien die Sonne 108 Stunden lang, im Schnitt sind es sonst 68 Stunden. Der andauernde Frost hält nahezu alle Baustellen in Nordrhein-Westfalen buchstäblich eingefroren. Besonders betroffen sind der Tief- und Straßenbau.

Schmidt ausgezeichnet

SAD, Athen

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt wird den diesjährigen Hauptpreis der Onassis-Stiftung erhalten. Der Stiftungsvorstand unter dem Vorsitz der Tankererbin Christina Onassis (35) hat einstimmig beschlossen, den mit 100 000 US-Dollar dotierten Preis Schmidt „zur Anerkennung seiner Verdienst um den Weltfrieden und die Völkerverständigung" zu verleihen. Schmidt will den Preis voraussichtlich in der ersten Juni-Woche in Athen persönlich entgegennehmen.

Panne in Atomanlage

dpa, London

In der britischen Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Sellafield ist am Samstag abend erneut Radioaktivität freigeworden. Beim vierten Unfall innerhalb von fünf Wochen kamen nach Angaben der Betreiber mindestens fünf Arbeiter mit radioaktiver Strahlung in Berührung. Über die Stärke der Strahlung lagen keine Angaben vor.

Großbrand eingedämmt

rtr, Saloniki

Feuerwehrleuten ist es offenbar gelungen, das Übergreifen der Flammen des Großfeuers in einem Öltanklager in Saloniki auf eine Raffinerie zu verhindern. Sie errichteten Erdwälle um das Tanklager. Löschmannschaften konnten das Feuer in einem großen Öltank ersticken. Damit scheint fürs erste die Gefahr gebannt, daß erneut ein Behälter explodieren könnte. Fünf kleinere Tanks stehen aber noch immer in Flammen.

„Scooter" auf drei Rädern

dpa/VWD, Wolfsburg

Als „Design-Studie" entwickelte die Volkswagen AG (Wolfburg) ein dreirädriges Experimentier-Fahrzeug (Foto). Der zweisitzige Wagen mit dem Namen „Scooter", der auf dem Genfer Automobilsalon am Wochenende vorgestellt werden soll, hat auf dem VW-Testgelände mit einem 90-PS-Motor eine Spitzengeschwindigkeit von mehr als 200 Stundenkilometern erreicht. Das Fahrzeug mit den nach oben schwingenden Flügeltüren dient in erster Linie Studienzwecken auf den Gebieten des Stylings und der Fahrdynamik.



FOTO: DPA

WETTER: Heiter bis wolkig

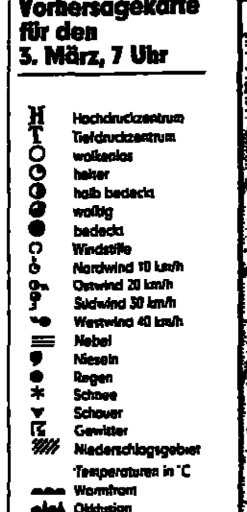
Lage: *Am Südrand einer Hochdruckzone*, die sich von den Britischen Inseln über Norddeutschland bis nach Rußland erstreckt, fließt zunächst noch trockene Kaltluft nach Deutschland.

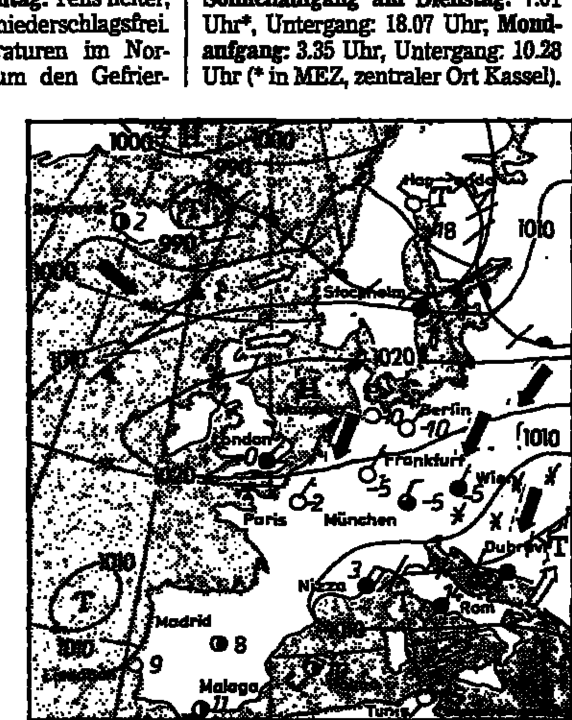
Vorhersage für Montag: Teils heiter, teils wolkig und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen im Norden und Süden um den Gefrierpunkt, im Westen um plus 2 Grad. Nachts Frost zwischen minus 5 und minus 10 Grad. Schwacher Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten: Wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.01 Uhr*, Untergang: 18.07 Uhr; **Mondaufgang:** 3.35 Uhr, Untergang: 10.28 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 3. März, 7 Uhr





Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-3	he
Bielefeld	-2	wl
Braunlage	-4	wl
Bremen	-1	wl
Dortmund	-2	wl
Dresden	-3	bw
Düsseldorf	0	wl
Erfurt	-4	bd
Essen	-2	wl
Feldberg/S.	3	he
Flensburg	-3	he
Frankfurt/M.	-1	bw
Freiburg	-1	wl
Garmisch	1	bd
Greifswald	-2	wl
Hamburg	-1	wl
Hannover	-3	wl
Kahler Asten	-2	wl
Kassel	-3	he
Kempten	0	he
Kiel	-2	wl
Koblenz	-1	bw
Köln-Bonn	2	wl
Konstanz	2	he
Leipzig	-3	bw
List/Sylt	-1	wl
Lübeck	-2	wl
Mannheim	3	bw
München	-3	bd
Münster	-2	bw
Norderney	-1	wl
Nürnberg	-2	bw
Oberstdorf	3	bw
Passau	-1	bd
Saarbrücken	1	bw
Stuttgart	-1	wl
Trier	0	bw
Zugspitze	-8	S

Ausland:		
Algier	22	bw
Amsterdam	0	wl
Athen	14	bw
Barcelona	13	bd
Belgrad	0	R
Bordeaux	10	R
Bozen	5	bd
Brüssel	-1	wl
Budapest	-3	S
Bukarest	-1	bd
Casablanca	17	bw
Dublin	4	he
Dubrovnik	12	R
Edinburgh	0	he
Faro	15	bw
Florenz	10	bd
Genf	3	he
Helsinki	-6	wl
Hongkong	13	he
Innsbruck	7	bw
Istanbul	6	bd
Kairo	20	bw
Klagenfurt	1	bw
Konstanza	0	S
Kopenhagen	0	he
Korfu	14	bd
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-8	he
Lissabon	12	he
Locarno	6	bw
London	1	he
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	1	bw
Madrid	11	bw
Mailand	3	bw
Malaga	18	he
Mallorca	16	bw
Moskau	-6	bw
Neapel	16	bw
New York	-2	he
Nizza	13	bw
Oslo	-2	he
Ostende	-1	wl
Palermo	20	he
Paris	1	bw
Peking	14	he
Prag	-4	S
Rhodos	17	bw
Rom	13	bw
Salzburg	3	bw
Singapur	26	bd
Split	11	R
Stockholm	-3	he
Straßburg	-1	wl
Tel Aviv	19	he
Tokio	10	bw
Tunis	24	he
Valencia	18	he
Varna	1	bd
Venedig	7	bd
Warschau	-5	he
Wien	-4	S
Zürich	1	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Gerangel um den Petersberg geht weiter

E. K. Bonn

Nordrhein-Westfalens Städtebauminister Christoph Zöpel hat dem *Landeskonservator Professor Udo* Mainzer, Bonn, und dem Kölner Regierungspräsidenten Franz Josef Antwerpes im Fall des Petersberg-Hotels die „Fachkompetenz" in Sachen Denkmalschutz entzogen. Beide hatten sich energisch für den Erhalt des einstigen Luxushotels eingesetzt (die WELT berichtete).

Zur Äußerung des Präsidenten der Bundesbaudirektion, Fritz Sitte, der *Abriß sei „von Anfang an geplant"* gewesen, sagte Mainzer: „Wenn das wahr ist, dann sind alle Beteiligten im Verfahren von Anfang an getäuscht worden." Er befürchtet sogar den „Ausverkauf der Geschichte", wenn das Hotel abgerissen wird. „Sie bauen in Bonn ein Haus der Geschichte und die wahren Häuser der deutschen Geschichte brechen sie ab", sagte der Landeskonservator.

„Lächerlich" nennt Professor Justus Müller-Hofstede, Vorsitzender des Bonner Heimat- und Geschichtsvereins, die Erklärungen der Bundesbaudirektion, sie wolle wertvolle Teile des Hotels, so das Hauptportal, später „wie eine Gartenlaube" in den Wald setzen. „Portal, Eingangsbereich, Treppenhaus, Mamorsaal, vieles kann man heute gar nicht mehr nachbauen. Dafür gibt es keine Handwerker mehr."

Ein gewisses Lächeln

Polizisten sollen lernen, mit Bürgern richtig umzugehen

ANDREAS ENGEL, Münster

Die hübsche junge Dame, die mit ihrem Wagen im absoluten Halteverbot steht, hat es wahrscheinlich so nicht gemeint. Jedenfalls nicht so, wie sie es gesagt hat, leise zwar, aber noch laut genug: „Sie Arschloch." Und das alles nur, weil er, der freundliche Polizeibeamte, ein Lächeln aufsetzte, als er das kleine hellblaue Zet*telchen überreichte.*

Typisch diese Szene: Da provozieren Polizisten, ob ungewollt oder nicht, sind einfach zu ungeschickt, zu frech oder zu abweisend. Und ihre „Mitmenschen" verhalten sich aus Verärgerung keinen Deut besser. Solche Streßsituationen, die aus heiterem Himmel auf die Ordnungshüter zukommen, sind häufig schwerer zu bewältigen, als man annimmt.

Können sich Polizeibeamte darauf einstellen? Läßt sich „cooles Reagieren" trainieren? Genau dies haben sich Horst Olszewski, Chef der Polizeischule von Nordrhein-Westfalen in Münster, und Professor *Johannes* Brengelmann vom Münchner Max-Planck-Institut auch gefragt. Und deshalb entwickelten sie ein „tiefenpsychologisches" Trainingsprogramm gegen Streß und zur Konfliktbewältigung – speziell für Polizisten.

„Wir haben nie gelernt, miteinander umzugehen", begründet Polizeidirektor Olszewski die Idee zu diesem „Seelen-Programm". Dieses in Deutschland bisher einmalige Dreiwochenseminar (mit jeweils 14 Tagen Praxisphase nach einer Woche Theorie) gehört für die rund 40 000 nordrhein-westfälischen Ordnungshüter seit kurzem zu ihren Fortbildungsangeboten. Von Mitte dieses Jahres an sollen Teile des Programms erstmals in den Lehrplan der Polizeischüler aufgenommen werden. Und ab Herbst wird neben Beamten des mitt*leren und des „Wechseldienstes"* auch jeder angehende Kommissar an dem Spezialkurs teilnehmen.

Mit Rollenspielen, dem Einsatz von Videogeräten, mit Entspannungsübungen, Gruppentraining werden die Polizisten zu „positivem Verhalten" angetrieben. Ort dieser „Kommunikationstherapie" ist ein Schloß in Essen. Jeweils zwei Trainer sollen dort acht Beamte schulen.

Die laufenden Kosten für die Organisation beziffert Olszewski auf 300 000 Mark. Von anderen Bundesländern, wie Berlin, wird das Trainingsprogramm mit großem Interesse registriert. *Es ist Ansporn, die Idee* zu übernehmen oder etwas Ähnliches zu organisieren.

Nach mehreren Monaten Erprobung zeigt das Anti-Streß-Programm bereits Wirkung. Olszewski: „*In den* Behörden, in denen mehrere Beamte unsere Lehrgänge absolvierten, nahm die Zahl der Widerstandshandlungen gegen Polizisten deutlich ab. Und es gab viel weniger Beschwer*den über Beamten.*"

ZU GUTER LETZT

„Der René ist ein tüchtiger Geschäftsmann in Geld, in Leder und manchmal auch in Halbseiden." Ernst Huberty in WDR III über den Boxer René Weller.